

Nr. 12

19. - 25. März 1990

BRD 2,- DM
Österreich 10,- ÖS
Schweiz 1,- 80 sfr
Berlin (West) 2,- DM

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

Militärreform:
Ein großes
Fragezeichen

Das Land und die Macht

Große Aufgaben,
große Perspektiven



IN ALBANIEN NICHTS NEUES



PERSPEKTIVEN



Streit um des Fisches Bart

Zeichnung: Leonid Tischkow

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (7), PERSONALIEN (44)

UdSSR G. Sidorowa, N. Andrejew **DER ERSTE PRÄSIDENT**

4

AFGHANISTAN W. Nikitin **GENERAL BEGINNT UND VERLIERT**

8

SÜDAFRIKA N. Mandela:

„ICH WIEDERHOLE DEN AUFRUF ZUM FRIEDEN“

11

KAMBODSCHA A. Guber **ZWISCHEN KRIEG UND FRIEDEN**

12

JAPAN W. Jerjomin **DIE REGIERUNGSPARTEI – NEU BETRACHTET**

15

EXKLUSIV FÜR DIE NZ

Kim Young Sam: **GROSSE ERWARTUNGEN**

16

VON UNSEREM SONDERKORRESPONDENTEN



Afghanistan:
Putschversuch

8.8

W. Shitomirski **WIE VERMEIDET MAN EIN ERDBEBEN?**

18

DDR L. Besymenski **DAS ANDERE BERLIN**

21

POLEN R. Borecki **DER „BALCEROWICZ-PLAN“**

24

UNGARN M. Schakina **EINDRÜCKE VON DER ZUKUNFT**

26

ALBANIEN W. Sobolin **STALIN + HOXA**

29

ARMEE UND GESELLSCHAFT

NZ-Rundtischgespräch **PROFIS, ABER KEINE SÖLDNER**

30

LITAUEN L. Mletschin **FREMDE**

33

KRISEN DER PERESTROIKA

M. Lewin **MILIZ CONTRA STADTVÄTER**

35

NZ-DISKUSSIONSCLUB

W. Nersessjanz **KAPITALISMUS, SOZIALISMUS, POSTSOZIALISMUS?**

36

STANDPUNKT DES JURISTEN

J. Feofanow **DENUNZIANTEN UND EWIGE WERTE**

39

BEWEGUNGEN W. Orjol **ORIENTIERUNG AUF MORGEN**

40

HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT V. Havel **DAS WORT VOM WORT**

42

MEXIKO J. Kudimow **EIN GERICHT FÜR ARM UND REICH**

46

KULTUR UND POLITIK M. Gleser **POLITIK IM BUND MIT NOSTALGIE**

47

Titelbild: Juri Injakin

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-42-23

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch • Druck: „Moskowskaja Prawda“

Chefredakteur

Vitali IGNATENKO

Redaktionskollegium:

Leonid ABRAMOW,

Lew BESYMENSKI,

Alexej BUKALOW

(verantwortl. Sekretär),

Alexander DIDUSSENKO,

Vitali GANJUSCHKIN

(stellv.

Chefredakteur),

Sergej GOLJAKOW,

Wladimir

KULISTIKOW

(stellv. Chefredakteur),

Leonid MLETSCHIN,

Dmitri POGORSHESKI,

Alexander PUMPJANSKI

(1. stellv.

Chefredakteur),

Galina SIDOROWA,

Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:

Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur

der deutschen Ausgabe:

Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier

Michail CHROBOSTOW;

Belgrad

Gennadi SSYSSOJEW;

Berlin

Anatoli KOWRIGIN;

Bonn

Nikita SHOLKWER;

Bukarest

Sergej SWIRIN;

Delhi

Sergej IRODOW;

Havanna

Vitali SOBOLEV;

Lusaka

Nikolai RESCHETNJK;

Managua

Juri KUDIMOW;

New York

Jewgeni ANDRIANOW;

Prag

Kim KOSTENKO;

Rom

Pawel NEGOIZA;

Stockholm

Alexander POLJUCHOW;

Tokio

Wladimir

OWSJANNIKOW;

Warschau

Rudolf BORECKI

Auslandsredaktionen:

Warschau, „Nowe Czasy“

Jan LYSEK;

Prag, „Nova doba“

Vladimir TRAVNICEK;

Athen, „Nei Ker“

Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

„Aber der Krieg ist nicht zu Ende“

(NZ 8/89)

Ihre Zeitschrift schreibt viel über Afghanistan. Ich fürchte jedoch, daß Ihnen nicht alles bekannt ist.

Kürzlich teilte unsere Presse mit, daß auf dem Territorium von Afghanistan 17 Freiwillige aus Algerien und 116 aus anderen arabischen Ländern gefallen sind. Sie kämpften auf der Seite der afghanischen Opposition gegen die Regierungstruppen und die sowjetischen Soldaten. Angaben der Zeitung „Al Masaa“ zufolge sind 30 Saudis, 45 Ägypter, 10 Palästinenser, 10 Jemeniten, 6 Iraker, 4 Syrer, 3 Tunesier, 3 Libyer, 3 Katarer, 2 Kuweitier, 2 Marokkaner und 1 Sudanese gefallen. Die Anwerbung von Freiwilligen werde halblegal betrieben, schrieb die Zeitung. Der Autor dieses Berichts war im Januar d. J. in der Stadt Tlemcen, wo er im Kulturpalast eine Fotoausstellung und Videofilme über den Kampf der Mujaheddin in Afghanistan sah. Die Plakate rufen alle wahren Muslime auf, sich am Jihad, dem Heiligen Krieg, zu beteiligen. Die Besucher des Kulturpalastes waren zum Großteil Schüler... „Al Masaa“ schrieb auch, daß die Freiwilligen über Zentren in Tunesien, Frankreich, der BRD, die sich seit dem zweiten Welt-

Großbritannien und Saudi-Arabien nach Afghanistan gelangen. In diesen Ländern wird auch aktiv unter arabischen Studenten geworben...

Lekbir Ammenour

Algier, Algerien

„Die ‚Tbilissi‘, die ‚Riga‘...“

Was noch?“

(NZ 51/89)

■ Die Ironie des Schicksals ließ mich mit dem Flugzeugträger-Kreuzer „Tbilissi“ nicht nur auf Fotos Bekanntschaft schließen. 1988 wurde ich als Einrichter für Radioapparaturen in die Schwarzmeerwerft beordert. Die Arbeitsbedingungen auf der „Tbilissi“ haben mich einfach schockiert: Der Mangel an frischer Luft, ein penetranter Farbstank und Schweißerqualm begünstigen nicht gerade die Arbeitsproduktivität. Mir wurden Arbeiten aufgetragen, die große physische Kraftanstrengungen erforderten und nicht meiner Fachrichtung entsprachen. Ich wandte mich an die Leitung und bat um meine Versetzung in einen anderen Arbeitsbereich. Man antwortete mir aber: „Bei uns macht man nicht das, was man gelernt hat, sondern was nötig ist!“ Das äußerst niedrige Niveau der Anlagen, die sich seit dem zweiten Welt-

krieg kaum geändert hatten, erforderte tatsächlich kein Wissen, sondern grobe Kraft. Deshalb ließen viele Chefs herum und kommandierten die schweigende Masse der Arbeiter, die man aus verschiedenen Städten des Landes hierher abgestellt hatte. Die Arbeiter kompensierten ihrerseits den Arbeitsaufwand mit erhöhtem Alkoholkonsum. An Bord der „Tbilissi“ wurde sogar Fusel gebrannt! Ich wurde krank. Ich litt darunter, daß ich an einer unansehnlichen Sache beteiligt bin, noch dazu zu einer Zeit, da wir von Konversion reden! Also ersuchte ich um meine Entlassung.

Es ist sehr schade, daß die Arbeit so vieler Menschen nicht dem Nutzen des Landes dient.

Gennadi Dworezki
Region Krasnodar, RSFSR

„Eine neue Reconquista“

(NZ 36/89)

Um das wahre Spanien kennenzulernen, muß man unter Menschen leben. Dann würde man so manches über die interessante Erscheinung der Migrationsprozesse erfahren: Binnenimmigrat, Emigration und Immigrat.

Wußten Sie eigentlich, daß vier Millionen spanische Emigranten, die über den ganzen

„Einen zweiten Altar errichtet“

(NZ 48/89)

■ Ich habe den Artikel aufmerksam gelesen und kann mich mit einigen Schlüssefolgerungen des Autors nicht einverstanden erklären. Die Geschichte der ukrainischen autokephalen Kirche beginnt bei ihm erst 1921. Er charakterisiert sie als Kind von „Kirchenwirren“, nach denen „die Orthodoxen im Schoß der russisch-orthodoxen Kirche verweilten“.

Warum verzerrt man so die Geschichte? Die Anfänge der Ukrainisch-orthodoxen reichen bis zur Christianisierung der Rus zurück. Die Kiewer Metropoliten, die formell Konstantinopel unterstanden, haben einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung der ukrainischen Nation geleistet. Erst 1687 gelang es dem Patriarchen von Moskau, Kiew seiner Macht zu unterwerfen. Aus meiner Sicht waren die Hierarchen der Moskauer Kirche ein Instrument der Russifizierung auf ukrainischem Boden.

Es ist nur natürlich, daß die ukrainisch-orthodoxe Kirche in den Jahren der nationalen Befreiungsbewegung, während der Revolution und im ersten Jahrzehnt danach eine Wiedergeburt

erlebte. Natürlich wurde sie von der russisch-orthodoxen Kirche nicht anerkannt, dafür aber von der Sowjetmacht. Aber schon 1930 wurde diese Kirche physisch vernichtet. Hierfür inszenierte man die Farce der „Entlarvung“ des Bundes für die Befreiung der Ukraine. Alle Kirchenführer, Hunderte Geistliche und Tausende Gläubige fielen Repressalien zum Opfer. Und das wird jetzt als Befriedigung der Leidenschaften bezeichnet.

Während des Krieges, besonders in der Anfangszeit, spielten die Deutschen die Rolle von „Befreiem“ und legten der Wiedergeburt der ukrainisch-orthodoxen Kirche keine Hindernisse in den Weg. Das gab für einige „Genossen“ von heute den Anlaß, die beiden ukrainischen Kirchen der Kollaboration mit den Faschisten zu bezichtigen.

Die „Verbrechervölker“ wurden inzwischen rehabilitiert. Ob die „Verbrecherkirchen“ ihre Rehabilitation noch erleben werden?

Igor Kolodotschka
Schostka, Ukrainische SSR

Ich will nicht, daß die Nachbarn ausreisen

Ich habe den Prager Frühling nicht abgewürgt

Warum ich meine Arbeit auf der „Tbilissi“ aufgegeben habe

Erdball verstreut leben, doppelt so viel Geld nach Spanien überweisen, wie die 55 Millionen Touristen dem Land einbringen? Könnte Ihre Regierung nicht den Sowjetbürgern die Genehmigung, in anderen Ländern zu arbeiten und uns die Arbeitserlaubnis für die Sowjetunion erteilen? 1977, bei meiner ersten Reise in Ihr Land, versuchte ich, eine solche Arbeitserlaubnis zu bekommen. All meine Versuche waren vergebens. Ich habe begriffen, warum Ihr Land damals im Zustand der Stagnation verharrete. Man muß nicht unbedingt Ökonom oder Politiker sein, um zu begreifen, daß Kapitalaustausch mit dem Austausch von Arbeitskräften verbunden ist. Nur so kann Ihr Land zu Wohlstand gelangen, seine Wirtschaft entwickeln und den sozialen Fortschritt fördern.

Pilar Herrera-Moskolenko
Canberra, Australien

„Das Syndrom von Saratow“ (NZ 47/89)

■ Ich bin Russin und wohne in Kasachstan. Bei uns gibt es viele Deutsche. Mir hat dieses Volk immer leid getan. Jetzt können sie endlich dorthin zurückkehren, von wo sie ausgesiedelt wurden. Und nun treffen sie auf den Widerstand jener, die sie einst vertrieben haben. Uns Russen und Kasachen berührte die Ausreise der Deutschen in die BRD schmerzlich, aber wir überreden sie nicht zu bleiben. Wir verstehen sie. Mich wundert die Position jener, die fremde Häuser bezogen, deren Bewohner verjagt wurden. Haben sie sich nicht

geschämt? Oder beruhigten sie ihr Gewissen damit, es seien die Häuser von Volksfeinden?

Die Deutschen wollen zusammen leben, die Kinder in ihrer Muttersprache unterrichten und ihnen das Brauchtum vermitteln. Ist das denn unnatürlich? Meine deutschen Landsleute streben danach, ein eigenes Haus und einen eigenen Hof zu haben. Sie haben mehr Kinder als wir. Mir tut es leid, daß sie Kasachstan verlassen. Die Unionsrepublik verliert dadurch hervorragende Fachleute. Warum aber sind so viele dagegen? Wird es denn einem Russen schlechter gehen, wenn man im Nachbarhaus eine andere Sprache spricht? Warum fahren wir nicht in die leerstehenden russischen Dörfer, sondern verteidigen die gemütlichen deutschen Dörfer, die von fremder Hand erbaut wurden und auf die ihre früheren Herren nicht einmal Anspruch erheben?

A. Sosnowa

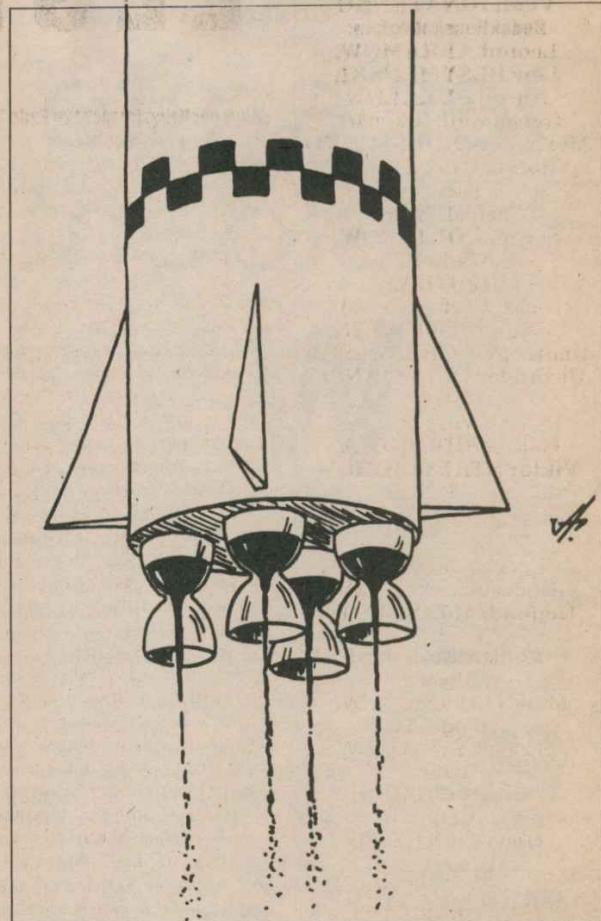
Dshambul, Kasachische SSR

„Anerkennung auf bewegter See“ (NZ 50/89)

■ Diesen Beitrag habe ich mehrmals durchgelesen. Ein Satz hat mich persönlich berührt: „Ebenfalls über Nacht stürzte eine andere Dekoration ein, die ein vor 21 Jahren begangenes Verbrechen – den Mord am Prager Frühling – verdeckte.“

Für mich ist diese Dekoration gleich nach der Okkupation der Tschechoslowakei zusammengebrochen. Im Sommer 1969 gelangte ich wie durch ein Wunder hinter den „eisernen Vorhang“ und konnte mich mit eigenen Augen davon überzeugen, was ich 1968 nur geahnt habe. Ich begriff, daß das wirklich ein Verbrechen war. In einem Prager Museum lernte ich zufällig einen Professor der Karls-Universität kennen. In seinem Haus konnte ich mich mit Leuten treffen, die vieles wußten und mir vieles erzählten. Meine Gesprächspartner hatten begriffen, daß wir einfache Sowjetbürger nicht an diesem Verbrechen beteiligt waren. Ich hoffe, daß die jungen Einwohner der Tschechoslowakei von heute das auch begreifen...

Tesja Kobytschewa
Gebiet Murmansk, RSFSR



Zeichnung: N. Gurski

„Das Ende des Conducator“ (NZ 1/90)

■ Unsere Presse benimmt sich wie ein Chamäleon. Innerhalb weniger Tage wurde aus dem Generalsekretär und Landesherren Ceausescu ein Tyrann und Mörder. Alle zentralen Massenmedien befleißigten sich darin mit großem Erfolg. In der Lokalpresse konnte man aber schon Mitte Oktober Artikel lesen, aus denen ich schon damals viel Interessantes erfuhr. Diese Zeitungen schrieben unter Verweis auf westliche Politologen und rumänische Emigranten, daß Rumänien seit mehr als 20 Jahren unter der Diktatur des Ceausescu-Clans zu leiden hat. Darin war auch von Bergarbeiterstreiks die Rede, die 1977 brutal niedergeschlagen wurden. Die Anführer der Streiks verschwanden... Alle übrigen Zeitungen und Zeit-

schriften haben uns einfach betrogen.

M. Materij
Syktywkar, RSFSR

Der Artikel erschien natürlich mit Verspätung, erst nachdem das Ceausescu-Regime gefallen war. Aber es ist dennoch gut, daß er letztlich doch erschien.

Wünschenswert wäre es, wenn Beiträge mit offenen Berichten über andere „geschlossene“ Länder (z. B. Kuba und KDVR) heute schon erscheinen würden.

Alexander Kagan
Sysran, RSFSR

Zusammengestellt von
T. Tschernowa

Unsere Parlamentskorrespondenten berichten aus dem Kreml

Der erste Präsident

Michail Gorbatschow ist der erste Präsident der UdSSR. Er ist der Vater der Perestroika, die das ganze Land die Luft der Demokratie atmen läßt. Ein weltweit anerkannter Spitzenpolitiker, der den neuen Kurs auf eine strategische Veränderung in den Ost-West-Beziehungen und auf Beendigung des kalten Kriegs initiiert hat. All das stellte ihn über jede Konkurrenz. Trotzdem waren die Diskussionen auf dem Kongreß nicht weniger hitzig

Worum war der Weg zur Präsidentschaft so schwierig? Worin liegt die Bedeutung dieses Ereignisses? Wie geht es nun weiter?

Über diese Fragen dachten wir in den Tagen des Kongresses nach.

Galina Sidorowa. Wohl keine einzige Idee der fünf Perestroika-Jahre wurde so lebhaft, ja hitzig diskutiert. Das ist nicht weiter erstaunlich. Der 3.(außerordentliche) Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR ist zweifellos ein Markstein bei der Reformierung der Gesellschaft und beim Übergang zu neuen politischen Strukturen, faktisch sogar zu einem anderen Machtssystem: zu einer Mehrparteiens-Demokratie. Freilich ist das vorläufig eher Theorie als Praxis.

Nikolai Andrejew. Wenn man den Kongreß sozusagen von innen erlebte, konnte man sich manchmal nur schwer vorstellen, daß man einem historischen Ereignis beiwohnte. So schlug der Volksdeputierte Nikolai Dmitrijew vor, gleich, ohne jede Diskussion, an die Wahl des Präsidenten zu gehen. Man fragte sich, ob das ernst gemeint war. Ist es denn denkbar, ein Problem, das jetzt die Gesellschaft in Atem hält und von allen Zeitungen besprochen wird, einfach durch einen Beschuß der obersten Legislative unseres Landes zu lösen? Selbstverständlich konnte Dmitrijews Vorschlag nicht durchkommen. Immerhin stimmten über 300 Deputierte dafür, so klar sahen sie die Dinge. Sonderbar, aber der träge Verlauf des Kongresses am ersten Tag schien ihnen recht zu geben. Die Ansprachen ließen darauf hinaus, daß wir zur Präsidentschaft sehr wohl übergehen, daß der Präsident sehr wohl auf diesem Kongreß gewählt wird und daß dieser Präsident Michail Gorbatschow heißt, der Vater der Perestroika. Eine Sensation war hundertprozentig ausgeschlossen.

G. S. Aber die Opposition meldete sich fast sofort.

N. A. Natürlich interessierte es alle, wie sich in dieser Situation unser ständiger Ruhestörer, die überregionale Gruppe, verhielt. Würde sie eine Gegenkandidatur vorschlagen? Vor dem Kongreß hatte diese Gruppe eine dreitägige Sitzung abgehalten. Es wurde viel gestritten, viel vorgeschlagen, man konnte sich jedoch nicht darüber einigen, wie man bei den Wahlen vorzugehen habe. Dabei hatten die Mitglieder der Gruppe eine bestimmte Position: Das Land brauche die Präsidentschaft, aber nicht in dieser überstürzten Verfahrensweise. Zuerst sollten die Republiken sagen, welche Vollmachten sie an den Präsidenten delegierten. Zudem solle der Präsident durch die ganze Bevölkerung gewählt werden.

Die Position der überregionalen Gruppe konnte jedoch nicht den Lauf der Ereignisse wesentlich beeinflussen. In ihrem Namen sprach Volksdeputierter Juri Afanassjew. Er hat, finde ich, einen taktischen Fehler begangen. Binnen 10 Minuten versuchte er, zwei Themen abzuhandeln: die Einstellung der überregionalen Gruppe zur Präsidentschaft darzulegen und sein eigenes Urteil über den vom Land in den 70 Jahren zurückgelegten Weg zum Ausdruck zu bringen. Deshalb hinterließ die ganze Ansprache einen widersprüchlichen und verwirrten Eindruck.

G. S. Ein Vergleich der einzelnen Kongresse zeigt, daß wir doch vorankommen! Denken wir daran, daß beim 1. Kongreß schon die Idee der Präsidentschaft, ganz zu schweigen von einer neuen, die führende Rolle der KPdSU aufhebenden Formulierung von Art. 6 der Verfassung bei der Mehrheit eine geharnischte Aufnahme fand; gegenwärtig stellt sich diese selbe Mehrheit hinter besagte Vorschläge. Es ist klar, daß die Gründe für ein solches Umschlagen unterschiedlich sind: Die einen wurden vom Leben gezwungen, andere folgten wie gewöhnlich einem Führer. Aber schon die veränderte Einstellung zur Opposition, ihre faktische Anerkennung ist ein überaus wichtiger Schritt zur tatsächlichen Demokratie.

N. A. Sehr wichtig ist meiner Meinung nach, was die Redner unter Präsidentschaft verstanden. Ein Redner nach dem anderen bestieg die Tribüne, um diese Idee zu billigen und ein paar Abänderungen und Ergänzungen zum Gesetzentwurf vorzuschlagen. Ich hörte mir die Argumente für diese Regierungsform aufmerksam an. Sie waren sämtlich von der Überzeugung durchdrungen, die Präsidentschaft werde uns helfen, „die Verantwortung zu erhöhen“, „die Disziplin zu festigen“, „die destruktiven Elemente zur Räson zu bringen“. Unbegreiflich blieb eins: auf welche Weise? Wie soll der Präsident Ordnung schaffen und die Verantwortung erhöhen? Die Volksdeputierte Ubaidullajewa verlas schon auf einer Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR einen Auftrag ihrer Wählerinnen: „Unsere Frauen haben ein weises Wort gesprochen: Wir brauchen einen Menschen, der die Macht hat und für dieses oder jedes Handeln von Menschen, wenn dieses Handeln Spannungen hervorruft, die Verantwortung tragen kann.“ Anders gesagt, müßte der Präsident mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet sein. Einige Deputierte sagten sogar direkt, Michail Sergejewitsch solle doch sagen, welche Vollmachten ihm fehlten, um zu handeln und zu regieren.



G. S. Eine solche Auffassung der Präsidentschaft birgt eine ernsthafte Gefahr in sich. Einige Deputierte wiederholten wie eine Beschwörung, das Land stehe am Rande des Abgrunds, an der Schwelle einer Krise bzw. sei es schon ins Chaos gestürzt. Damit verstärkten sie nur die größte Befürchtung, die im Zusammenhang mit der Präsidentschaft aufkam: daß ein einziger Mensch zu viel Macht in seiner Hand konzentrierte. Solche Befürchtungen sind angesichts unserer Geschichte nur zu begreiflich, zumal wir es mit einer alternativlosen Wahl zu tun haben: Das alte System unterließ nichts, damit neben unserer Nr. 1 nur ja keine würdigen Herausforderer auf den Plan treten. Das braucht jetzt seine Zeit.

N. A. Welche Hoffnungen werden an die Präsidentschaft doch geknüpft? Ich denke, vor allem die Hoffnungen auf die Regierung eines Spitzenpolitikers, der die Bürokratie besiegen wird. Ein solcher Führer mit genügender Handlungsfreiheit könnte die Einheit unseres Staates symbolisieren; darüber sprach Akademiemitglied Kudrjawzew im Obersten Sowjet. Damit er aber erfolgreich wirkt, muß sich nicht nur das Parlament, sondern auch das Volk hinter ihn stellen. Dann könnte der unabhängige Präsident die Rolle eines vereinigenden Faktors spielen. Niemand darf sich in die Angelegenheiten einmischen, die laut Verfassung zum Zuständigkeitsbereich des Präsidenten gehören.

Die rasche Zu- bzw. Abnahme der Popularität eines führenden Politikers hängt von vielen Faktoren ab, vor allem aber davon, ob er in Krisensituationen autoritativ und entschlossen genug handelt. Gorbatschows entschlossenes Vorgehen aus der Zeit vor fünf Jahren nahm zweifellos für ihn ein, er gewann die Sympathien breiter Schichten

Die Kunst, Präsident zu sein – worin liegt sie? Darin, optimale und schnelle Entscheidungen zu treffen? Oder vielleicht darin, den Mitbürgern zuzuhören und sie zu erhören?

und weckte die Hoffnung, er würde das Land aus der Krise retten. Anziehend war vor allem, daß er sich direkt an die Massen wandte, den bürokratischen Überbau umging und dessen Ratschläge ignorierte. Alles zeigte davon, daß Gorbatschow in der Lage ist, eine weitsichtige und kühne Politik durchzuführen, die die Menschen so sehr herbeisehnten.

G. S. Noch etwas zum puncto Hoffnungen. Sergej Alexejew, Vorsitzender des Komitees für Verfassungsaufsicht, sagte beim Kongreß, wir hätten uns selbst in der Lösung „Alle Macht den Sowjets!“ verfangen und interpretierten sie heute ungefähr so: „Alle Macht den kollegialen Organen!“ Das aber führt faktisch zur Verantwortungslosigkeit. Zudem habe der Kongreß selbst wieder einmal gezeigt, wie schwerfällig das bei uns bestehende System der Beschlufsfassung (Kongreß – Oberster Sowjet) sei und wie oft es die Beschlufsfassung selbst bremse.

N. A. Nach Meinung einiger Juristen muß dieses System umgestaltet werden. So könnten die Funktionen des Kongresses der Volksdeputierten von einem Sowjetkongreß ausgeübt werden, wenn sich an ihm die Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR und der Obersten Sowjets der Unionsrepubliken beteiligen. Der Sowjetkongreß würde grundsätzliche, mit Verfassungsänderungen zusammenhängende Fragen lösen. Die eigentliche parlamentarische Arbeit könnte in einem zahlenmäßig nicht starken und beruflich mehr spezialisierten Obersten Sowjet der UdSSR erfolgen.

G. S. Die Präsidentschaft muß die Einheit der Interessen der Nation verteidigen. Die Stabilität eines Regimes hängt jedoch auch noch davon ab,

ob es eine politische Kultur in der Gesellschaft gibt, und wenn ja, davon, wie hoch sie ist. Der Präsident kann noch so gute Eigenschaften besitzen, seine Handlungen können noch so gut wissenschaftlich und psychologisch untermauert sein, aber wenn die Menschen jeder gegenteiligen Meinung gegenüber intolerant sind, wenn sie nicht mehr einander zuzuhören verstehen, wenn Unverbindlichkeit und Disziplinlosigkeit beinahe unsere nationalen Züge sind – was kann eine Persönlichkeit unter solchen Umständen noch ausrichten?

N. A. Ich würde noch hinzufügen, daß unsere Gesellschaft heute in sich befehdende Gruppen geteilt ist. Jeder besteht auf seiner Meinung, während die Macht als etwas Ephemeres und keineswegs Bindendes gedacht wird. Das Leben duldet jedoch kein Vakuum. An diese Stelle könnte grobe Gewalt kommen. Eine Macht der groben Gewalt anstatt der Macht der Öffentlichkeit.

Beim Kongreß wurde auch folgendes die Gesellschaft beunruhigendes Problem erworben: Hat der künftige Präsident das Recht, Parteidienstfunktionen auszuüben? Viele Deputierte bestanden darauf, daß die höchste Person im Staat von jedem Parteidienst unabhängig sein müsse. Ihnen antwortete Wadim Medwedew, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU: „Müssen wir auf eine Partei verzichten, deren Politik die Billigung des Volkes hinter sich hat? Jetzt, da die Parteidienstfunktionen aufgibt, die ihr nicht eigen sind, und die innerparteilichen Beziehungen demokratisiert werden, ist wohl kaum zu befürchten, der Präsident würde durch die Parteidienstfunktionen an Händen und Füßen gebunden sein.“

Ich möchte noch folgendes hervorheben. Während des Kongresses sagte Deputierter Michail Botscharow: „Aus irgendwelchen Gründen verknüpft niemand die Einführung der Präsidentschaft mit einer Änderung der Wirtschaftsordnung, und dabei ist das am wichtigsten.“ In der Tat brennen uns die Wirtschaftsprobleme auf den Nägeln. Wenn sich die Wirtschaft nicht erfolgreich entwickelt, wenn sie keine nennenswerten Fortschritte erzielt, ist die Perestroika zum Scheitern verurteilt.

G. S. Beim Kongreß hörte man immer wieder, die Präsidentschaft hätte schon gestern eingeführt werden sollen. Aber offenbar konnte sie – nicht als Notstandsmaßnahme, sondern als demokratische Institution, als natürliche Entwicklungsetappe der Gesellschaft – nicht eingeführt werden, solange nicht zugleich das Machtmonopol der einen Partei aufgehoben wurde, wie das beim jetzigen Kongreß geschah.

Die Verabschiedung des Gesetzes über die Präsidentschaft ist der erste Schritt zur Verbesserung der Machtstrukturen. Der Präsident muß, ohne den Rahmen des Gesetzes zu sprengen, die Befolgung der Gesetze gewährleisten. Das ist sicherlich am schwierigsten. Sonst aber kann das Machtvakuum, das nach dem Niederreißen der parteibürokratischen Maschinerie entstanden ist, nie gefüllt werden, und das sei-nerseits wird die staatlichen Institutionen keineswegs stabiler machen.

Vieles wird wohl auch davon abhängen, wie rasch es gelingt, eine neue, wirksame

Verfassung auszuarbeiten und anzunehmen, die die realen Veränderungen in Gesellschaft und Land widerspiegeln wird.

Die Wahl ist getroffen worden, und das allein fällt ins Gewicht. Der erste

sowjetische Präsident ist – nach aufreibenden Debatten, mehrtägigen Diskussionen im Obersten Sowjet, beim Kongreß und bei Straßenmeetings – gewählt. Schon die Art und Weise, wie das vor sich ging, schon die Tatsache, daß wir nun doch soweit sind, zeugt davon, daß unsere Gesellschaft reift und faktisch eine neue Stufe der Zivilisiertheit erklimmt.



Gesichter
des Kongresses

Fotos:
J. Injakin,
S. Smirnow





**ALEXEJ
BRJATSCHE-
CHIN**
1. Sekretär
des Stadtbe-
zirkskomitees
Sewastopolski
der KPdSU,
Moskau

Das Plenum des ZK der KPdSU hat sich wegen der Präsidentschaftswahlen vertagt. Die für uns jetzt wichtigste Frage, die der Macht, bleibt unbeantwortet. Wenn die Macht der Partei entgleitet, an wen geht sie über? Wie spielt sich das ab? Einen Mechanismus der Machtübergabe gibt es nicht. Mich alarmiert die Situation der Machtlosigkeit, in der neue, sehr gute Gesetze, obwohl von den Volksdeputierten verabschiedet, nicht befolgt werden, die Talfahrt in der Wirtschaft andauert und die Umstrukturierung des politischen Systems stockt.

Eine zweite Frage, die beim Plenum ebenfalls nicht gelöst wurde, ist das Mehrparteiensystem. Wenn wir die Macht den Sowjets übergeben, muß das Mehrparteiensystem unverzüglich eingeführt werden. Wir brauchen ein Verfahren zur Registration von Parteien, ein Konzept für die Tätigkeit der KPdSU im Mehrparteiensystem.

Meinen Informationen zufolge betrafen die meisten Ansprachen die Aufhebung von Art. 6 der Verfassung der UdSSR. Meines Erachtens war das eine rein formelle Diskussion, die wir uns längst abgewöhnen sollten. Ich habe also keine neuen Momente beim Plenum entdeckt. Zudem konnte nicht einmal ich, der ich immerhin Sekretär eines Stadtbezirkskomitees der Partei bin, Materialien des Plenums lesen, obwohl ihre vollständige Veröffentlichung versprochen wurde. Das Plenum wurde weder im Rundfunk noch im Fernsehen übertragen, und das ist angesichts des erhöhten Interesses an der Sache der Partei natürlich falsch.



**KAREN
CHATSCHE-
TUROW**
Vorsitzender
des Sowjeti-
schen
Solidaritäts-
komitees
mit den Völkern
Lateinamerikas

Als ich vor einem halben Jahr in Chile war, hatte ich schon damals den Eindruck, daß die Junta ihre Beziehungen zur UdSSR normalisieren wollte. Auf diese Weise hoffte sie, dem verbrecherischen Regime den Anstrich von Respektabilität zu geben. Zur Ehre unserer Regierung sei gesagt, daß es nicht dazu kam. „Man darf der Junta keine Chance geben, sich salonfähig zu machen. In all diesen Jahren war die Haltung der UdSSR tadellos. Die sowjetisch-chilenischen Beziehungen können erst dann in vollem Umfang wiederhergestellt werden, wenn Aylwin bei den Wahlen siegt, was zweifellos geschieht, und die Macht ihm übergeben wird“, sagte mir damals Enrique Silva Cimma, Vertreter eines Blocks von 17 oppositionellen Parteien, Vorsitzender der Radikalen Partei und stellvertretender SI-Präsident. Gegenwärtig ist er Außenminister.

Wir nehmen die Kontakte mit Chile praktisch neu auf. Die 35 Mio Rubel, die uns die Regierung der Unidad Popular schuldete, wurden von Pinochet zurückgezahlt. Es eröffnen sich günstige Perspektiven für den Ausbau der politischen, wirtschaftlichen (Chile besitzt ein gewichtiges Handels- und Industriepotential), wissenschaftlichen, kulturellen und sonstigen Beziehungen.

Ich bin eben erst aus Bologna zurück, wo ich Gast des 19. außerordentlichen Kongresses der Italienischen KP war. Bekanntlich unterstützte der Kongress mit Stimmenmehrheit (67%) den Vorschlag von Achille Occhetto, einen „konstituierenden Prozeß“ einzuleiten, um in Italien eine neue linke politische Organisation zu schaffen. Das ist meiner Meinung nach ein bedeutender Sieg der gesunden Parteikräfte.

Am 7. Mai 1990 sollen in Italien Gemeindewahlen stattfinden. Sie sind insofern wichtig, als dabei die politische Konstellation im Lande präzisiert wird. Bestimmte Kräfte möchten, daß die IKP zu den Wahlen gespalten und geschwächt antritt. Sie ist aber bisher einheitlich und geschlossen.

Ein weiterer bemerkenswerter Zug des Kongresses: Erstmals in der Geschichte der Partei stellen Frauen einen Anteil von 40% in den leitenden Gremien. Die Veteranin der kommunistischen Bewegung Giglia Tedesco wurde zur Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Garantien gewählt.



**GIUSEPPE
GUCCIONE**
italienischer
Verleger
der „Neuen Zeit“
(Monte-
pulciano)

General beginnt und verliert

Zwei Tage lang verfolgte die Welt die Ereignisse in Kabul – die einen besorgt, die anderen voll Hoffnung. Doch jetzt ist der Putsch des General Tanai niedergeschlagen, die Lage normalisiert sich. Doch hat dieser Putsch keine Spuren hinterlassen?

Tanai selbst, der wohlbehalten in Pakistan landete, erklärte über die Presseagentur der afghanischen Opposition, er werde den Krieg bis zum Sturz von Najibullah fortsetzen.

Jetzt wird viel darüber diskutiert, ob der Putsch des ehemaligen Verteidigungsministers und ehemaligen Mitglieds des Politbüros des ZK der DVPA Generaloberst Shah Nawaz Tanai Folge der anhaltenden Fraktionskämpfe in der DVPA ist, der bereits im Herbst 1987 mit dem Austritt von Babrak Karmal und seinen Anhängern aus dem Politbüro und mit der Schaffung einer im Grunde parallelen Partei mit eigener Führung begann, oder aber ob Tanai, geleitet von eigenen Machtgelüsten, Najibullah stürzen wollte. Möglich ist auch die dritte Variante, daß die Verschwörer im Komplott mit dem extremistischen Teil der Opposition und mit Vertretern der pakistanischen Geheimdienste, wie Najibullah erklärte, den langsam (aber doch!) vorankommenden Prozeß der nationalen Aussöhnung vereiteln wollten.

Unter den Fraktionskämpfen leidet die DVPA bis heute. Ihnen zum Opfer fielen der erste Präsident des Landes Nur Mohammed Taraki, dann Hafizullah Amin, der „zweite Mann“ in der Führung des revolutionären Afghanistan und der Partei, der Taraki aus dem Weg räumte, sowie eine große Zahl ehemaliger Parteifunktionäre und hochgestellter Funktionsträger des Regimes, die bei jedem Wechsel der Führung Repressalien ausgesetzt waren: von den Anhängern der von Taraki geleiteten Khalq-Faktion („Khalq“ bedeutet „Volk“) zu den Anhängern der Parcham-Faktion unter Babrak Karmal („Parcham“ bedeutet „Banner“) und umgekehrt. Machtwechsel vollzogen sich

nicht nur auf den obersten Etagen. Sobald ein Vertreter einer Fraktion die Leitung eines Ministeriums oder einer Division übernahm, begann eine fiebrige Umbesetzung der Kader, um die Mitglieder der rivalisierenden Gruppierung zu vertreiben.

Versuche, die Seiten miteinander auszusöhnen, wurden wiederholt unternommen. Besondere Anstrengungen entwickelten dabei die sowjetischen Berater. Doch bei einer Bewertung ihrer Tätigkeit darf man nicht vergessen, daß sie selbst „Kinder der Stagnationszeit“ waren und Afghanistan mit aller Kraft das jetzt verurteilte (doch nicht ganz abgelegte) administrative Kommandosystem aufzustören – und das keineswegs aus böser Absicht, sondern nur aus Unkenntnis der Besonderheiten der afghanischen Gesellschaft. Ihre „Ratschläge“, die oft ohne das geringste Verständnis für die komplizierte Gesellschafts- und Stammesstruktur des Staates und des in ihr dominierenden politischen Kräfteverhältnisses erteilt wurden, fügten der DVPA wie der KPdSU und dem Ansehen der Sowjetunion insgesamt nichtwiedergutzumachenden Schaden zu. Doch die Tätigkeit der sowjetischen Berater müßte man gesondert analysieren. Das Wichtigste war, daß die Berater, die nicht die geringste Vorstellung von den objektiven Ursachen für die Entstehung und Entwicklung der Differenzen in der DVPA hatten, unter den Einfluß der „Berietenen“ gerieten, wobei sie bisweilen sogar zu fanatischen Anhängern der einen oder anderen Parteifaktion wurden als die Afghane selbst.

Tanai schloß sich der Khalq-Faktion an, doch, wie seine Kollegen fast einmütig bezeugen, war er „politisch völlig unbedarft“, wobei er als Armee-Offizier hervorragend charakterisiert wurde. Sowohl Tanai als auch Najibullah sind Paschtunen von der gleichen Stammesvereinigung der Ghilzai und stammen aus der gleichen Provinz, aus Paktia. Nur gehören sie verschiedenen Fraktionen der DVPA an. Tanais Aufstieg schien also vorgezeichnet zu sein. Doch Tanai wurde nicht gleich zum Verteidigungsminister ernannt. An die zwei Monate blieb der Ministerposten unbesetzt. In diesem Zusammenhang muß ich mich an ein Gespräch mit einem Afghani, Fahrer eines Geländewagens, erinnern. Ich fragte ihn, warum er den Akku nicht ausgewechselt habe, blieb der Wagen doch fast alle 300 Meter stehen. Er antwortete mir, der Verteidigungsminister müsse das erst erlauben, den aber habe man noch nicht ernannt. Dann, nicht ohne eine Prise Sarkasmus, ergänzte er: „Das kann es nur bei uns geben – das Land führt Krieg, einen Verteidigungsminister aber gibt es nicht.“

Offensichtlich war Tanais Ernennung ein harter Kampf sowohl in der Partei- als auch in der Staatsführung vorausgegangen. Nichtsdestoweniger wurde beschlossen, das Übergewicht der Parcham-Anhänger (der Anhänger Najibullahs) auf den obersten Etagen der Macht durch die Ernennung eines Khalq-Anhängers (zudem eines hochqualifizierten Militärs) „auszugleichen“.

Auch die Gesamtatmosphäre, die zu jener Zeit in der Partei entstanden war, führte zu einer Verschärfung der Differenzen. Im Oktober 1987 wurde auf einem Plenum des ZK der DVPA beschlossen, einen Parteitag einzuberufen. Zuvor hatte es in der Geschichte der DVPA nur einen einzigen Parteitag



Das war einmal: Tanai überreicht Orden an afghanische Militärangehörige

Foto: A. Jefimow

Stunde der Bewährung

Boris Pastuchow,

UdSSR-Botschafter in Afghanistan

Es war eine barbarische Aktion. Am helllichten Tage warfen Flugzeuge im Tiefflug 500-kg-Bomben auf das historische Stadtzentrum von Kabul ab. Unschuldige Menschen kamen dabei ums Leben.

Truppenteile, Einwohner der Hauptstadt und Mitglieder der DVPA erteilten den Verschwörern eine gebührende Abfuhr. Truppen, die treu zur Regierung, zum Volk standen – und solche Einheiten sind in der überwiegenden Mehrheit –, schlugen unter geringsten Verlusten, wobei sie Mut und Standhaftigkeit zeigten, in weniger als 24 Stunden den Putsch nieder. Das Leben in der Stadt kehrte in die gewohnten Bahnen zurück.

Eine eingehendere Analyse der Ereignisse steht noch bevor, doch schon jetzt kann man mit aller Bestimmtheit sagen, daß dieser Versuch der Machtgreifung die Zukunft des Landes gefährdet. Konkret gesagt, trennen die Putschisten und jene, die ihnen Widerstand leisteten, die unterschiedliche Haltung zur Politik der nationalen Aussöhnung. Wird man die Probleme Afghanistans einer friedlichen Lösung zuführen oder werden die Extremisten, wie sie das wiederholt ohne Umschweife erklärten, einen Krieg bis zum „Sieg“ führen, wie viele Jahre sie dazu auch brauchen werden?

Die Ereignisse und ihr Ausgang haben die Menschen noch mehr um die Idee des nationalen Einvernehmens und des Friedens geschart. Präsident Najibullah betonte in einer Ansprache über Rundfunk und Fernsehen, die Politik der nationalen Aussöhnung werde fortgesetzt, und das noch entschiedener und mit neuen Initiativen.

Die Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft, die dieser Tage mit DVPA-Mitgliedern, mit Militärs, Arbeitern, Studenten, Vertretern der Intelligenz und der Geistlichkeit zusammentreffen, bekommen viele gute Worte zu hören, daß in dieser Stunde der Bewährung die freundschaftliche Teilnahme und die Unterstützung der sowjetischen Menschen für die Afghanen besonders wichtig und teuer waren.

gegeben – den Gründungsparteitag, der am 1. Januar 1965 stattfand. Dabei hieß es in dem Beschuß vom Oktober 1987, der Parteitag solle nicht später als am 27. April 1988, d. h. bis zum 10. Jahrestag der Aprilrevolution, durchgeführt werden. Doch der Parteitag sollte nicht stattfinden. Verschiedene Gründe dafür wurden genannt, doch sie ließen insgesamt auf das eine hinaus: Er komme wegen dem näher rückenden Abschluß der Verhandlungen in Genf, wegen der Notwendigkeit, daran zu denken, wie man nach dem Abzug der sowjetischen Truppen standhalten solle, usw. nicht zur rechten Zeit.

Die Khalq-Anhänger blieben offensichtlich unzufrieden mit einer solchen Entwicklung, da sie (und die Parcham-Anhänger spürten das) für eine Trennung der DVPA in zwei separate Parteien einzutreten gedachten. Sie behaupteten, das sei eine Trennung, nicht aber eine Spaltung, da beide dann entstehenden Parteien eine Vereinbarung über Zusammenarbeit im Rahmen des zu jenem Zeitpunkt bereits gebildeten Blocks der linksdemokratischen Parteien unterzeichnen könnten. Darin, daß die Beschlüsse des Plenums für die Einberufung eines Parteitages ignoriert wurden, sahen die Khalq-Anhänger die Absicht des Präsidenten, die Diktatur seiner Person und der von ihm angeführten Parcham-Anhänger zu bewahren.

Der Abzug der sowjetischen Truppen versetzte die DVPA in eine schwierige Lage. Der Zwist in der Partei wirkte sich sehr negativ auf die Kampffähigkeit der Streitkräfte aus. Realistisch denkende Köpfe in

der Führung, vor allem Präsident Najibullah, waren sich sehr wohl der tödlichen Gefahr bewußt und bestanden auf der Notwendigkeit, den gegenseitigen Vorwürfen in einem Augenblick entgegenzutreten, da Hader unweigerlich zur physischen Vernichtung der Mitglieder beider Fraktionen geführt hätte. Gerade ein solches Vorgehen trug zum Zusammenschluß der Kräfte und zur Geschlossenheit in den Kämpfen gegen die Opposition bei Jalalabad im Frühjahr 1989 bei und sorgte für Erfolge bei anderen Kampfoperationen.

Dann kam eine Waffenruhe: Die Mujaheddin lecken sich die Wunden und machen sich gegenseitig Vorwürfe, die sich bis zu bewaffneten Zusammenstößen steigern; die Politik der nationalen Aussöhnung tritt auf der Stelle, da die Opposition trotz der neuen Zugeständnisse Kabuls Verhandlungen hartnäckig ablehnt, wobei sie als Vorbedingung verlangt, Präsident Najibullah von der Macht zu entfernen.

Der Krieg geht unterdes weiter, wenn auch weniger intensiv. An der diplomatischen Front versuchen die sowjetischen Vertreter die USA davon zu überzeugen, keine Vorbedingungen zu stellen, sondern den Afghanen selbst die Möglichkeit zu geben, über ihre künftige Regierung bei Wahlen unter UNO-Kontrolle zu entscheiden. Und das um so mehr, da Najibullah erklärte: „Na schön, wenn im Zuge der Politik der nationalen Aussöhnung das Volk demokratisch einen anderen Präsidenten wählt, dann gehe ich eben...“

Zu Beginn des Jahres wurde die optimistische Meinung geäußert, die Mujaheddin könnten sich im Frühjahr oder Frühsommer zu Verhandlungen mit der Regierung in Kabul bereit erklären.

Generale leben, um es mal so zu sagen, vom Krieg. Würde folglich eine solche Aussicht Wirklichkeit werden (und das ist möglich), wird sich unweigerlich die Frage nach der Armee und ihren Generalen stellen. Man kann ja wohl nicht allen Ernstes meinen, die Opposition werde sich damit abfinden, daß die von der DVPA hochgepäppelten Streitkräfte unter einer Koalitionsregierung bestehenbleiben würden. Manches in dieser Hinsicht zeigen uns die jüngsten Erfahrungen in Nikaragua. Meiner Meinung nach ist das ebenfalls einer der Gründe für Tanais Putschversuch.

Jetzt ist das Frühjahr gekommen, statt der erwarteten positiven Wende in den Positionen der Konfliktseiten aber kam es zu einer Rebellion in der Kabuler Regierung. Alarmsignale für Differenzen auf den obersten Etagen der Macht in Kabul, wiederum in Zusammenhang mit Tanai, hatte es bereits im Juli v. J. gegeben. Damals wurden Gertüte laut, er sei wegen verstärkter oppositioneller Tätigkeit in der Armee verhaftet worden. Einige Tage später wurde er im Fernsehen bei einer Inspektion von Einheiten gezeigt. Im Dezember v. J. verhaftete die Staatsicherheit Teilnehmer eines regierungseidlichen Komplotts, die, wie gemeldet wurde, mit Gulbuddin Hekmatyars Islamischer Partei Afghanistans Kontakte unterhalten hatten. Unter ihnen war auch eine große Zahl von dem Khalq-Flügel nahestehenden Offizieren, doch auch Leute anderer politischer Orientierung, darunter Parcham-Anhänger. Es ist ein offenes Geheimnis in Kabul, daß ein Teil der Parteiu und Staatsfunktionäre im Zentrum wie in der Provinz Kontakte zur gegnerischen Seite unterhält. Einige tun dies (und entrichten sogar einen „Tribut“ an die Opposition), um sich und ihre Familien rückzuversichern; andere tun es, weil ihre Angehörigen in den Reihen der Opposition sind. Es gibt natürlich auch Leute, die sich aus ideologischer Überzeugung der Opposition anschließen oder, von der Revolution enttäuscht, darauf hoffen, das Wohlwollen der „anderen Seite“ zu erringen, sollte sich plötzlich ein Regimewechsel vollziehen.

Im Dezember verlangte Tanai die Freilassung der verhafteten Offiziere, wobei er sich im Verteidigungsministerium mit Panzern und Artillerie verschanzte. Damals, nachdem ihm dokumentarische Beweise für die Schuld der Verhafteten präsentiert worden waren, nahm er Abstand von seinem Ultimatum. Jetzt, im März, sollte er dann doch ernst machen.

Schwer zu sagen, wie „unwiderlegbar“ die Tanai präsentierten Beweise wirklich waren. Unwillkürlich erinnert man sich z. B. daran, wie Babrak Karmal im Januar 1980 feierlich erklärte, er besitze „unwiderlegbare“ Beweise dafür, daß Hafizullah Amin CIA-Agent gewesen sei. Babrak Karmal versprach, alle Dokumente würden veröffent-



Kabul. In wenigen Stunden werden die Meuterer aus dem Gebäude des Verteidigungsministeriums verdrängt sein...

Foto: TASS

licht und alle Mitglieder von Amins „faschistischer Clique“, d. h. die Mitglieder seiner Regierung, öffentlich abgeurteilt. Doch ... zehn Jahre vergingen: Kein Prozeß (weder öffentlich noch unter Ausschluß der Öffentlichkeit) fand statt, die „Dokumente“ wurden nicht veröffentlicht und die Angehörigen der „faschistischen Clique“ wurden vor

nur etwa 2 Jahren möglichst unauffällig auf freien Fuß gesetzt.

Einige interessante Umstände, die zeitlich zusammentreffen, fallen auf. Der Putsch begann am 6. März, genau am Jahrestag des Beginns der Offensive der bewaffneten Truppen der Opposition auf Jalalabad am 6. März 1989. Der Umsturz-

versuch begann am nächsten Tag, nachdem man am Mittwoch, dem 5. März, eine Erklärung von 30 namhaften Stammesführern, Ulemas (islamischen Rechtsgelehrten) und Feldkommandeuren aus verschiedenen afghanischen Provinzen verbreitet hatte mit dem Aufruf, Ex-König Zahir Schah nach Afghanistan zurückzuholen. In dem Dokument hieß es, daß weder die „Übergangsregierung“ der Mujaheddin noch das Kabuler Regime die Interessen aller Afghanen zum Ausdruck bringen und „nur dank der Unterstützung aus dem Ausland existieren“. Und noch etwas: Der Termin für den Prozeß gegen die Teilnehmer des Komplotts vom Dezember wurde ebenfalls am 5. März bekanntgegeben.

Unter den Ursachen für den Putsch vom März sind sowohl Folgen der alten Fraktionskämpfe, Machtgier und möglicherweise – bereits als Mittel zum Zweck – Verbindungen zur Opposition zu nennen (an wen hätte sich Tanai eigentlich wenden sollen, als klar geworden war, daß der Putsch gescheitert war?). Nichtsdestoweniger meine ich, daß nicht Tanai den Putsch dirigierte, sondern daß man ihn dirigierte, ihn zu einem Putschversuch drängte, wobei man seine politische Kurzsichtigkeit und seine persönlichen Ambitionen auszunutzen suchte.

W. Nikitin

Zickzackkurs der Geschichte

July 1973

König Mohammed Zahir Schah wird bei einem unblutigen Umsturz seines Cousins Mohammad Daud abgesetzt. Afghanistan wird zur Republik erklärt.

April 1978

Revolutionäre Offiziere und Soldaten führen einen militärischen Umsturz in Kabul durch. Bei dem Schußwechsel wird Daud getötet. Der Generalsekretär des ZK der DVPA Nur Muhammed Taraki wird zum Vorsitzenden des Revolutionsrates und zum Ministerpräsidenten des Landes gewählt. Afghanistan wird zur Demokratischen Republik Afghanistan proklamiert.

März 1979

Regierungsfeindliche Rebellion in Herat, niedergeschlagen von den Streitkräften der DR Afghanistan. Später wird Hafizullah Amin zum Ministerpräsidenten ernannt.

September 1979

Amin setzt Taraki ab, wird Generalsekretär des ZK der DVPA und Vorsitzender des Revolutionsrates. Im Oktober wird Taraki auf Befehl Amins ermordet.

Dezember 1979

Sowjetische Truppen betreten auf Bitte der Regierung der DR Afghanistan das Territorium des Landes. Amin wird nach dem Urteil eines Revolutionstribunals erschossen. Generalsekretär, Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident des Landes wird Babrak Karmal.

Februar 1980

Regierungsfeindliche Rebellion in Kabul. Niedergeschlagen von den Streitkräften.

1980

Die UNO-Vollversammlung verabschiedet mit überwiegender Stimmenmehrheit einen Beschuß über den unverzüglichen Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan. Die bewaffneten Gruppen der Opposition, die auf dem Territorium Pakistans ihre Stützpunkte haben, schließen sich zu einer Allianz zusammen und erhalten Waffen aus den USA, der VR China, Pakistan, Ägypten und anderen Ländern.

1981

Die Sowjetunion lehnt den Vorschlag der EG für die Einberufung einer internationalen Afghanistan-Konferenz ab.

1982

Die Außenminister Afghanistans und Pakistans nehmen unter Vermittlung der UNO indirekte Verhandlungen in Genf auf.

1983

Die Bewegung der Nichtrabkugelbünden ruft zu einem Abzug der ausländischen Truppen auf.

1985

Pakistan's Präsident M. Zia-ul-Haq trifft mit Michail Gorbatschow zusammen, der erklärt, er wünsche eine politische Lösung des Problems.

Mai 1986

Der Leiter des Staatsicherheitsdienstes der DR Afghanistan Dr. Mohammad Najibullah löst Karmal als Generalsekretär des ZK der DVPA und dann auch als Vorsitzender des Revolutionsrates ab.

1987

Ab 15. Januar erklärt die Regierung der DR Afghanistan den Beginn der Politik der nationalen Aussöhnung.

April 1988

In Genf werden Abkommen über den Abzug der sowjetischen Truppen im Zeitraum vom 15. Mai 1988 bis zum 15. Februar 1989 unterzeichnet.

1989

Am 15. Februar verläßt der letzte sowjetische Soldat Afghanistan. Die Opposition bildet eine „provisorische Regierung“.

Dezember 1989

Nach Meldungen der afghanischen Presse wird in Kabul ein Komplott zum Sturz von Präsident Najibullah aufgedeckt, in das neben Agenten von G. Hekmatyars oppositioneller Islamischer Partei Afghanistans Offiziere der Streitkräfte der Republik Afghanistan verwickelt sind. 126 Personen werden verhaftet.

6. März 1990

Putschversuch von General Tanai...

„Ich wiederhole den Aufruf zum Frieden...“

erklärte Nelson MANDELA, der Kämpfer für die Rechte der schwarzen Mehrheit in der RSA, in einem Gespräch mit dem NZ-Korrespondenten Nikolai Reschetnjak

Wir trafen in der Residenz von Kenneth Kaunda, des Präsidenten von Sambia und Leiters der Organisation der Frontstaaten, in Lusaka zusammen. Für Nelson Mandela war dies die erste Auslandsreise nach 27 Jahren Haft. Auf Beschuß der sambischen Regierung wurde im Land ein Nationalfeiertag proklamiert. In allen Industrie- und Agrarbetrieben ruhte die Arbeit. Die Geschäfte waren geschlossen, auch der Verkehr ruhte. Tausende hatten sich auf dem internationalen Flughafen eingefunden, standen an den Hauptstraßen von Lusaka, die der Führer des ANC vielleicht passieren würde.

Der Nelson-Mandela-Tag soll von nun an jährlich in Sambia begangen werden. Diese Tradition wird möglicherweise auch im Leben anderer Länder der Region Einzug halten. So trafen alle Präsidenten der Nachbarstaaten in Sambia ein, um Nelson Mandela zu begrüßen. Auch Yasser Arafat und Dutzende Vertreter von antirassistischen Bewegungen von allen Kontinenten hatten sich eingefunden.

Unser Interview beginnt ungewöhnlich: mit Mandelas Fragen zum Leben und zu den Problemen in der Sowjetunion, zu den Umgestaltungen, die sich in osteuropäischen Ländern vollziehen.

„Mein Interesse am Prozeß der Perestroika in eurem Land kommt nicht ungefähr“, sagte mein Gesprächspartner. „Wir haben uns stets an der Sowjetunion orientiert, wo die Ausbeutung, unter der nach wie vor viele Länder Afrikas, Südamerikas und anderer Kontinente leiden, bestätigt ist. Jetzt aber, da in der RSA große Veränderungen begonnen haben, ist euer Beispiel von besonderer Bedeutung. Wenn wir heute eine Bilanz unseres langjährigen Kampfes ziehen und uns neue Aufgaben stellen, bewerten wir die Situation so: Viele Jahre stand uns die Sowjetunion mit Rat und Tat zur Seite. Eure moralische und politische Unterstützung und andere Formen der Hilfe erlaubten uns, die gesteckten Ziele zu erreichen.“

Ich freute mich über Michail Gorbatschows Grußbotschaft zu meiner Freilassung. Das neue politische Denken, das von Moskau seinen Ausgang nimmt, zeigt, daß es keine Probleme gibt, die nicht mit politischen Mitteln gelöst werden können. ANC-Präsident Oliver Tambo traf mit Michail Gorbatschow zusammen, und jetzt haben andere Genossen und ich eine Einladung, euer Land zu besuchen, erhalten.



ten. Ich meine, der gegenseitige Meinungsaustausch wird uns bereichern, wird es erlauben, eine neue Taktik des Kampfes angesichts der dynamischen Entwicklung zu erarbeiten.“

„Genosse Mandela, bitte einige Worte zu den Nahzielen des ANC?“

„Ich habe es früher wiederholt gesagt und möchte diesen Standpunkt jetzt bestätigen, daß der ANC nur deshalb zu den Waffen gegriffen hat, weil ihn die Rassistenbehörden dazu nötigten. Heute wiederhole ich den Aufruf zum Frieden und betone, daß es keine Partei, Organisation oder Bewegung in der RSA gibt, die es mit dem Afrikanischen Nationalkongress in ihrem Streben nach Frieden, Stabilität, sozialer und rassischer Gleichheit aufnehmen kann.“

Unsere programmatischen Ziele bleiben die früheren: die Aufhebung aller Apartheidsgesetze, die Durchsetzung der Macht der schwarzen Mehrheit, freie demokratische Wahlen nach dem Prinzip ‚One man, one vote‘. Wir sind zu einem Dialog mit allen interessierten Seiten bereit. Auf der Tagesordnung stehen auch Verhandlungen mit Pretoria. Doch dafür wird die Regierung Frederik de Klerks die eingegangenen Verpflichtungen voll erfüllen müssen: alle politischen Häftlinge freizulassen, den Ausnahmezustand aufzuheben usw.

Die Zeit verlangt entschiedene Veränderungen auch in der Tätigkeit des ANC. Unsere Bewegung wird gewinnen, wenn sie den Weg der Erneuerung, der Anpassung ihrer Strukturen an die neuen Ten-

denzen, die sich im innenpolitischen Leben des Landes herausbilden, gehen wird. Wir haben die Aufgabe der Umgestaltung, der Erneuerung des ANC gestellt und meinen, daß dies für uns alle von Nutzen sein wird.“

„Wie bewerten Sie unter den heutigen Bedingungen die internationale Unterstützung für den Kampf des ANC?“

„Wir sind der Völkergemeinschaft dankbar für die immer wieder bekundeten Sympathien zum ANC und zu den anderen demokratischen Kräften des Landes, sind der Welt dankbar für ihre Anstrengungen, die Apartheid zu beseitigen. Heute bitten wir, ebenso wie früher in der Solidaritätskampagne nicht nachzulassen, die Politik des Boykotts fortzusetzen und die Wirtschaftssanktionen nicht aufzuheben, sondern zu verschärfen.“

„Genosse Mandela, was wünschen Sie unseren Lesern, den sowjetischen Menschen?“

„Die Sowjetunion ist ein ständiger Quell unserer Kraft und Hoffnung. Deshalb wünschen meine Genossen und ich den sowjetischen Menschen Erfolge in allem, was ihr jetzt in Angriff genommen hat.“

Das Gespräch endete damit, daß ich Nelson Mandela die NZ mit einem Interview seiner Gattin Winnie überreichte, das vor drei Jahren bei uns erschien. Damals brauchten wir drei Tage, um Frage für Frage das Telefongespräch, das ständig vom RSA-Geheimdienst unterbrochen wurde, zu führen. Nelson Mandela freute sich über dieses Geschenk. Ja, die Zeit hat sich geändert, doch viele Probleme sind geblieben. Am Tag unseres Gesprächs traten 343 Häftlinge des berüchtigten Gefängnisses auf Robben Island, wo Nelson Mandela einen Großteil seiner Haftzeit verbracht hatte, in den Hungerstreik. Sie verlangen ihre Freilassung und eine Verbesserung der Bedingungen für diejenigen, die wegen ihrer politischen Überzeugung in den Kerker geworfen wurden.

Ihre Hauptforderung aber lautete, den Ausnahmezustand aufzuheben, den politischen Parteien, Bewegungen und Gruppen alle Möglichkeiten zu geben, ein neues, demokratisches, nichtrassistisches Südafrika zu gestalten.

Der Kampf geht weiter, und Nelson Mandela spielt dabei nach wie vor eine führende Rolle.

LUSAKA

„Wir sind nicht so reich, um das Geld zum Fenster hinauszuwerfen“

Zwischen Krieg und Frieden

Die Aeroflot-Maschinen bleiben in Phnom Penh nie über Nacht (das ist gefährlich), sie fliegen nach Hochi-Minh-Stadt weiter – ein Katzensprung nach unseren Begriffen

Ich war seit fast einem Jahr nicht in Phnom Penh, die Stadt scheint sich nicht verändert zu haben. Höchstens einige Autos und Krafträder mehr in den Straßen. Sie hören wohl auf, seltene Ausnahmen im Meer von Radlern und Rikscha-Kulis zu sein. Nach wie vor sind die Märkte der Stadt lärmreich und bieten alles Mögliche feil, von Garnelen bis zu Computern. Dollars und die kambodschanischen Riels werden gleich gern entgegengenommen. Niemanden beunruhigt, daß ganz offensichtlich bei weitem nicht alle Waren auf legalem Weg gekommen sind oder daß da verschiedene Währungen nach Belieben umgetauscht werden. Verblüffend niedrige Preise für einen, der in Kategorien von Westeuropa, Amerika oder Japan denkt. Ein hiesiger Arbeiter oder Angestellter mit seinem festen Lohn bzw. Gehalt von 1000 Riel oder nur etwas mehr (1 Dollar = 380 Riel) sieht diese Preise natürlich anders. Nicht nur die Preise. Eine prachtvolle Hochzeit mit Hunderten Gästen, die ich im Hotel Vat Phnom beobachten konnte, würde diesem Arbeiter bzw. Angestellten kaum gefallen haben. Wahrscheinlich ahnt er, daß selbst das höchste Gehalt eines hochgestellten Staatsbeamten nicht ausreichen würde, eine solche Fete zu bezahlen. Wahrscheinlich kommt er nach einem Kopfrechnen zu dem traurigen Ergebnis: Sein ganzes Leben würde nicht ausreichen, um genug Geld für einen viel bescheideneren Abend im Restaurant zusammenzusparen.

Im Lande wird nicht gehungert. Umgerechnet in Reis, kommen mehr als 300 kg Nahrungsmittel auf jeden Einwohner. Das vergangene Jahr war nicht das ertragreichste, dennoch lassen sich die

Ergebnisse sehen, besonders nach den Begriffen Indochinas, wo das Lebensmittelproblem schon immer akut, manchmal sogar dramatisch war. Ich würde die gesamte Wirtschaftslage stabil nennen. Wunder sind vom heutigen recht niedrigen Niveau kaum zu erwarten, aber die Einwohner können, glaube ich, mit einer normalen Entwicklung ohne besondere Erschütterungen rechnen.

Es ist meine Überzeugung: Jeder, der Kambodscha und seinem Volk wirklich Gutes wünscht, muß auf jede Weise das Vorankommen dieses Landes eben auf diesem Weg fördern. Das trifft für Wirtschaft und Politik, darunter auch für die Politik der nationalen Aussöhnung, zu. Ich schreibe das, weil die Linie der Sowjetunion, und sei es aus den besten Motiven heraus, dieser Forderung nicht immer entsprach. Bald nahmen die Khmer große, aber nicht gerade die notwendigsten und effektivsten Projekte in Angriff. Bald erhielten sie von uns Technik, auch Militärtechnik, die sie entweder nicht meistern oder nicht gebrauchen können. Unsere Behörden entsenden manchmal Fachleute nach Phnom Penh, deren enge Spezialisierung vom kambodschanischen Alltag so weit entfernt liegt, daß es in der Khmer-Sprache nicht einmal das entsprechende Wort dafür gibt. Was sie nicht schicken, sind Dinge, die Kambodscha bitter nötig hat.

Dialog mit dem Prinzen

Ich kenne den Flughafen Pocheontong bei Phnom Penh schon seit den Zeiten von Sihanouk. Damals nannte sich der Flughafen international und sah wirklich vorbildlich aus. Gegenwärtig wird er nur von Aeroflot und der vietnamesischen Luftfahrtgesellschaft angeflogen. Es gibt keine Telefonverbindung zur Stadt, und unsere Landsleute erfahren von der Ankunft eines Flugzeugs, erst wenn sie es über ihren Köpfen sehen.

Über die Rückkehr von Premierminister Hun Sen aus Bangkok wurde man dennoch im voraus in Kenntnis gesetzt, und als die Maschine landete, wurde sie schon im Flughafen von vielen hiesigen Beamten, Diplomaten und Journalisten erwartet. Unter einer Überdachung stand ein Tisch mit Mikrofonen für eine kurze Pressekonferenz, bei der Hun Sen über die Ergebnisse seines in Bangkok abgehaltenen Treffens mit Prinz Norodom Sihanouk erzählen sollte.

Alles hatte auf dieses Treffen voller Ungeduld gewartet. Sihanouk, der Chef des sogenannten Demokratischen Kampuchea und offizielle Führer der Opposition, wies lange Zeit direkte Kontakte mit Hun Sen zurück und erklärte, sie hätten nichts miteinander zu besprechen, nachdem man bei der Internationalen Kambodscha-Konferenz (Paris, Juli/August 1989) zu keinem Ergebnis habe kommen können. Später fand sich der Prinz bereit, mit Hun Sen zusammenzutreffen, wenn dieser ihn um eine Audienz bitte. Das ließ sich der Regierungschef des Staates Kambodscha natürlich nicht bieten. Der thailändische Premiermin-



Der Krieg in Kambodscha geht weiter, das Ende ist vorläufig nicht abzusehen. Wie gern hätte der Bauer aber die Waffe gegen seinen Pflug vertauscht!

ster Chatichai Choon-havan fand einen Ausweg: Er lud Hun Sen zu einem offiziellen Besuch in Bangkok ein, als sich Sihanouk dort bereits aufhielt, und fädelte das Treffen ein.

In letzter Zeit geht Thailand auf eine neue Weise an das Kambodscha-Problem heran. Früher wurde von ihm die Opposition militärisch, wirtschaftlich und politisch hundertprozentig unterstützt, die gegenwärtige Regierung in Phnom Penh abgelehnt. Jetzt hat Thailand eine ausgewogene Position und strebt nach friedlicher Beilegung des langwierigen Konfliktes, d. h. nach einer für alle Seiten akzeptablen Lösung.

Ich bin sicher, daß wirtschaftliche Erwägungen dabei nicht die letzte Rolle spielten. Thailand, das in den letzten Jahren beinahe die welthöchsten Wachstumsraten zeigt (12% im Jahr), möchte seine Auslandsmärkte erweitern. Kambodscha liegt ganz in der Nähe, thailändische Waren waren schon immer auf den Märkten des Landes zu haben, sie sind auch heute in Phnom Penh in Hülle und Fülle da, aber im Vergleich zu den potentiellen Möglichkeiten ist diese Fülle nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem spürt man hier die Konkurrenz Japans, Südkoreas, Singapurs und der anderen asiatischen „Tiger“ nicht so stark. Es stellt sich heraus, daß die Opposition mit einem militärischen Sieg nicht in absehbarer Zukunft zu rechnen braucht, daß sich das neue Kambodscha entgegen den Hoffnungen von Bangkok und einigen anderen Hauptstädten auch ohne die vietnamesischen Truppen durchaus zu verteidigen weiß. Aber solange es keinen Frieden gibt, hat der Handel einen schweren Stand. Wie es scheint, hat die thailändische Führung die Situation realistisch eingeschätzt und beschlossen, nicht noch länger die realen Interessen den ideologischen Stereotypen zu opfern.

Im bewaffneten Kampf gegen Kambodscha ist jetzt ein Patt zu beobachten. Beide Seiten können dem Gegner Verluste beibringen, können noch Dutzende oder Hunderte eigene und gegnerische Soldaten töten (in beiden Fällen sind es Landsleute!), aber nicht den entscheidenden Sieg davontragen. Gegenwärtig kontrolliert die Opposition ein Zehntel, die Regierung in Phnom Penh neun Zehntel des Landes. Sihanouk verkündete gelegentlich, er wolle sich im „befreiten“ Teil Kambodschas niederlassen. Bald schlügen die Regierungstrup-



Aber auch das Leben geht weiter, und die kambodschanische Hauptstadt belebt sich zusehends

pen jedoch den Gegner aus der vom Prinzen genannten Stadt heraus, und die Frage entfiel von selbst.

Seinerzeit traf ich mit Sihanouk zusammen, beobachtete ihn lange Zeit aus der Nähe und kann mir den Prinzen auf dem Schlachtfeld – Schüsse in der Nähe, keine bzw. nicht funktionierende Klimaanlage, kein gewohnter und seiner Hoheit so unentbehrlicher Komfort, keine seiner würdigen Speisen – nicht vorstellen. Ich lasse den Gedanken zu, daß er sich für einen kurzen Aufenthalt entschließen könnte, um sich mit ausländischen Journalisten zu treffen oder eine andere Show abzuziehen (in dieser Hinsicht sucht Sihanouk seinen Meister).

Das Ende des Kriegs bis zum Sieg ist nicht abzusehen. Alle haben ihn über, er stört alle. Die „roten Khmer“, die kampffähigsten von allen Oppositionsgruppen, tun zwar noch so, als seien sie kampflustig. Aber ohne Unterstützung von außen werden sie sich nicht halten, und sie wissen das sehr wohl. Die Kräfte aber, von denen sie traditionell gestützt werden, sehen, daß diese Hilfe in Gegensatz zu den eigenen Interessen gerät. Der Kurs auf Konfrontation ist out. Jetzt, da es in Kambodscha seit einem halben Jahr keine vietnamesischen Truppen gibt, hat der Krieg gegen das Regime in Phnom Penh die letzte Spur von Popularität eingebüßt. Er wird beinahe nur noch aus alter Gewohnheit geführt. Wie lange?

Je früher der Krieg zu Ende ist, desto schneller wird das Volk der Khmer in der Lage sein, sich voll und ganz auf die Lösung der zahlreichen Probleme des zivilen Lebens umzustellen. In dieser Situa-

tion wird es ohne Hilfe unseres Landes nicht auskommen. Wie wird diese Hilfe aussehen?

Die Zukunft klopft an die Tür

Ich bat den UdSSR-Botschafter in Kambodscha Raschit Chamidulin, sich zu den akutesten Problemen unserer Zusammenarbeit zu äußern. Die UdSSR kann viel, aber bei weitem nicht alles. Wir konnten uns lange mit diesem Gedanken nicht abfinden und nahmen alles Erdenkliche auf uns. Kambodscha kann mit vielen dramatischen Beispielen aufwarten. Wozu mußten wir unsere Dienste bei der Restaurierung von Hotels anbieten, wenn wir unsere eigenen Hotels von ausländischen Firmen rekonstruieren lassen? Oder bei der Nutzung der Sonnenenergie, die bei uns, soviel ich weiß, vorwiegend noch in Form von Gerede existiert? Mußten wir die Baumwollzucht bei Phnom Penh aufnehmen, wo sich weder der Boden noch das Klima für diese Kultur eignet und die in dieses Unternehmen gesteckten Bemühungen und Millionen Rubel einen lächerlichen Effekt ergaben? Warum akzeptierten wir ohne Widerrede den Vorschlag der kambodschanischen Seite, in Phnom Penh einen riesigen Zirkus zu bauen? Gegenwärtig bereuen beide Seiten dieses Unternehmen, doch noch sinnloser wäre es, da auf halbem Wege stehen zu bleiben.

Das erste, was wir meiner Meinung nach brauchen, ist, unsere Bedürfnisse und Möglichkeiten nüchtern abzuwägen. Wir sind recht erfolgreich bei der Ausbildung der kambodschanischen nationalen Fach-

kräfte, ferner bei der Produktion von Naturkautschuk, den auch wir dringend brauchen. Auf diesen beiden Gebieten bestehen sicherlich gute Aussichten auf eine langfristige Kooperation zu beiderseitigem Nutzen. Wir sollten unsere Hilfe für Kambodscha beim Bau von Wasserkraftwerken, vornehmlich kleinen, stark erweitern, um die ebenfalls sowjetischen, aber mit Dieselskraftstoff betriebenen alten zu ersetzen. Nach der Befreiung, als das Land gar keine Energiequellen hatte, waren die Dieselmotoren der einzige schnelle Ausweg aus der Lage. Der Treibstoff muß jedoch aus der UdSSR geliefert werden, und was erst die Umwelt angeht... In Kambodscha gibt es viele große und größere Flüsse, besonders im Gebirge. Potentiell könnten an diesen Flüssen WKK gebaut werden, die den Bedarf des Landes decken. In dieser Hinsicht verfügen wir über genügende Erfahrungen. Warum sollten wir diese Erfahrungen nicht in Kambodscha auswerten?

Zweitens. Wir sollten unsere Wirtschaftsbeziehungen kommerzialisieren. Das ist nicht so einfach, wie einige Funktionäre in sowjetischen Ministerien glauben. Auf jeden Fall erreichen wir nichts auf einen Schlag. Im vorigen Jahr belief sich unser Export nach Kambodscha auf über 100 Mio Rubel, der Import auf etwas mehr als 15 Mio. Können wir damit rechnen, daß Kambodscha das Manko von 100 Mio Rubel, das sich in einem einzigen Jahr angesammelt hat, sofort tilgen kann? Selbstverständlich nicht. Allmählich könnten wir jedoch unsere unentgeltlichen Lieferungen und nicht rückzahlbaren Kredite auf das reduzieren, was für die kambodschanischen Freunde tatsächlich lebensnotwendig ist.

Hier treten allerdings komplizierte Probleme auf. Grat nimmt man uns alles ab, kaufen werden sie nur Qualitätserzeugnisse. Überdies werden wir diese Erzeugnisse termingerecht liefern müssen. Die heutigen Ausflüchte (keine freien Laderäume auf Schiffen, ein Betrieb mit Planverzug usw.) werden bei niemandem wirken. In dieser Hinsicht sollten wir alles zuerst durchrechnen: Wird die Konventionalstrafe, die wir unvermeidlich werden zahlen müssen, wenn sich unsere heutigen Zustände erhalten, nicht den Gewinn verschlingen, der aus der Umstellung der Wirtschaftsbeziehungen auf kommerzielle Basis winkt?

Kambodscha schuldet uns ungefähr eine Milliarde Rubel. Aber nur keine Illusionen bitte, als hätten wir diese Waren auf den Weltmärkten für eine Milliarde Dollar absetzen können. Zu einem Großteil bestehen unsere Lieferungen aus Waren, die für Abnehmer mit frei konvertierbarer Währung gelinde gesagt wenig attraktiv sind. Wir brauchen nicht gleich ohnmächtig zu werden, wenn wir an die Ausmaße unserer Hilfe denken, aber die Zeit ist gekommen, diese Hilfe einmal inhaltlich unter die Lupe zu nehmen. Wir sind nicht so reich, das Geld zum Fenster hinauszu-

schmeißen, wenn wir den Kambodschanern keine Freude machen und dennoch unser eigenes Volk schädigen.

Truhe mit mehreren Schlössern

Mit so einer Truhe verglich der Abgeordnete der Nationalversammlung, Khieu Kanharith, Chefredakteur der Zeitung „Cambodia“, sein Land. Die Schlüssel dazu haben, sagte er mir, mehrere Stäaten. Allerdings lasse sich die Truhe nur mit allen Schlüsseln zugleich öffnen. Deshalb sei das so schwierig.

— „Zu den Kräften, die die Regulierung hinausschieben“, sagte Kanharith, „rechne ich in erster Linie die ‚roten Khmer‘. Sie sind dermaßen blutbesudelt, daß jede Koalition mit ihnen jenen kompromittiert, der sich zu sowsas entschließt. Die direkte Einschaltung der ‚roten Khmer‘ in die Regulierung könnte nur dazu führen, daß das Volk unserer Regierung die Unterstützung verweigern wird. Niemand bei uns glaubt den Versprechungen der ‚roten Khmer‘. Offenbar sind wir noch nicht soweit, daß sie politisch mitmischen.“

Es gibt auch andere, subjektive Schwierigkeiten. Ich meine z. B. Sihanouks Ehefrau Monique und seinen Sohn Ranariddh. Monique hat Handelsbetriebe in China und Singapur, die spezialisieren sich auf Export-Import-Geschäfte mit China und Nordkorea. Für sie bedeutet die Zusammenarbeit mit Phnom Penh die Gefahr, ein lukratives Geschäft zu verlieren.

Ranariddh riet seinem Vater eine Zeitlang zu einem Treffen mit Hun Sen. Aber in Paris weigerte sich Hun Sen, mit Ranariddh als Vertretung von Sihanouk zu verhandeln. Ranariddh fühlte sich beleidigt und macht jetzt alle Umrüste gegen Phnom Penh mit. Er hat enge Kontakte zu den ‚roten Khmer‘ aufgenommen.

Diese planen, die Kräfte der Gruppierungen von Sihanouk und Son Sann zur Schwächung von Phnom Penh zu benutzen. Die ‚roten Khmer‘ wissen, welchen Ruf sie in der Welt haben, und vermeiden nach Möglichkeit jede direkte Teilnahme an Kampfhandlungen, sie beschränken sich darauf, andere mit Artillerie oder bei der Ausarbeitung von Operationen zu unterstützen. Um ein unverzichtbarer Faktor des politischen Prozesses zu werden, brauchen die ‚roten Khmer‘ militärische Erfolge und eine politische Basis im Lande. Darauf wirken sie hin, ohne freilich von ihren Störversuchen gegen die Regulierung abzulassen.“ (Bei einem Treffen, das vor kurzem in Djakarta stattfand, bestätigten die ‚roten Khmer‘ Kanhariths Prognose: Gerade ihre Haltung machte ein für alle Seiten annehmbares Abkommen oder wenigstens einen Schritt dazu unmöglich. — A. G.)

„Auch wir haben unsere Schwierigkeiten. Politisch wird die Regierung vom Volk noch unterstützt. Aber die Wirtschaftslage ist ernst genug. Die Liberali-

sierung ist kein Allheilmittel, im Gegen teil, sie brachte zahlreiche neue Probleme hervor. Die gegenwärtige organisatorische Wirtschaftsstruktur steht im Widerspruch zu den modernen Erfordernissen. Viele verstehen die Liberalisierung so, daß jeder tun und lassen dürfe, was er will. Faktisch haben wir keinen Kontrollmechanismus. Die Spekulation floriert. Die umlaufende Geldmenge nimmt zu, wir haben Inflation.“

In diesem Jahr wurden die Einkaufspreise für Reis beträchtlich erhöht. Wären die gewachsenen Einkünfte der Bauern durch gleichwertige Lieferungen von Industriewaren aufgewogen gewesen, so wäre dieses Geld zu drei Vierteln in die Banken zurückgeflossen. In Wirklichkeit fließen nur 40% wieder zurück. Das ist die Strafe für die übermäßigen, vorläufig aber unumgänglichen Militärausgaben.

Ein weiteres Problem ist die ungenügende Kompetenz und das mitunter herausfordernde, ‚unbescheidene‘ Auftreten unserer Fachkräfte. Das relativ niedrige Gehalt im staatlichen Sektor treibt die besten Fachleute dem Privatsektor in die Arme. Früher schämte man sich bei uns, reich zu sein. Heute schämte man sich seiner Armut. Ohne die Interessen der Reichen anzutasten, versucht die Regierung zugleich, das Los der Armen zu erleichtern. Die staatlichen Bewilligungen für soziale Zwecke steigen. Das genügt aber natürlich nicht.

Nach der nationalen Aussöhnung darf Kambodscha nicht ein Spielball anderer Staaten werden. Seine ständige Neutralität muß durch feste internationale Garantien gesichert werden. Ich glaube, daß das künftige Kambodscha unbedingt zu einem Mehrparteiensystem kommen wird, selbst wenn es nicht gelingt, eine gemeinsame Sprache mit den jetzigen oppositionellen Gruppierungen zu finden. Man muß aber die Schattenseiten der Zeit des Übergangs zum Mehrparteiensystem minimieren.“

* * *

Durch die Straßen von Phnom Penh, die in der sengenden Sonne liegen, wälzt sich ein unformiger Strom von Radlern dahin. Die meisten von ihnen haben ein schweres Leben voller Sorgen, die der Alltag mit sich bringt. Die große Politik interessiert sie im Grunde nicht. Ich habe den Eindruck, daß Stabilität das einzige ist, was sie wünschen: daß alles bleibt, wie es ist, daß nicht die ‚roten Khmer‘ zurückkommen, deren Blutorgien Kambodscha nicht so bald vergessen wird. Dieses uralte Volk hat den Frieden um den Preis ungeheuerer Leiden erkauft. Nur allzu gern möchte man glauben, daß eben dieses Volk den wichtigsten Schlüssel zur Lösung in Kambodscha in der Hand hält.

Alexander Guber

PHNOM PENH – MOSKAU

Fotos: W. Sosinow

Die Regierungspartei neu betrachtet

Seit 30 Jahren ist die Liberal-Demokratische Partei an der Regierung. Sie hat offensichtlich nicht nur die in der sowjetischen Presse beschriebenen Schwächen, sondern auch Stärken

Es liegt mir fern, die LDP zu idealisieren. Ihre Fehler, vielleicht auch Untugenden, wurden jedoch in unserer Literatur derart vollständig beleuchtet, daß dem schon nichts mehr hinzuzufügen ist. Außerdem sind sie nicht die Hauptsache.

Wir haben die Liberal-Demokratische Partei Japans als Bahnbrecher der Interessen der japanischen Monopole und herrschenden Kreise in den USA bezeichnet und sie beschuldigt, volksfeindliche Politik zu betreiben. In Wirklichkeit aber stützt sie sich auf eine breite soziale Basis; in der Arbeiterklasse und unter jungen Menschen nimmt ihr Einfluß zu. Also reagiert die LDP doch auf die Bedürfnisse und Erwartungen aller Bevölkerungsgruppen, die diese Partei unterstützen, anders hätte die Wählerschaft sie einfach nicht toleriert. Ihre prinzipielle Linie sehen die Liberaldemokraten darin, ein breites Spektrum aller gesellschaftlichen Schichten anzusprechen. Wie keine andere politische Kraft versteht und berücksichtigt die LDP die zunehmende Herausbildung und Stabilisierung jener vielfältigen Sperrdämme, die über den Rahmen der traditionellen Klassen und Schichten hinausgehen und zur Herausbildung ungewohnter, dafür aber perspektivischer sozialer Zusammenschlüsse führen.

Die in der sowjetischen Presse verbreiteten Beschuldigungen lauteten, daß die LDP sich nur durch soziale Demagogie, Manipulation des öffentlichen Bewußtseins und Unterdrückung demokratischer Kräfte an der Macht hält. Die Anziehungskraft der LDP besteht jedoch vor allem darin, daß in den Jahren, die sie an der Regierung ist, der Wohlstand der Bevölkerung drastisch zugenommen hat, daß ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sich verbessert haben und das soziale Netz enger geknüpft werden konnte. Die Unzufriedenheit mit einzelnen Aspekten der LDP-Herrschaft wird oftmals durch die stabilen wirtschaftlichen Erfolge des Landes aufgewogen.

Fast schon als massive Irreführung der Gesellschaft wurde der fraktionelle Aufbau der LDP, ein Gegenstück zu dem im Westen üblichen Zweiparteienmodell, abqualifiziert sowie die Tatsache, daß sie keine klare ideologische Konzeption aufweist. Die übliche Verurteilung des Fraktionsmechanismus in der LDP hindert uns,



Premierminister Toshiki Kaifu feiert den Wahlsieg seiner Partei
Foto: „International Herald Tribune“

ihn in seiner Funktion eines Ideengenerators wahrzunehmen. Die Führer der jeweiligen Fraktionen warten mit neuen Ideen auf, die sich auf harter Konkurrenzgrundlage durchsetzen müssen. Der Fraktionsmechanismus verhindert die ideelle und personelle Stagnation und garantiert unter anderem auch die innerparteiliche Demokratie.

Am 18. Februar fanden Wahlen zum Unterhaus des japanischen Parlaments statt. Bis zum Sommer 1989 hatte die LDP in beiden Kammern die Mehrheit der Abgeordnetenmandate. Im Sommer büßte sie diese im Oberhaus ein, und die Sozialisten als führende Oppositionspartei konnten beträchtliche Erfolge verzeichnen. Der LDP blieb die Mehrheit im Unterhaus, dessen Vollmachten erst im Sommer dieses Jahres ablaufen. Dennoch berücksichtigte die Regierung, die von Liberaldemokraten gestellt und vom LDP-Vorsitzenden geführt wird, die Forderungen der Opposition, führte eine gründliche Analyse der Lage durch und verlegte die Wahlen vor.

Die Ergebnisse der Wahlen vom 18. Februar sollten eine Antwort auf die Frage geben, ob die LDP in der Krise steckt, ob das positive Potential der Partei erschöpft ist und die für die LDP betrüblichen Ergebnisse der Wahlen zum Oberhaus den Anfang vom Ende der liberaldemokratischen Herrschaft bedeuten. Zweifellos gibt es eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierungspartei. Noboru Makino, Chef des Mitsubishi-Forschungsinstituts, schreibt, daß man ihr die Recruit-Affäre und weitere Fälle von Korruption und moralischer Unsauberkeit

höchster Kreise in Partei und Regierung anlastet. Des weiteren wird ihr vorgeworfen, die unpopuläre Konsumsteuer eingeführt und die Zollbeschränkungen für die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse liberalisiert zu haben.

Hier haben die Liberaldemokraten sich offenbar über die öffentliche Meinung hinweggesetzt. So etwas ist nicht zuletzt einem jahrelangen Machtmonopol geschuldet. Wie lautet aber die vorherrschende Meinung in der Gesellschaft: Will man die LDP „heilen“, „korrigieren“, oder will man sie abschreiben?

Die LDP ist im Unterhaus Mehrheitspartei geblieben, wobei sie allerdings 25 Mandate verloren hat. Voraussichtlich wird sie mehr Mandate erhalten, denn man erwartet, daß viele als „Unabhängig“ gewählte Abgeordnete ihr beitreten werden. Vermutlich wollten die Wähler bei den Wahlen zum Oberhaus im Sommer 1989 die LDP auch gar nicht aus der Regierung entfernen und die Führung des Landes der Opposition anvertrauen, sondern den Liberaldemokraten nur einen strengen Verweis erteilen, ihre Politik korrigieren und den außer Rand und Band geratenen Politikern noch eins versetzen.

Die sowjetische Presse erklärt, warum es der LDP gelingt, ihre Stellung zu wahren: vor allem, weil die Opposition in sich uneins ist;

die Regierungspartei habe ihren finanziellen Vorteil genutzt und ihren Kandidaten riesige Summen ausgehändigt, damit diese Wähler indirekt, oft aber auch direkt kaufen;

die Liberaldemokraten hätten auch organisatorische Vorteile genutzt und noch einmal bewiesen, daß im japanischen Wahlkampf nicht diejenigen siegen, die die besten Lösungen und Programme vorweisen, sondern diejenigen, die es schaffen, jeden Wähler einzeln anzusprechen und individuell zu beeinflussen;

vor allem aber leben die Japaner inzwischen nicht schlecht, und einem geschenkten Gaul schaue man nicht ins Maul. Aufgrund dieser unkomplizierten Logik seien die Wahlzettel entsprechend ausgefüllt worden.

Wieder einmal hat man es mit einem gekauften Wähler nach einer Gehirnwäsche zu tun, der nicht weiß, wo sein eigentliches Glück liegt...

Wie dem auch sei, die Japaner stimmen zur Zeit noch eher für die LDP als für eine andere Partei, deren Aussagen ihnen vielleicht sogar näher liegen, die sie aber daran zweifeln läßt, ob sie wirklich imstande ist, wirtschaftliche Sicherheit zu bieten. Die Gerüchte über eine Krise der Konservativen sind eindeutig übertrieben.

Wladimir Jerjomin

Dr. jur.

Kim Young Sam:

Große Erwartungen

Der Vorsitzende der Regierungspartei der Republik Korea beantwortet Fragen unseres Korrespondenten

Sie waren der erste bedeutende Politiker der Republik Korea, der die Sowjetunion besuchte. Mit welchem Gepäck reisen Sie in die sowjetische Hauptstadt?

Ich habe Grund zu der Annahme, daß der letzte Besuch ein historisches Ereignis war und einen politischen Dialog zwischen unseren Ländern einleitete. Ich schätze die bei diesem Besuch erhaltene Zustimmung der sowjetischen Behörden hoch ein, die es den auf Sachalin lebenden Koreanern erlaubten, die Heimat zu besuchen. Am 20. März werde ich bereit als Vorsitzender der Regierungspartei und nicht einer Oppositionspartei nach Moskau kommen. Deshalb werden mit diesem Besuch bei uns große Erwartungen verbunden, er findet großes Interesse und wird zweifellos eine wichtige Rolle in den künftigen Beziehungen zwischen unseren Ländern spielen. Angesichts der Bedeutung des Besuches ist ein ganzes Team von einigen Ministern und namhaften Politikern der Regierungspartei mit der Besuchsvorbereitung befaßt.

Was bedeutet die jüngste Vereinigung dreier koreanischer Parteien für Sie persönlich, für Ihre früher in der Opposition stehende Partei und für die Republik Korea insgesamt?

Bislang bedeutete Politik bei uns die Teilnahme am Demokratisierungsprozeß. Was mich betrifft, so habe ich, seit ich im Alter von 25 Jahren ins Parlament gewählt wurde, mehr als 40 Jahre meiner politischen Karriere dem Kampf gegen die Diktatur gewidmet.

In diesem politischen Kampf mußte ich viele Schwierigkeiten durchmachen. Man entzog mir das Abgeordnetenmandat, über zwei Jahre stand ich unter Hausarrest. Ich trat in einen 23 Tage dauernden Hungerstreik und schwante in Lebensgefahr.

Die Demokratische Wiedervereinigungspartei, die ich bis zum Zusammenschluß der drei Parteien im Januar d. J. leitete, war die wichtigste Partei im Lande, ihr schlossen sich alle demokratischen Kräfte an. Doch vor einigen Jahren machte unsere Partei eine Spaltung durch, und ein Teil ihrer Mitglieder verließ die Partei; das führte zu der Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 1987.

Nach diesen Ereignissen entstand in Korea ein Vierparteiensystem. Das sorgte für politische Spannungen und Instabilität,

und eine Gefahr für den Demokratisierungsprozeß entstand.

Ich kam zu dem Schluß, daß die politische Zukunft des Landes sehr unbestimmt, daß die soziale, die wirtschaftliche Stellung unseres Landes gefährdet sein wird, wenn wir die politische Instabilität des Vierparteiensystems nicht unter Kontrolle bekommen.

Außerdem verlangt auch die stürmische politische Entwicklung in den sozialistischen Ländern – in der UdSSR und in den Ländern Osteuropas – Klarheit in unserer Politik.

Um adäquat auf diese Ereignisse zu rea-

Sie treten engagiert für eine Annäherung der Republik Korea an die sozialistischen Länder ein. Wie bewerten Sie den heutigen Stand der Beziehungen zwischen Ihrem Land und den Ländern Osteuropas, zwischen der Republik Korea und der Sowjetunion?

Die koreanische Halbinsel ist die einzige Region, wo Überreste des kalten Krieges erhalten geblieben sind. Unser Land ist immer noch in Nord und Süd geteilt, die in militärischer Konfrontation miteinander stehen.

Deshalb haben wir viele Schwierigkeiten in den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern. Ich bin der Meinung, daß die politischen Differenzen um des Einvernehmens und des friedlichen Miteinanders der Menschheit willen überwunden werden müssen. Die Überwindung der ideologischen Barrieren und der Dogmen des kalten Krieges scheint mir der einzige reale Weg zu sein, um das Land zu vereinen, um die Zeit der Konfrontation und des Hasses zu beenden.



„Über 40 Jahre widmete ich dem Kampf gegen die Diktatur...“

gieren und das Demokratisierungstempo nicht zu verlangsamen, trat die Frage eines Bündnisses aller gemäßigten demokratischen Kräfte unter der Führung einer Partei auf die Tagesordnung.

Das ist der Hintergrund dieser Entscheidungen. Ich betrieb den Zusammenschluß der drei Parteien, die übereinstimmende oder ähnliche Ansichten und Ziele haben. Das ist ein Ausdruck unseres neuen Denkens. Der Zusammenschluß erlaubt nationales Einvernehmen, das von der veränderten Lage, die den Teufelskreis der koreanischen Politik der Vergangenheit sprengte, verlangt wird. Meiner Meinung nach wird der Zusammenschluß unter diesen Bedingungen die Demokratisierung und den wirtschaftlichen Fortschritt sichern, die nationale Vereinigung und die Entwicklung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern im Norden mit Unterstützung des ganzen Volkes fördern – das Hauptziel der neuen Partei.

In diesem Zusammenhang ist die von Gorbatschow eingeleitete Perestroika ein historisches Ereignis, ja eine weltgeschichtliche Wende. Sie ist nicht nur ein Aufruf zum Frieden in aller Welt, sondern auch ein Zeichen dafür, daß der günstige Augenblick für eine Wende zum Frieden auf der koreanischen Halbinsel gekommen ist. Ich hoffe inständig, die Perestroika möge erfolgreich sein. Ich meine, daß unser Land alles, was in seinen Kräften steht, für einen Erfolg der Perestroika tun muß – durch wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Entwicklung der politischen Beziehungen.

Wir erleben jetzt den günstigen Einfluß der Demokratisierung in Osteuropa. Wir haben diplomatische Beziehungen zu Ungarn, Polen und Jugoslawien aufgenommen und werden sie in nächster Zukunft zur Tschechoslowakei und zu Bulgarien aufnehmen. Wir hoffen auch auf einen bedeutenden Fortschritt in unseren Beziehungen zur Sowjetunion.



Die südkoreanische Firma Samsung steht für Elektronik und Schiffbau... Samsung eröffnet eine Vertretung in Moskau

Die Wiedervereinigung Koreas ist sicher das Hauptziel aller Koreaner. Bei Ihrem letzten Besuch in Moskau trafen Sie mit Vertretern Pjöngjangs zusammen, mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der Partei der Arbeit Koreas Ho Dam. Haben sich seitdem neue Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme des Dialogs geboten? Gibt es einen Fortschritt in den Gesprächen zwischen Nord und Süd?

Ich traf mit Ho Dam in Moskau zusammen, als alle Kontakte zwischen Nord und Süd abgerissen waren. Diese erste Begegnung auf hoher Ebene war von großer Bedeutung, wir erörterten einen weiten Kreis von Fragen, die sich auf die friedliche Wiedervereinigung des Landes beziehen. Leider gab es seitdem keine anderen Kontakte, doch ich verliere nicht

die Hoffnung, daß sie wieder aufgenommen werden. Es gibt ja keinen besseren Weg zu Frieden und Wiedervereinigung als Gespräche in einer Atmosphäre des Vertrauens.

In Moskau wurde bei der Vertretung der Koreanischen Gesellschaft für die Förderung des Handels unlängst eine Konsularabteilung eröffnet. Wann erwarten Sie die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen unseren Ländern?

Je eher das geschieht, desto besser. Gute politische Beziehungen sind eine unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen. Nur eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen wird unseren Ländern helfen, zu einer vollwertigen und dynamischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu finden.

Kürzlich bekundete Eduard Schewardnadse Interesse an der Beseitigung der Barrieren auf der koreanischen Halbinsel; das zeugt von der positiven Haltung der sowjetischen Führung zu einer möglichen Begegnung der Außenminister der UdSSR und der Republik Korea.

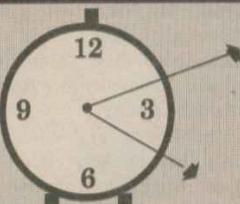
Von nun an gibt es einen offiziellen Kanal für Kontakte zwischen unseren Regierungen. Wir hoffen, daß dieser bescheidene Anfang uns mit der Zeit zu normalen diplomatischen Beziehungen führen wird. Als Vorsitzender der Regierungspartei bin ich bereit, in voller Verantwortung alles, was in meinen Kräften steht, zu tun, um dieses Ziel näher zu bringen.

Wie stehen die Menschen in der Republik Korea zu unserem Land? Was denken sie über die Sowjetunion? Hat das Interesse an uns in den letzten Jahren zugenommen?

Die Sowjetunion unterhält enge Beziehungen zu Nordkorea, das ließ den Süden natürlich stets auf der Hut sein. Doch die Ereignisse der letzten Zeit haben die Stimmungen in der Gesellschaft verändert.

Die Reformen von Gorbatjows Perestroika, die sowjetischen Friedensinitiativen und Abrüstungsschritte, der Verzicht der KPdSU auf das Machtkontrollen haben die Haltung zu Ihrem Land radikal verändert. Gastspielreisen des sowjetischen Balletts, die Erfolge sowjetischer Sportler bei den Olympischen Spielen in Söul, die Erlaubnis für auf Sachalin lebende Koreaner, in die Heimat zurückzukehren (die sowjetischen Behörden gaben sie nach meinem letzten Besuch in Moskau), die in letzter Zeit angeknüpften kommerziellen Kontakte, die Schiffsverbindung zwischen Pusan und Nachodka – all das gab der Welle des Verständnisses zwischen den Völkern unserer Länder Impulse...

**Das Gespräch führte
Wladimir Owsjannikow
SÖUL**



Die Genossenschaft „Wremja“ ist bereit, sich an der Schaffung von Gemeinschaftsunternehmen im Bereich des internationalen Tourismus zu beteiligen.

In gegenseitiger Vereinbarung vertritt die Genossenschaft Ihre Interessen beim Absatz von Erzeugnissen und Dienstleistungen auf dem sowjetischen Markt, organisiert die Werbung Ihrer Firma in Fernsehen, Rundfunk und Presse, stellt für Sie in ihren Büros Telefone und Telefaxgeräte bereit und hilft Ihnen mit Ihren Mitarbeitern.

Ausländische Bürger und Firmen werden in Hotels untergebracht

Die Genossenschaft „Wremja“ – Ihr Helfer bei der Erschließung des sowjetischen Marktes.

Unser Arbeitsprinzip: gut für den Partner – gut für die Genossenschaft!

Angebote sind zu richten an:
Genossenschaft „Wremja“, Strastnoj Bulvar 8
103009 Moskau, UdSSR
Telefax: 2293511
Telefon: 229 90 89, 229 11 69, 905 27 52

Kanada: Bund von Zentrum und Provinz

Wie vermeidet man ein Erdbeben?

Wenn alle Teile eines Landes gleichberechtigt sind, fühlt sich das Land als Ganzes viel sicherer. Um das zu erreichen, spart man in Kanada nicht mit Geld

Mir lag daran, zu verstehen, inwiefern der Mechanismus der Wechselwirkung zwischen föderaler und örtlicher Macht in Kanada, zwischen Zentrum und Provinzen als demokratisch angesehen werden kann.

Das Fernsehen berichtete in seinen Rund-um-die-Uhr-Sendungen über die Entwicklung in meinem Land, auch in unseren Unionsrepubliken. Ich muß überhaupt sagen, daß der westliche Fernsehzuschauer im Vergleich zu unserem weit mehr Möglichkeiten hat, eine Vorstellung von den dramatischen Ereignissen in den Sowjetrepubliken zu bekommen. Während unser Zentrales Fernsehen Tag für Tag beteuerte, eine Reportage über die Januar-Ereignisse in Baku sei nicht machbar, zeigte das kanadische Fernsehen solche Bilder sehr wohl. Übrigens sah ich auch unheimliche Bilder der zeitlich etwas früheren Ereignisse in Sumgait nicht etwa im sowjetischen, sondern im britischen Fernsehen... Das Moskauer Zentrale Fernsehen erspart unseren Zuschauern emotionale „Überforderungen“ und hält sich doch noch für ein Massenmedium. Es läßt sich von dem Wunsch leiten, „kein Öl in das Feuer“ des Nationalitätenzwistes zu gießen, aber hilft es den Menschen,

Schluß. Anfang siehe Hefte 2, 4, 8



Eine „surrealistische“ Komposition mit Gotischem im Hintergrund: Tradition und Gegenwart zugleich

Foto des Autors

sich ein objektives Bild von der Entwicklung zu machen? Dürfen wir die Worte vergessen, daß ein Staat nur dann stark ist, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt auf sich nehmen?

Aber ich bin vom Thema abgewichen. Jetzt also zu meinem Gespräch mit Prof. Richard Simeon, einem in Kanada bekannten Fachmann für Probleme der Beziehungen zwischen beiden Macht-ebenen, einem stellvertretenden Direktor des Institute of Federal-Provincial Relations in Kingston.

Meine erste Frage betraf die Beziehungen zwischen der föderalen Regierung und den kanadischen Provinzen.

Verschiedene Regionen hätten, sagte Prof. Simeon, ihre eigenen wirtschaftlichen und sonstigen Sorgen. Es gehe darum, eine gesamt-nationale Politik auszuarbeiten, die all diesen Sorgen Rechnung trage, also eine gemeinsame Entscheidung von Zentrum und Provinzen zu formulieren, die Zusammenarbeit zwischen den föderalen Behörden und den Provinzregierungen zu gewährleisten und so zu erreichen, daß der Kurs des Zentrums nicht in Gegensatz zu dem der „Peripherie“ gerät.

„Es ist gar nicht einfach, die Trennlinie zwischen den Befugnissen beider Seiten zu finden. Zur Kompetenz des Zentrums gehören natürlich die Verteidigung, die Außenpolitik, die Wirtschaftslenkung und die wichtigsten Sozialprogramme. Eine wichtige Funktion der Zentralmacht ist ferner, im Rahmen des gesamt-nationalen Programms der Angleichung der Niveaus die Ressourcen zwischen den Provinzen umzuverteilen“, setzte Prof. Simeon fort. „Was die Provinzregierungen angeht, so beschäftigen sie sich besonders mit der sozialen Sphäre, namentlich mit dem Gesundheitswesen (obwohl die wichtigsten Richtungen der entsprechenden Politik im Zentrum festgelegt werden), dem Bildungswesen in allen Gliederungen und mit einigen anderen Angelegenheiten.“

Könnte man, beharrte ich, diese Trennlinie zwischen den Zuständigkeitsbereichen der Regierungen beider Ebenen doch ziehen?

„Das ist sehr kompliziert, weil eine genaue Grenze im heutigen kanadischen Föderalismus fehlt, das ist sein Grundzug. Die Regierungen beider Ebenen wirken faktisch in jedem Bereich. Das ist einer der Gründe für so zahlreiche Kontakte zwischen der Zentral- und der Provinzmacht, wobei sich die Zuständigkeitsbereiche sehr oft überlagern. Das erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen den Regierungen beider Ebenen.“

(Als ich mich über diese Themen mit dem bedeutenden hauptstädtischen Verleger Clark Davie unterhielt, äußerte er die Befürchtung, Kanada befindet sich gegenwärtig am Rand der völligen Dezentralisierung, da die Provinzen immer mehr Macht bekämen. Aber die föderale Regierung habe einen wichtigen Hebel, nämlich das Recht, die Ausgaben der Provinzen zu kontrollieren. Außerdem betonte Clark Davie die Gefahr einer

zu starken Druckausübung auf beiden Seiten: „Denken Sie an San Francisco zurück: Zwei Schichten von denen, die das Festland bilden, näherten sich vor kurzem zu sehr einander, und es kam zu einem Erdbeben.“ Ein bildhaftes Argument zugunsten gegenseitiger Zugeständnisse und Kompromisse.)

Wie sieht Prof. Simeon die heutige Lage auf diesem Gebiet? Befriedigend?

„Hier gibt es nicht wenig Probleme. Es gelingt nicht immer, die nötige Zusammenarbeit zu sichern, weil die Provinzen eigene Interessen haben. Ein anschauliches Beispiel sind die Diskussionen um das ‚Abkommen über den Meech-See‘. Das Dokument handelt von mehreren Zusätzen zur Verfassung, die Quebec zu einigen Vorteilen verhelfen könnten; dagegen wenden sich jetzt drei der zehn kanadischen Provinzen. Hier ein anderes Problem, das vorläufig keine Lösung gefunden hat: der Vorschlag der föderalen Regierung über die Einführung einer neuen Warenumsatzsteuer. In den Provinzen gibt es aber ähnliche eigene Steuern. Das Zentrum und die Provinzen sollten also die Einführung einer einheitlichen Besteuerung vereinbaren und die Steuereinnahmen gerecht zwischen allen verteilen. Vorläufig ist keine Vereinbarung erzielt worden.“

Wie denkt der Wissenschaftler über den Föderalismus?

„Insgesamt bringt der Föderalismus meines Erachtens bei der Verwaltung eines Landes wie Kanada großen Nutzen. Ich bin jedoch dafür, daß die Macht zu einem bedeutenden Teil in den Händen der Provinzen liegen soll. Wir sind ein Riesenland, seine Teile unterscheiden sich recht stark voneinander. Deshalb läßt sich das Land nicht vom Zentrum aus verwalten, jede Region muß in einem möglichst breiten Bereich ihren eigenen Kurs steuern können. Selbstverständlich tauchen Probleme auf, die eine gesamtnationale politische Linie erfordern. Vorläufig haben wir jedoch keinen Mechanismus, der in solchen Fällen eine effektive Zusammenarbeit sichern würde.“ Nach einer kurzen Pause setzte der Professor fort: „Soviel ich weiß, wird in der Sowjetunion jetzt erwogen, welche ‚Handlungsfreiheit‘ die Republiken haben sollen, damit sie ihre Politik selbst gestalten.“

Kehren wir jedoch nach Kanada zurück: Was könnte nach Prof. Simeons Meinung die Situation in diesem Bereich verbessern?

„Es gibt keine einfache Lösung“, antwortete der Wissenschaftler. „Was da nützlich wäre? Erstens muß man erreichen, daß die Regierung in Ottawa in der Lage ist, die Interessen der Regionen besser zu vertreten. Vorläufig gelingt es nicht immer, bei der Ausarbeitung des Kurses die Interessen aller Provinzen und Territorien zu berücksichtigen. In vielen Fällen wenden sich die



Das „Abkommen über den Meech-See“, das Quebec den Status einer „Sondergesellschaft“ zuerkennt, wurde vom Premierminister des Landes und den Premierministern der 10 Provinzen unterzeichnet. Im Juni soll es ratifiziert werden. Der Karikaturist der „Ottawa Citizen“ mahnt: Der Wettbewerb kann nur als erfolgreich gelten, wenn alle 11 Wagen durchs Ziel gehen

Menschen, um ihre Interessen zu schützen, an die Provinzregierungen.“ Ich mußte daran denken, daß das bei uns in der UdSSR umgekehrt gehandhabt wird: Am häufigsten suchen die Menschen Schutz und Gerechtigkeit beim Zentrum. Prof. Simeon sagte noch: „Die Interessen könnten z. B. bei einer Reform unseres Senats besser harmonisiert werden. Möglich sind auch andere Wege, aber nur solche, die dazu führen, daß das Zentrum die Interessen des ganzen Landes umfassender wahrnimmt. Zweitens gibt es die Idee, die Treffen des Premierministers des Landes und der zehn Premierminister der Provinzen zum Meinungsaustausch zu einer ständigen Institution zu machen. Ab und zu wird ein solcher Meinungsaustausch gepflegt, aber diese Praxis ist nicht in der Verfassung festgeschrieben. Dabei würde sie die Kontakte zwischen Zentrum und Provinzen enger machen.“

Gleichsam zusammenfassend sagte der kanadische Wissenschaftler:

„Die Verwaltung in Kanada ruht auf drei Prinzipien. Erstens ist es die Regierung, die auf der Basis der parlamentarischen Mehrheit gebildet wurde. Zweitens ist es der Föderalismus plus der Voraussetzung, daß die Gemeinde in Wohlfahrt zu leben hat. Drittens die Charta der Bürgerrechte und -freiheiten, die einen Teil der Verfassung bildet. Es geht darum, ein Gleichgewicht dieser drei Prinzipien zu finden, wenn die 11 Regierungen eine Politik für Kanada ausarbeiten, die es ihm möglich macht, sich

den Herausforderungen des Alltags zu stellen.“

Mein Gespräch mit Prof. Simeon war alles in allem theoretisch. Wie sieht es aber in der Praxis aus, vor allem in der Wirtschaft, von der unsreins gelernt hat, sie sei die Basis?

Eine gewisse Vorstellung bekam ich bei einem eigenartigen Pressegespräch im Sekretariat für die Beziehungen zwischen der Föderation und den Provinzen; ich sprach mit einem hochgestellten Mitarbeiter dieses Amtes, der bat, seinen Namen nicht zu nennen. Der historische Teil war meiner Meinung nach interessant, wenn nicht vielleicht nicht unstrittig.

... Während der amerikanischen Revolution verließen viele Konservative die künftigen USA und ließen sich hier, im künftigen Kanada, nieder. So kam es in Nordamerika zur Bildung von zwei verschiedenen Gesellschaften. In den USA waren der Individualismus, verschiedene Freiheiten und das Prinzip „Ich tu, was ich will“ die Grundlage des gesellschaftlichen Seins, wobei all das nicht mit allzu großer Achtung

vor Gesetz und Ordnung einherging. Als Folge verließen sich die Menschen eher auf ihre Waffe. In Kanada dagegen bildete sich eine anders geartete Gesellschaft heraus, konservativ und dennoch davon überzeugt, daß niemand ohne triftige Gründe leiden darf und daß alle Menschen zu einem einheitlichen Ganzen gehören (ich wollte meinen Gesprächspartner nicht unterbrechen und an das Verhalten zu den hiesigen Indianern, besonders im vorigen Jahrhundert, erinnern). Daher röhrt die Gewohnheit, sich auf den Staat zu verlassen, nicht etwa deshalb, weil alle durch die Bank Sozialisten, Radikale oder Kommunisten seien, sondern zu dem Zweck, das für die eigene Gemeinde Notwendige wie auch Mittel für das gesamte Land als „Gemeinde der Gemeinden“ zu erhalten. Anders als die Amerikaner, die sich gegen die staatliche Einmischung in den wirtschaftlichen und sozialen Lebensbereich des einzelnen auflehnen, neigen die Kanadier seit langem eher dazu, sich in vielen Fragen gerade auf den Staat zu verlassen. In Kanada hat man etwa mehr Bedenken, Kapital zu riskieren. Bei Vorhaben wie etwa der Anlegung gesamtnationaler Eisenbahnen und anderen Großobjekten, die das Gefühl einer einheitlichen Nation vermitteln, rechnen die Kanadier auf den Staat.

Daraus ergibt sich mit großer Natürlichkeit ein Organ wie das Sekretariat für die Beziehungen zwischen Föderation und Provinzen. Das ist eines der drei Sekretariate beim Premierminister, dort erhält der Regierungschef die Information über alles, was mit den Beziehungen zwischen Zentrum und „Peripherie“ zusammenhängt. Zu den Funktionen des Sekretariats gehört auch die Koordinierung dieser Beziehungen. So sorgt sein Stab (nicht sehr stark, höchstens 60 Mitarbeiter) dafür, daß die Ministerien im Bereich „Beziehungen zwischen Zentrum und Provinzen“ in Übereinstimmung mit der Generallinie der Regierung vorgehen. Die entsprechenden Beschlüsse des Ministeriums werden im Sekretariat von Experten begutachtet und die Schlüsse dem Premierminister vorgelegt.

Unter anderem verfolgt das Sekretariat ständig, wie die Politik der Angleichung der Wirtschaftsniveaus der einzelnen Provinzen realisiert wird. Auch dadurch unterscheidet sich Kanada von seinem Nachbarn im Süden, wo der Motor der Wirtschaft das freie Unternehmertum ist, das keine besondere Rücksicht darauf nimmt, daß die einen Staaten (etwa West Virginia) bedeutend ärmerlich sind als andere (etwa Kalifornien). Der Kurs auf die Angleichung der Niveaus verschiedener Regionen wird von der kanadischen Verfassung postuliert: „Das Parlament und die Regierung Kanadas befolgen das Prinzip des Finanzausgleichs, um den Provinzregierungen ein Steueraufkommen zu sichern, das hoch genug ist, ihnen ein weitgehend vergleichbares Niveau der sozialen Dienste bei einem weitgehend vergleichbaren Besteue-

rungsniveau zu ermöglichen.“ Das Angleichungsprogramm sieht finanzielle Hilfe für die Provinzen vor, die die geringsten Möglichkeiten von Steuereinnahmen haben. Bei solchen Subventionen haben die Provinzbehörden die Wahl, die Mittel unmittelbar für den sozialen Bereich auszugeben oder die Steuern zu senken bzw. das Geld für das eine und das andere zu verwenden.

Laut Programm darf der Jahreszuwachs der dazu bestimmten Ausgaben nicht über der Zunahme des Bruttosozialprodukts liegen.

Das sind recht beeindruckende Dimensionen. Im Finanzjahr 1986/87 wurden 5746 Mio Dollar bewilligt, im nächsten Jahr waren es 6443 Mio und 1988/89 sogar 6965 Mio. Unter den „Empfängern“ sind sieben der zehn Provinzen. Ohne Subventionen kommen das reiche Alberta und die als „standardgemäß“ geltenden Provinzen Britisch-Kolumbien und Ontario aus. Zu den „standardgemäßen“ gehören ferner Manitoba, Saskatchewan und Quebec, doch wurde für zweckmäßig befunden, ihre Etats aufzufüllen. Manitoba und Saskatchewan erhielten im vorigen Jahr insgesamt weniger als eine Milliarde, Quebec dagegen 3281 Mio Dollar, d. h. fast die Hälfte aller von der Regierung für den Finanzausgleich bereitgestellten Mittel. Das ist ein weiterer Beweis für den Willen der föderalen Behörden, ihre besondere Haltung zum frankophonen und früher diskriminierten Quebec vor Augen zu führen.

Das 1987 gegründete Ministerium für Industrie, Wissenschaft und Technologie hat eine Doppelfunktion: Erhöhung des technologischen Niveaus der Industrie im nationalen Maßstab und regionale Entwicklung eines Territoriums, das Ontario und Quebec umfaßt. Zugleich entstanden zwei weitere Ministerien für regionale Entwicklung, eines für die Provinzen an der Atlantikküste und eines für die westlichen Territorien. Die drei Minister, die ihnen vorstehen, gehören mit gleichen Rechten dem Kabinett an. Es gibt keinen „Superminister“, jedes Ministerium hat unabhängig von den anderen einen eigenen Etat, während großformatige Entscheidungen auf Regierungsebene getroffen werden können. Es gibt auf unserem Planeten ein Land von noch größeren Ausmaßen, wo die Entwicklungsprobleme der verschiedenen Regionen höchst aktuell sind. Deshalb interessierte ich mich so sehr für die Tätigkeit des kanadischen Ministeriums.

Wie mir Warren Johnson, ein verantwortlicher Vertreter des Ministeriums, erzählte, hatte es auch früher Versuche gegeben, den zurückbleibenden Regionen nachzuholen: Das sei ein wichtiger Bestandteil der kanadischen Innenpolitik.

Wie er weiter erzählte, habe man in Kanada anhand der inzwischen reichen Erfahrungen den Schluß gezogen, daß ein Kurs am aussichtsreichsten sei, für den zwei Züge charakteristisch seien: Dezentralisation der Bemühungen und Stützung der örtlichen Kleinunternehmer. Übrigens schaf-

fen gerade Kleinunternehmer die größte Zahl neuer Arbeitsplätze.

Vor etwa zwei Jahren habe man mit der Realisierung des entsprechenden Programms begonnen, führte W. Johnson aus. Es beinhaltete ein System von Maßnahmen zur Förderung des Kleinunternehmertums, die Ausarbeitung von Empfehlungen für die örtlichen Behörden und Beamte verschiedener Rangs. Im Ministerium beurteilte man verschiedene Projekte, die vorgelegt würden, entwickle jedoch auch eigene. An dieser Tätigkeit beteilige sich auch eine aus Vertretern der Provinzen bestehende Kommission. Man habe in Quebec umständlich und lange mit Vertretern der Behörden und verschiedener Organisationen und Gruppen verhandelt. Das daraufhin geschlossene Abkommen zwischen der föderalen und der Provinzregierung umfasste Projekte, deren gesamter Kostenpunkt sich einer Milliarde näherte.

Woher röhren diese Mittel, fragte ich, aus dem föderalen Haushalt?

„Ungewiß zur Hälfte, ja, den Rest liefern die Provinzen selbst“, erläuterte mein Gesprächspartner. „Übrigens hat unser Ministerium, nachdem wir bei unseren Verhandlungen in Quebec das Interesse der Provinz für die erörterten Programme zur regionalen Entwicklung hatten feststellen können, die Ministerien herangezogen, die für die Forstwirtschaft, die Fischerei und den Bergbau verantwortlich sind, damit diese die Programme unter ihrem Blickwinkel betrachten und ebenfalls zur Realisierung beitragen. Kurzum, wir geben unser Geld nicht nur für unsere Arbeit aus, sondern auch für die Tätigkeit anderer Ministerien, die an gemeinsamen Aktionen teilnehmen.“

Nehmen wir an, sagte ich, ein Unternehmer bitte das Ministerium um konkrete Hilfe. Was geschieht dann?

W. Johnson: „Wir werden sein Vorhaben untersuchen und gegebenenfalls ihm zu einer Anleihe oder einem Kredit verhelfen. Unsere Experten prüfen jedes Projekt auf seinen gesellschaftlichen Nutzen hin. Hilfe leisten wir vor allem dann, wenn unserer Meinung nach perspektivische Ideen ohne die Ministerien nicht zu realisieren sind.“

Regionale Entwicklung, beschleunigte Entwicklung der Zurückbleibenden, Angleichung der Niveaus... Wahrscheinlich geht es hier nicht nur um die Wirtschaft. Um wieviel sicherer muß sich ein Land als Ganzes fühlen (besonders ein so riesiges Land wie Kanada oder die UdSSR), wenn all seine Regionen gleichberechtigt sind, wenn sie nicht kleinlich ausrechnen, wer wem auf der Tasche liege, und miteinander von gleich zu gleich sprechen.

Dieses Ziel zu erreichen erfordert viel Geld. Aber es lohnt sich.

Wladimir Shitomirski
OTTAWA - MOSKAU

Das andere Berlin

Lew Besymenski

In meinem Bericht über die neue parteipolitische Struktur der DDR bin ich auf die Altparteien nicht eingegangen – die CDU, die LDPD, die NDPD und die DBD. Sie wirken unterschiedlich effektiv. So wählte die CDU den Weg einer direkten „Harmonisierung“ ihrer Tätigkeit mit der Partei Helmut Kohls. Die LDPD unternahm kein solches Manöver, wofür sie zahlen mußte: Unlängst wurde unter direkter Beteiligung der bundesdeutschen FDP eine Partei unter dem gleichen Namen ins Leben gerufen. Die Bauernpartei bewahrt ihre Positionen. Ihr Vorsitzender Günter Maleuda, der jetzige Präsident der Volkskammer, genießt großes Ansehen.

Die PDS – eine neue Partei

Doch was geschah mit der Partei, die früher das Land regierte? Die SED gibt es nicht mehr. Die neue Partei des Demokratischen Sozialismus ist tätig. Die SED hatte 2,3 Millionen Mitglieder. Wie mir Horst Siebeck, Mitarbeiter des PDS-Vorstandes, mit bitterer Ironie sagte, stand die frühere SED, was ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung anging, in der sozialistischen Welt an erster Stelle. Heute hat die PDS bereits weniger als eine Million Mitglieder – 700 000, vielleicht auch nur 500 000.

Doch wichtiger als die zahlenmäßige Stärke der Partei ist die schwere Krise, die sie durchmacht – eine innere Krise, ist die äußere Krise ja schon vorbei. Die Überwindung der äußeren Krise fand ihren Ausdruck in der Aufhebung von Art. 1 der DDR-Verfassung und seit Februar in der Verabschiedung eines neuen Programms und eines neuen Statuts auf dem ersten Parteitag der PDS.

In der Partei werden verschiedene Haltungen ihrer Mitglieder zur Einschätzung der jetzigen Lage deutlich. Es gibt Leute, die die Gesetzmäßigkeiten der Krise nicht verstehen und von einer Rückkehr zur Vergangenheit träumen. Anderen wiederum scheint die Verurteilung der Vergangenheit nicht entschieden genug zu sein. Doch auch hier sind die Stimmungen zwiespältig: Als sich herausstellte, daß der schwerkranke Erich Honecker nach seiner Operation von einem prote-

stantischen Pfarrer in dessen Haus aufgenommen werden sollte, beschlich viele ein ungutes Gefühl. Und das um so mehr, da man in der DDR bereits begonnen hat, eine Art „Berufsverbot“ zu praktizieren – ehemalige SED-Mitglieder werden nur ungern eingestellt.

Der Parteivorstand überließ es den Mitgliedern, zu entscheiden, ob die Parteorganisationen in Betrieben und Einrichtungen beibehalten werden. Im Ergebnis wurden die meisten Betriebsgruppen aufgelöst. Die Arbeit wird in Wohngebietssgruppen verlegt.

Der Partei fällt es nicht leicht, nun ohne den Status einer Staatspartei auskommen zu müssen. Natürlich sind alle früher halb der Partei, halb dem Staat gehörenden Datschen, Gästehäuser und Jagdreviere schon lange an den Staat abgegeben worden. Jetzt, da die gewinnbringenden Parteiverlage und -zeitungen abgezogene sind, fehlen die Mittel, um die riesigen Gebäude der Bezirks- und Kreisleitungen, die zahlreichen Lehranstalten der Partei weiter zu unterhalten. Man muß von den Mitgliedsbeiträgen leben, die aber machen, wie jetzt aus dem kürzlich veröffentlichten Rechenschaftsbericht für 1989 hervorgeht, nur wenig mehr als die Hälfte der Parteieinnahmen aus.

Die Partei lernt es, auf neue Weise zu denken. Das „Neue Deutschland“ hat sein Gesicht verändert; die führenden Vertreter der Partei sprechen eine andere, den Massen verständliche Sprache. In dieser Hinsicht versteht es der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi, der niemals dem Partei-Apparat angehörte, eine „gemeinsame Wellenlänge“ mit der neuen Generation von Politikern zu finden, die die gesellschaftliche Bühne der DDR betreten haben.

Der neue Parteivorstand unternimmt fürwahr heroische Anstrengungen, um den Kern der Partei zu konsolidieren – und um das Schicksal des Landes, das Schicksal der DDR nicht zu vergessen! Dieser Kurs fand seinen Ausdruck während des ersten Parteitages der PDS vom 24. und 25. Februar in Berlin. Der NZ sagte Gregor Gysi:

„Die Partei des Demokratischen Sozialismus beobachtet mit Sorge, wie bestimmte Kräfte in der BRD dazu übergehen, die vermeintliche Gunst der Stunde – die politische und wirtschaftliche Schwäche der DDR und den Ruf der ‚Straße‘ nach rascher Vereinigung der beiden deutschen Staaten – zu nutzen, um einen schnellen ‚Anschluß‘ der DDR an das westliche Wertesystem zu vollziehen. Doch immer deutlicher werden jetzt auch entgegengesetzte Stimmungen...“

Die PDS, die den Gedanken einer umfassenden, doch allmäßlichen deutsch-deutschen Annäherung unterstützt, bringt die Meinung jener Bevölkerungsschichten in der DDR zum Ausdruck, die ihren Staat nicht ausverkaufen wollen. Dieser Kurs ist jetzt nicht sonderlich populär. Doch in Zukunft?

Pankow, Schloß Niederschönhausen

Parteien zu bilden, ist weitaus noch nicht alles. Viel schwerer ist es, Wege zu finden, auf denen die politischen Potenzen des Volkes (und gerade das vollzieht sich in der DDR!) einen praktischen Ausdruck werden finden können. Und das noch unter den Bedingungen des Bestehens der alten Verfas-

Ein Vielparteiensystem ist kein Selbstzweck. Wird die DDR unter den neuen Bedingungen ihre Eigenart bewahren können? Eine Antwort darauf werden uns die Wahlen am 18. März geben



Wie steht heute die DDR-Mark? Das entscheidet sich auf dem Schwarzmarkt am Westberliner Bahnhof Zoo

Schluss.
Anfang s. Heft 11

sungsstrukturen! Ergebnis war der Mechanismus des Runden Tisches, der unmittelbar nach dem Fall der Mauer, auf dem Höhepunkt der Demonstrationswelle in der Republik entstand. Er wurde ein gut funktionierendes Element des Lebens der DDR, bisweilen sogar als „Schatten“-Kabinett bezeichnet. Streiten wir nicht um Namen, doch das eine ist klar: Dem Runden Tisch kam in der DDR eine wichtige Rolle zu. Er kam regelmäßig, jeden Montag, im Schloß Niederschönhausen im Berliner Stadtteil Pankow zusammen. Hier befand sich früher eine Residenz für Staatsgäste, jetzt wurde ein Gebäude dem Runden Tisch überlassen.

„Wie entstand die Idee eines Runden Tisches in der DDR?“, fragte ich den Leiter des Arbeitssekretariats Matthias Reiche.

„Im Dezember vergangenen Jahres unterbreitete eine der in der Republik neu entstandenen gesellschaftlichen Organisationen, „Demokratie Jetzt“, kirchlichen Organisationen der DDR diesen Vorschlag. Die Kirche akzeptierte ihn, noch ohne zu wissen, ob ein solches Forum eine ständige Einrichtung sein würde. Anfangs tagte der Runde Tisch in der Ziegelstraße im kircheneigenen Dietrich-Bonhoeffer-Haus. Hier kamen die Vertreter von 12 Parteien und Bewegungen zusammen, und seitdem ist das eine ständige Einrichtung.“

„Ist die Zusammensetzung der Teilnehmer seit Dezember die gleiche geblieben?“

„Nein, ihre Zahl hat sich auf 16 erhöht. Ehrlich gesagt, das ist ein kompliziertes Problem. Sehr viele Anträge gingen ein, doch der Runde Tisch will seine Arbeitsfähigkeit nicht durch eine endlose Ausweitung verlieren. Jetzt haben wir beschlossen, die Annahme von Anträgen auf Mitarbeit überhaupt zu stoppen.“

„Wer leitet denn die ganze Arbeit?“

„Wie früher führen auf den Sitzungen, einander ablösend, drei namhafte Kirchenvertreter den Vorsitz. Sie leiten die Sitzungen, ohne in die eigentliche Diskussion einzugreifen...“

Ich möchte da ergänzen: Diese Arbeit wird von ihnen mit großem professionellen Können bewältigt, wobei die anfangs chaotischen Sitzungen schnell in eine straff organisierte parlamentarische Arbeit überführt wurden. Das Arbeitssekretariat und 12 Arbeitsgruppen

wurden gebildet. Die Gruppen behandeln die wichtigsten Fragen. Zu ihnen gehören eine neue Verfassung, ein Wahlgesetz, Wirtschaft und Wirtschaftsreform, der Umweltschutz, die Tätigkeit der Parteien und Vereinigungen, das Parteiengesetz, die Probleme der Ausländer usw. Die Sitzungen werden im zweiten Programm des DDR-Fernsehens vollständig direkt übertragen.

„Und das Verhältnis zur Regierung?“

„Seit Beginn des Runden Tisches sind Vertreter der Regierung bei den Sitzungen zugegen. Jetzt gab es ein wichtiges Ereignis: Anfang Februar nahm der Vorsitzende des Ministerrats Hans Modrow acht Minister ohne Geschäftsbereich, die die wichtigsten neuen Gruppierungen des Runden Tisches vertreten, in sein Kabinett auf. Jetzt haben wir die Zusammenarbeit aufgenommen. Und im Grunde betrachten wir uns keineswegs als „Schattenkabinett“, wie es oft bezeichnet wird...“

„Und nach den Wahlen?“

„Bislang ist eine Fortsetzung der Arbeit des Runden Tisches nicht vorgesehen. Klar ist nur, daß einige Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit fortsetzen werden – so die Gruppe zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung...“

Man kann verstehen, daß Herr Reiche nicht gern das Wort „Schattenkabinett“ hört, besonders nachdem diese acht Minister in die Regierung aufgenommen wurden. Das war keineswegs ein formeller Schritt. So kamen einige der neuen Minister mit nach Bonn, was für Einmütigkeit des Runden Tisches bei der Einschätzung der enttäuschenden Ergebnisse der Gespräche sorgte. Neue Minister waren mit Hans Modrow auch in Moskau zu Besuch.

Wer wird die Entscheidung fällen?

Bei einer internationalen Begegnung, die im Februar in Westberlin von der neuen Organisation „Forum für Deutschland“ veranstaltet wurde, erlebte ich eine interessante Konfrontation von Meinungen. Die eine Meinung wurde von dem namhaften bundesdeutschen Politologen Arnulf Baring vorgebracht und lief auf folgendes hinaus: Jetzt steht die Einheit Deutschlands auf dem Spiel, und es ist sehr traurig, daß bei diesem Prozeß jenem Teil der deutschen Bevölkerung, der politisch am wenigsten reif ist und die geringsten Erfahrungen mit der Demokratie hat (lies – die Bevölkerung der DDR...), die entscheidende Rolle zukommt...

Die Vertreter der DDR, die bei der Begegnung zugegen waren, erhoben entschiedene Einwände: Wie kann man den Bürgern der Republik, die sich aus eigener Kraft aus dem Teufelskreis befreiten, einen solchen Vorwurf machen?! Und kann man überhaupt den enormen Beitrag der DDR zur Sache der gesamteuropäischen Versöhnung, besonders bei der Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen des deutschen Volkes zur UdSSR, zu den Ländern Osteuropas, negieren?!

Niemand bestreitet, daß die Demokratie in der DDR die ersten Schritte tut. Sie ist jetzt ins Kreuzfeuer geraten – von links wie von rechts. Doch so paradox es auch sein mag, das stärkste, ja zielgerichtete Feuer kommt von jenseits der jetzt nicht mehr bestehenden Berliner Mauer. Das Ziel dabei ist, den gesellschaftlichen Kräften der DDR die Vorstellung aufzuoktroyieren, einzige mögliche Lösung sei die vorbehaltlose Übernahme der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Ordnung der BRD durch die Republik. Mit anderen Worten, eine offerierte Demokratie, durch Diktat aufgezwungen. Doch ist das wirklich Demokratie? Überhaupt erfolgt der Wahlkampf unter einmaligen Bedingungen: Das Volk der DDR hat zu wählen, auf den Wahlkundgebungen aber sprechen alle



So sieht der Karikaturist der „Berliner Zeitung“ die Aussichten einiger neuer Parteien

führenden Politiker der BRD. Helmut Kohl ging noch weiter: Er selbst organisierte die konservative „Allianz für Deutschland“. Unter diesen Bedingungen sprach sich Runde Tisch öffentlich gegen solche Aktivitäten bundesdeutscher Parteien aus.

Auch wenn man versucht, den politischen Kampf in der DDR von dem, was aus der Bundesrepublik aufgetragen wird, zu trennen, bleibt er vielschichtig. Zweifellos haben wir uns lange Zeit bei der Einschätzung des nationalen Selbstverständnisses, das trotz der Spaltung die inneren Bande bewahrt hat, getäuscht. Eben hier kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen den beiden Strömen des öffentlichen Bewußtseins in der DDR. Wir dürfen keinen neuen Fehler begehen, indem wir einen dieser Ströme ignorieren: Das natürliche Streben der Massen in der DDR nach einem höheren Lebensstandard. Früher galt es als guter Ton, dieses Motiv zu verspotten und zu sagen, in der DDR dürfe es keine Rolle spielen, da ja das Lebensniveau dort viel höher sei als in Polen oder in der UdSSR. Was wollten die Leute eigentlich noch?

Doch die Menschen wissen, was sie wollen. Und das um so mehr, da man sich in seinen Trabi setzen und für einen Tag nach Westberlin fahren kann, wo man im Gewirr des Winterschlüßverkaufs leicht alles andere vergessen kann, auch wenn der Kurs der DDR-Mark sehr niedrig ist (bisweilen 1:10). Mein langjähriger Freund Stefan Heym sagte dazu giftig, die Zeilen aus der DDR-Hymne „Deutschland einig Vaterland“ würden von vielen als „Deutschland einig Warenhaus“ verstanden...

Sind diese Menschen zu verurteilen? Wer im Glashaus sitzt... Ich vergleiche die Berliner mit jenen Moskauern, die sich nach einem Besuch von McDonald's, frischeröffnet am Puschkin-Platz, die einfache Frage stellen: „Warum können wir das nicht?“ Solche Fragen hörte ich auch von jenen Deutschen, die westliche Geschäfte besuchten. Sie wollen nach wie vor in der DDR bleiben. Doch sie wollen nicht, daß die DDR so bleibt wie früher.

Wie kann das erreicht werden? Auf den ersten Blick (und diese Ansicht wird von der gesamten konservativen Presse der BRD und von vielen Bonner Politikern verbreitet) durch die unverzügliche Einbeziehung der DDR in das Wirtschafts- und Währungssystem der BRD, was logisch den Forderungen des „ersten Stromes“ entspricht. Die Meinung dominiert, ohne die BRD werde die DDR ihre Wirtschaft nicht auf die Beine bringen können. Der bekannte Wissenschaftler Jürgen Kuczynski sagte mir mit stoischer Ruhe (und mit einer Prise Ironie), es gehe darum, die DDR in eine „souveräne Kolonie, wie es sie viele in der Welt gibt“, zu verwandeln und erst danach würden die Bürger der ehemaligen DDR „zu Bewußtsein kommen“. Hierzu gab der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Prof. Martin Lang bei einer Berliner Diskussion folgende Einschätzung:

Die BRD und die DDR könnten sich überhaupt nicht vereinen. Die DDR könne nur in die BRD hineinwachsen.

Doch um welchen Preis? Es gibt Politiker in Bonn, die meinen, es gebe keinen sol-

chen Preis: Die DDR sei ein insolventer Schuldner, täglich würden ja 2000 bis 3000 Menschen die Republik verlassen. Die BRD müsse dankbar dafür sein, daß dort Milliarden DM investiert werden, und müsse sich damit abfinden, daß sie in die Bundesrepublik „aufgenommen“ wird. Jetzt wird sogar folgende raffinierte Variante diskutiert: Unter Einsatz von Art. 23 des BRD-Grundgesetzes die DDR nicht insgesamt in die BRD aufzunehmen, sondern nach einzelnen Ländern (Sachsen, Thüringen usw.), die man glücklicherweise wiederherstellen will. Doch wie sich herausstellt, ist das Argument vom „wirtschaftlichen Zusammenbruch“ unbegründet. Bei einer Diskussion des „Neuen Forums“ hörte ich empörte Stimmen: Man will uns einfach einschüchtern.

Der zweite Strom

...Es begann mit einer Fernsehsendung. In ihr berichteten Einwohner eines Viertels von Berlin über „Mitteilungen aus dem Westen“: Ein Hausbesitzer, der einst in die BRD gegangen war, schickte jetzt eine Ankündigung, er wolle zurückkehren und die Miete anheben. Zugleich bat er alle Wohnungsmieter, einen Fragebogen mit Angabe der Partheangehörigkeit auszufüllen...

Dann machten sich die Mütter Sorgen, deren Sprößlinge werkseigene Krippen und Kindergärten besuchen. Eine Reihe von Betrieben, die sich auf den bevorstehenden harten Konkurrenzkampf vorbereitet, streicht bei sich die entsprechenden Mittel, die früher von DDR-Gesetzen vorgesehen waren. Und die Bauern? Sie haben jetzt zu Recht Angst vor einer möglichen Revision der Bodenreform, die gleich nach dem Krieg auf Anweisung der Sowjetischen Militärdiktatur in Ostdeutschland durchgeführt wurde.

Auch über die Arbeitslosigkeit, die zweifellos bei Beteiligung von BRD-Firmen an DDR-Betrieben entstehen wird, macht man sich Gedanken. Schon jetzt gibt es in der DDR 70 000 Arbeitslose, bis Ende des Jahres werden 500 000 Arbeitslose erwartet. Natürlich möchte jeder-DDR-Bürger harte D-Mark erhalten, doch niemand will Abschied nehmen von billigen Mieten und Verkehrstarifen...

Offenbar ist eine Zeit des Nachdenkens und der Zweifel im Kommen, eine Zeit, die ich als „zweiten Strom“ des gesellschaftlichen Bewußtseins in der Republik bezeichne. Weitauß nicht von ungefähr sprechen jetzt buchstäblich alle Parteien in der DDR davon, die künftige Marktwirtschaft müsse sozial abgesichert sein, die die Idee der sozialen Gerechtigkeit verteidigt, mit anderen Worten, man dürfe sich nicht einfach der BRD anschließen, sondern müsse ein eigenes Profil, alle positiven sozialen Aspekte des Lebens in der DDR bewahren.

Gregor Gysis Meinung:

„Die linken Kräfte der BRD sind am Erhalt einer eigenständigen DDR, in der die Vision einer Gesellschaft jenseits stalinistischer Kommandostrukturen und der Allmacht des Monopolkapitals verwirklicht werden kann, interessant... Eine Vereinigung zu Bonns Bedingungen tut den Interessen der Werktagen der DDR

Abbruch, denen bei einem ‚Anschluß‘ der soziale Status nicht garantiert wird. Die Vertreter der Intelligenz sehen eine Gefahr für die Eigenständigkeit der kulturellen Entwicklung...“

Wie wird das Ergebnis des Zusammenstoßes dieser beiden Ströme sein? Der Ausgang ist noch völlig offen. An der Tür des Vorstands der Vereinten Linken las ich Rosa Luxemburgs Worte von 1916: „Sozialismus ist keine Messer- und Gabelfrage, sondern eine Kulturbewegung.“ Der politische Kampf, darunter der Wahlkampf, in der DDR muß klären, ob die Gesellschaft bereit ist, auf dem Stand der gesellschaftlichen Kultur, der in der DDR erreicht wurde, erreicht trotz den enormen Verzerrungen durch die Praxis der SED, zu bleiben. Ehrlich gesagt, keinerlei Propaganda – mit dem Holzhammer oder etwas sensibler – des westlichen Modells deutscher Staatlichkeit wird wirksam sein, wenn ihr in der DDR innerer Widerstand entgegengesetzt wird. Und umgekehrt. Diese Vorstellungen werden die Oberhand gewinnen, wenn die neuen politischen Kräfte aus bestimmten Gründen und Erwägungen keinen Widerstand leisten werden.

Aus den Gesprächen im Haus der Demokratie, in den Hauptquartieren von PDS und SPD, ja selbst des „Neuen Forums“ hörte ich folgendes Argument, was mir Sorgen macht:

„Natürlich darf man es nicht zu eilig haben. Eine Vielzahl wirtschaftlicher, außenpolitischer und anderer Fragen der Vereinigung ist zu lösen. Doch was soll man tun, wenn die Straße Druck ausübt?“

Was soll man zu diesen oft zu hörenden Worten sagen. Die Straße besteht ja nicht für sich allein. Jene neuen Parteien und Bewegungen, die jetzt Angst vor Druck haben, hatten noch vor nur wenigen Monaten den „Mechanismus der Straße“ im Griff. Jetzt ist es in der DDR (außer Berlin) immer noch üblich, jeden Montag Demos zu veranstalten. Was also kann die neuen gesellschaftlichen Kräfte hindern, mit verünftigen Lösungen zu ihnen zu kommen und die Demos nicht den „Republikanern“ zu überlassen?

Man sagte mir, zu den Demos würden jetzt (besonders in Leipzig) ganz andere Leute kommen. Nicht nationale, sondern nationalistische, ja rassistische Lösungen dominieren. Wo werde ihnen eine Abfuhr erteilt? Gegenüber Ende 1989 hat sich die Lage ja grundsätzlich verändert: Damals waren die neuen Bewegungen in der Opposition, jetzt tragen sie selbst Verantwortung. Offenbar erfaßt der Zusammenstoß der „beiden Bewußtseinströme“ nicht nur die Massen, sondern auch deren politische Vertreter.

„Ein anderes Berlin, ein ungewohntes Berlin. Doch in seinem Antlitz widerspiegelt sich eine neue Epoche, in der wir alle leben werden. Die Wahlen am 18. März sind nur eine Etappe auf einem langen Weg, wie ich hoffe, auf dem Weg der Stabilisierung und der Schaffung der Bedingungen, unter denen das Volk der DDR seine Wahl treffen wird – selbst, aus eigenem Willen, ohne Einmischung des Westens, im vollen Bewußtsein seiner historischen Verantwortung.“

Der „Balcerowicz-Plan“

Angesichts der stürmischen Ereignisse in Mittel- und Südosteuropa scheint die gegenwärtige Lage in Polen relativ stabil zu sein. Dennoch gibt es auch hier viel Widersprüchliches und Lehrreiches

Preise, Geld, Waren... Schaufenster, Ladentische, Warteschlangen... Kaufen, erstehen, ergattern... Solange ich zurückdenken kann, und das sind mehr als 20 Jahre, gehörten Warenmangel und Warteschlangen zu den Attributen der gesamten Nachkriegsgeschichte Polens. Und nun ist das Unglaubliche geschehen. Besonders fällt das denen auf, die nach einem oder einem halben Jahr wieder herkommen. Damals war das Angebot in den Geschäften mehr als dürftig. Jetzt dagegen, im Februar 1990, ist das Angebot an frischem Gemüse und Fleisch, Wurstwaren und Schinken, Bekleidung und Schuhen sowie vielen Gebrauchsartikeln reichlich. Und keine Warteschlangen, kein Gedränge in den Geschäften! Die Waren werden nicht auf den Markt „geworfen“, sondern sie liegen einfach da, und man kann sie ohne weiteres kaufen.

Aber Warteschlangen gibt es dennoch. Sie werden jedoch nicht von Leuten gebildet, die ihr Geld ausgeben, sondern von jenen, die es anlegen wollen. Inzwischen haben sich Warteschlangen vor den Schaltern der Sparkassen gebildet.

Ich bin kein Fachmann für Ökonomie, deshalb sollte man meine Gedanken als Beobachtungen eines Laien aufnehmen. Und dennoch wage ich einige Verallgemeinerungen. Zwei Umstände, die Sättigung des Marktes mit Waren bei gleichzeitig geringem Kaufbedürfnis und die intensive Geldeinzahlung in Sparkassen, bieten viel Stoff zum Nachdenken. Verstehen kann man die neue Lage aber kaum ohne die Kenntnis einer weiteren Komponente, nämlich der Beziehung zu frei konvertierbaren Währungen.

Dollars gab es in Polen stets in ausreichender Menge. Die „Grünen“ standen immer schon hoch im Kurs. Zwölf Millionen Landsleute im Ausland und die praktisch unbeschränkte Möglichkeit, ins Ausland zu fahren und dort zu arbeiten, sind ein langjähriger und stabiler Grund hierfür. Die doppelte Brieftasche mit Fächern für Dollars und Złotys ist nicht nur zum typi-

schen Attribut der Polen geworden, sondern demonstriert auch eine bestimmte Moral, eine von klein auf eingepfoste Geringschätzung für den Złoty und tiefste Verehrung für den allmächtigen Dollar. Das wurde auch durch den scharfen Kontrast zwischen gewöhnlichen Läden und Intershops begünstigt, zu denen jeder Zutritt hatte, der über „hartes“ Geld verfügte. Die Differenz zwischen dem offiziellen und inoffiziellen Dollarkurs mußte zwangsläufig zur Herausbildung eines Schwarzmarktes führen, der auf den Hinterhöfen und Gassen, vor den Türen der Intershops und Hotels entstand. Als drittes „polnisches Wunder“ darf deshalb nicht das Verschwinden des illegalen Devisenmarktes vergessen werden. Der Grund dafür ist denkbar simpel: Nach einigen Schwankungen näherten sich der staatliche und der Schwarzmarktkurs des Dollars nach der Eröffnung einer Vielzahl von legalen Wechselstellen aneinander an und verschmolzen. Nun bekommt jeder Ausländer, ohne sich besorgt umzuschauen zu müssen, für seine DM, Pfund und Dollar deren realen Gegenwert in Złoty. Der Kurs ist überall gleich und entspricht etwa dem in der UdSSR gültigen Umtauschkurs für Touristen von 6 – 6,50 Rubel für einen Dollar. Jeder Bürger Polens kann seine Dollar für Złoty verkaufen oder aber umgekehrt Westgeld gegen Złoty kaufen.

Als nächstes hob die Regierung die Zinssätze der Spareinlagen, aber nur der befristeten, drastisch an: von 7 bis auf 20 % und mehr. Daher der Run auf die Kassen. Das sind die ersten sichtbaren Komponenten des Regierungsprogramms zur radikalen finanziell-ökonomischen Gesundung, des „Balcerowicz-Plans“, wie ihn die Polen nach dem Finanzminister in der Regierung von Tadeusz Mazowiecki nennen.

Versucht man jedoch, die sich herausbildende Situation umfassender einzuschätzen, dann stellen diese Maßnahmen nur die Voraussetzungen für bedeutendere und breit angelegte Prozesse dar.

Ernsthafte Profis meinen, daß es in der Wirtschaft weder Wunder noch Rätsel gibt, daß alle Erscheinungen miteinander in teils verborginem Zusammenhang stehen. Das reiche Angebot in den polnischen Geschäften bei gleichzeitig mäßiger Kauflust ist kein Wunder und auch nicht rätselhaft, wenn man es natürlich nicht mit den Augen eines Touristen betrachtet. Die Statistik zeugt unvoreingenommen davon, daß der Umfang der Jahresindustrieproduktion nicht gestiegen, ja sogar gegen Ende 1989 um 3,4 % gesunken ist. Die Preise dagegen... Die stiegen auf das Fünffache, das Zehnfache und mehr.

Wirtschaftsexperten sehen den Hauptgrund für die Inflation im Wachstum der Diskrepanz zwischen Geld- und Warenmasse: Je mehr Geld, je weniger Waren es gibt, desto höher ist das Inflationsniveau. Das ist das A und O des Problems, das nun zu einem der akutesten in den Ländern geworden ist (oder gegenwärtig wird), die sich einmal „sozialistische Staatengemeinschaft“ nannten. Polen hat auf diesem Gebiet innerhalb weniger Monate die Führung übernommen: Von 1988 bis 1989 wuchs die Inflationsrate auf das Zehnfache und betrug schließlich 740 %. Die ersten Monate dieses Jahres haben einen Massenschreck ausgelöst: Die Preiserhöhungen bei Energieträgern (Kohle, Elektroenergie usw.) um 400 bis 600 % und der Verzicht auf eine staatliche Preisbildungskontrolle führten dazu, daß das Monatseinkommen eines Durchschnittspolens einem Äquivalent von 10 bis 12 Kilogramm Schinken oder 100 bis 150 Broten entspricht. Und dennoch zeigt der harte Plan zur Begrenzung der Einkünfte und Bindung der Geldmenge durch die Sparkassen schon die ersten Ergebnisse. Die Geldmenge und ihr Druck auf den Warenmarkt sind spürbar geringer geworden. Ebenso offensichtlich ist das deutlich bessere Warenangebot, das jedoch künstlich, also nicht durch eine Steigerung der Produktion, erzielt wurde.

Die Polen meinen, daß eine neue Schocksituation, diesmal ein Warendschreck, im März – April eintreten wird. Man erwartet, daß sich der Konsumgütermarkt nicht dem Einfluß der hohen Zinssätze für Kredite, 20 % und mehr, entziehen kann. Entweder wird es neue Preiserhöhungen oder eine Drosselung der Produktion und damit eine Senkung des Beschäftigungsgrades geben. Andere Aussichten bestehen für die zu erwartende Situation nicht.

Ich habe auch gesehen, wie ein altes Mü-

terchen, lautlos die Lippen bewegend, ihr Geld zählte, ob es wohl für ein Pfund Brot und eine Flasche Magermilch reicht. Ich sah auch einen adrett gekleideten älteren Herrn, der verwundert die im Schaufenster ausgezeichneten Preise betrachtete. Vor dem unweit gelegenen pompösen Hotel „Mariott“ stehen die Mercedes und Volvos dicht an dicht, wo man für ein Essen soviel hinblättern muß, wie alle meine früheren Universitätskollegen zusammen nicht einmal im Monat verdien-

In Polen ist also ein unaufhaltsamer Polarisierungsprozeß des Lebensniveaus nach der bekannten Formel zu beobachten: Die Armen werden ärmer, die Reichen immer reicher. Und das ist, wie mir scheint, auch eine Komponente der Wirtschaftspolitik von Leszek Balcerowicz: Absterben des Schwachen und Unrentablen, Festigen des Produktiven. Die Formel scheint oberflächlich sehr produktiv zu sein, doch stehen Menschen dahinter, Schicksale!

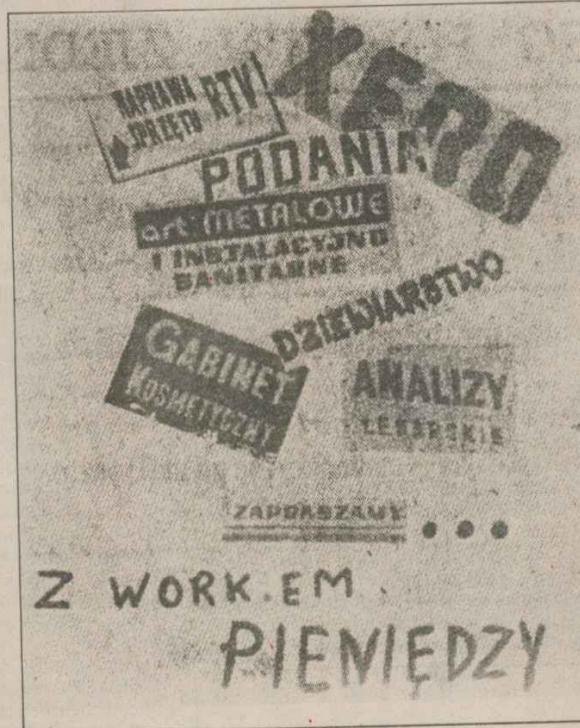
Die Politik des unbirrten ökonomischen Pragmatismus ist hart bis grausam. Gibt es denn aber eine vernünftige Alternative? Zumal die Geldoperationen schon einen gewissen Effekt zeitigen? Auch die mit Waren gefüllten Geschäfte spielen bereits eine neue Rolle, auch politischer Natur: Es wächst die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Auch die sozial-psychologische Seite ist nicht zu vergessen, stellt das Angebot doch einen Anreiz für höhere Löhne dar.

So sieht die erste Etappe der Umsetzung des „Balcerowicz-Plans“ aus. Die Situation in Polen ist jedoch heute so, daß niemand, schon gar nicht ein laienhafter Beobachter wie ich, den Mut hat, Prognosen über die absehbare Zukunft anzustellen. Der unweigerliche Bankrott der bäuerlichen Kleinbetriebe mit zwei bis drei Hektar (insgesamt über eine Million) und die sich abzeichnende Arbeitslosigkeit (etwa eine halbe Million) sowie die noch recht instabilen Beziehungen der Konsumenten zum Warenmarkt sind in ihrer Gesamtheit mit einem äußerst komplizierten Problem verknüpft, nämlich der Z e i t .

Das Vertrauen, das die Bürger selbst der populärsten Regierung entgegenbringen, ist nicht grenzenlos. Die Maßnahmen zur ökonomischen Erneuerung, die vom Kabinett des Tadeusz Mazowiecki realisiert werden, gleichen in vielem denen, die Profes-

sor Sadowski, Vizepremier in der Regierung von Zbigniew Messner, und Mieczysław Rakowski, der letzte Premier der kommunistischen Regierung, zögernd durchzusetzen versuchten. Im November 1989 sagte er mir bitter, daß seine Regierung, hätte sie solche radikalen Maßnahmen realisieren wollen, mit einer Streikwelle überflutet worden wäre. Jetzt dagegen ist es ruhig, keiner streikt...

Der „Balcerowicz-Plan“ wird allerdings auch unter günstigeren Umständen verwirklicht als die Versuche der früheren Regierungen. Dazu gehören nicht nur das



Nach den Preisen für Waren steigen jetzt auch die Dienstleistungspreise. Auf einem Plakat, das für verschiedene Leistungen wirbt, hat ein Warschauer dazugeschrieben: ... für einen Sack voll Geld

günstigere gesellschaftlich-politisches Klima und die Unterstützung durch die öffentliche Meinung (zwei Drittel der Polen sind dafür), sondern auch das Fehlen der in letzter Zeit so häufigen Streiks. Nicht zu vergessen sind die Unterstützung durch den Westen, so z. B. ein 723-Millionen-Kredit des Internationalen Währungsfonds, der erste seit 1986, und beträchtliche Spenden. Aber, das möchte ich nochmals hervorheben, auch die jetzige Regierung ist eine Geisel der Zeit.

Hier tritt ein weiteres Problem auf, das für Polen heute von Bedeutung ist. Für die Realisierung der Reformvorhaben, zur Erreichung des Endziels des Programms werden neben den bereits genannten Maßnahmen konkrete Ausführende benötigt: Unternehmer, Financiers,

Manager, Kaufleute, Großfarmen, Fachleute für Marktwirtschaft, kurzum, Profis von neuem Typ, die bereit sind, Risiko einzugehen und Verantwortung auf sich zu nehmen. Wenn es der neuen Führung des Landes nicht binnen kürzester Frist gelingt, eine prinzipiell neue Mitarbeitergeneration in die Wirtschaft zu entsenden, die eine neue soziale Basis der Reform darstellt, kann sie steckenbleiben.

Das ist eine komplizierte Aufgabe. In den mehr als 40 Jahren des Staatssozialismus hat sich eine gesellschaftliche Psychologie herausgebildet, die in der Sentenz zum Ausdruck kommt: Der Staat ist v e r p f l i c h t e t... Diese Konsumtionshaltung des Bewußtseins hat ihrerseits dazu geführt, nur das Nötigste zu tun und mit dem Nötigsten auszukommen. Das parasitäre Verhalten gegenüber den „sozialen Errungenschaften“ speist nicht nur die Ideologie der populistischen Führer. Es ist zudem tief im gesellschaftlichen Bewußtsein verwurzelt. Man darf auch nicht vergessen, daß gegenwärtig in Polen 70 bis 90 % des Eigentums in den Händen des Staates konzentriert ist. Der Prozeß der Demonopolisierung und Privatisierung, dessen Entwicklung der Reform zugrunde liegt und die Basis der Bewegung darstellt, hat eigentlich noch gar nicht begonnen.

Auch die gegenwärtige Situation, in der sich die Gewerkschaft „Solidarnosc“ befindet, die Polen im Laufe des vergangenen Jahrzehnts zu den heutigen Veränderungen geführt hat, sieht nicht rosig aus. Das trifft besonders auf ihren Führer Lech Walesa zu. Einerseits kann man sich nicht von der Arbeiterklasse als wichtigsten Stütze der Bewe-

gung lossagen und ihre Interessenvertretung aufgeben, andererseits kann man sich aber auch nicht von den Vorhaben der Regierung Mazowiecki abwenden, die die „Solidarnosc“ buchstäblich auf ihren Schultern an die Macht getragen hat. Auf diesem einmaligen Weg, wie Lech Walesa sagte, vom Sozialismus zum Kapitalismus wird Polen mit einem ganzen Komplex an politischen, ökonomischen, soziologischen, psychologischen usw. Fragen konfrontiert, die man nicht nach und nach in der Zukunft beantworten kann, sondern die jetzt und alle zusammen einer Antwort bedürfen.

Rudolf Borecki

NZ-Korrespondent

Warschau

Eindrücke von der Zukunft

Was erwarten die Ungarn von ihren neuen Wahlen?

Die Opposition ist drauf und dran, die Macht zu übernehmen. Rechtsradikale Motive werden im Wahlkampf immer lauter

Ungarn scheinen alle irgendwie vergessen zu haben. Die radikalen, optisch so wirk samen Ereignisse in der DDR, der Tschechoslowakei und Rumänen haben den Blick auf Ungarn verstellt, das als eines der ersten den Weg der Veränderungen betrat (die Ungarn betonen stets höflich, nach der Sowjetunion). Trotz des friedlichen, ja ich würde sogar sagen, ruhigen Charakters dieser Veränderungen sind ihre Ergebnisse bedeutsamer als man es sich selbst mit größter Phantasie ausmalen konnte. Die politische Realität wurde so schnell und so grundlegend erneuert, daß das Ungarn von gestern und das Ungarn vom letzten Sommer zwei verschiedene Länder zu sein scheinen.

Damals war die alte USAP noch Herr der Lage – nur der Verband der jungen Demokraten erlaubte sich „politische Streiche“ und ihre Seniorpartner, der Verband der freien Demokraten, heftige Ausfälle gegen die USAP, langsam, aber sicher stieg das Ansehen des Ungarischen Demokratischen Forums. Die USAP schien sich gnädig zu nationalen Gesprächen bereit erklärt zu haben, sie schien ihre Partner um einen Kopf politisch zu überragen und eine klarere Sicht der Zukunft zu haben.

Doch es gibt einen Automatismus der Wahrnehmung, in dem nicht nur Beobachter von außen wie ich befangen sein sollten, sondern, wie es scheint, sogar die ersten Persönlichkeiten des Landes. Die weitere Entwicklung bestätigte: Die USAP, die nur sich selbst als einflußreiche politische Kraft ansah, hatte sich getäuscht. Sie verlor die Kontrolle über die Situation viel früher als sie gedacht hatte...

Die Verschiebung der Parlamentswahlen, auf die man sich im vergangenen Sommer am Runden Tisch einigte, kam der Opposition zupaß. Ihr Kalkül erwies sich als richtig: In einem halben Jahr kann die wirtschaftliche Lage nicht in Ordnung gebracht werden.

Die Wirtschaft, die in den Strudel negativer Tendenzen geriet, setzte ihren Weg zu einer umfassenden Krise fort, was die Atmosphäre in der Gesellschaft anheizte. Die Verantwortung dafür aber legte sich als zusätzliche schwere Last auf die Schultern der Partei, die nominell Regierungspartei bleibt. Unter solchen Bedingungen kommt es natürlich zu einer Radikalisierung der öffentlichen Meinung – das läßt sich aus den Umfragen ablesen.

Nicht begonnen, doch gewonnen

Der Verband der freien Demokraten, der noch vor einem halben Jahr all zu schroff und zudem noch elitärisch schien, hat sich jetzt fest einen zweiten Platz auf der Beliebtheitsskala nach dem Ungarischen Demokratischen Forum erobert, und die Zahl seiner Mitglieder hat sich vervierfacht. Das Forum aber hat statt der ruhigen, gemäßigten Töne eine ungeduldigere Tonart angeschlagen – in ihr sind jetzt deutlich nationalistische und antikommunistische Noten zu hören.

Der Opposition gelang es, die Karten der USAP auch in der Frage der Präsidentschaftswahlen durcheinander zu bringen. Die USAP erklärte sich zu einer Verlegung bereit, um im November Präsidentschaftswahlen im Lande abzuhalten. Ihr Kandidat, der Führer des reformistischen Parteiflügels Imre Pozsgay, war populär und wäre mit größerer Wahrscheinlichkeit Präsident geworden. Doch der Verband der freien Demokraten sammelte 150 000 Unterschriften mit der Forderung nach einem gesamtnationalen Referendum, ob es Präsidentschaftswahlen vor den Parlamentswahlen geben solle. Die Ergebnisse des Referendums bedeuteten, daß die Pläne der USAP gescheitert waren. Alle, mit denen ich diesmal sprach, bestätigten mir: Für Pozsgay ist es schon zu spät...

Für jemanden, der an einfache und klare politische Verhältnisse gewohnt ist, mag die heutige Vielfalt des öffentlichen Lebens in Ungarn schwer zu verstehen sein. Über 50 Parteien mit recht ähnlichen Namen und kaum zu unterscheidenden Programmen können jeden verwirren. Doch es geht nicht einmal darum – das ist eine „Kinderkrankheit der Demokratie“, die durchaus verständlich und seit langem bekannt ist; sie kam für niemanden überraschend. Unerwartet war etwas anderes: Im Kampf der politischen Kräfte sollten nicht die Kommunisten, die ja Erfahrungen bei der politischen Führung besaßen, die weitsichtigsten Profis sein, sondern die Dissidenten der Kadar-Zeit – die freien Demokraten und die künstlerische Intelligenz des demokratischen Forums, die nie etwas mit der Politik zu tun hatte.

Hier ein weiteres Beispiel für den taktischen Erfolg der Opposition: Die USAP stimmte in der Hoffnung auf „Erneuerung“ einer Verschiebung der Wahlen zu, die Opposition aber in der Erwartung, ihre Reihen zu schließen und ein Auseinanderbrechen der USAP zu erleben. Auf jeden Fall verhehlte im Sommer v. J. keiner meiner oppositionellen Gesprächspartner seine Hoffnungen auf ein Auseinanderbrechen der „Staatspartei“. Die Opposition sollte sich wieder einmal nicht getäuscht haben: Die alte USAP besorgte ihre Spaltung selbst. Mit dem Zustand der Linken in Ungarn sollte man sich eigentlich gesondert



Wahl-Schaumschlägerei um Ungarns Zukunft

Aus: "Uj Fórum" (UR)

befassen, doch kurz folgende Tatsachen: Nach dem Parteitag vom Oktober wurde die USAP in Ungarische Sozialistische Partei umbenannt. Von 750 000 Mitgliedern blieben nur 50 000 in der Partei. Einige Monate danach entstand die USAP erneut – die neue USAP zählt heute 80 000 Mitglieder. Doch die Zeit ist bereits verstrichen...

Parteienwerbung

Jeden Abend laufen im ungarischen Fernsehen Streifen der Parteien – die Parteien stellen fünf Minuten lang ihre Wahlprogramme dar. Ein sehr interessantes Schauspiel ist das. Die frischgebackenen Politiker, die sich im TV-Studio nicht sonderlich wohl fühlen (um eine Partei in Ungarn zu gründen, muß man sich mit nur zehn anderen abgesprochen haben), die Hemmungen haben, vom Blatt abzulesen und die deshalb mit den Augen einen Monitor verfolgen – irgendwo vor dem Objektiv spult offenbar der Text ab. Die Ansprachen sind in der Regel voller Allgemeinplätze und demagogischer Sentenzen. Ihr Stil ist überraschend eintönig: Die Programme bestehen aus einer Aufzählung dessen, was nicht sein dürfe, und aus feierlichen Versprechungen, nicht zuzulassen, daß es so kommt, wie es war. Der positive Teil ist für gewöhnlich unverständlich und rein deklamatorisch. Ich gewann den Eindruck, daß für die künftigen Wähler 45 von 50 Parteien zu einer schwer zu unterscheidenden grauen Masse werden, vor deren Hintergrund sich – als Kuriosum – etwas von der Art der Partei der Legitimisten abhebt, die sich das Ziel gesetzt haben, die Monarchie in Ungarn wiederherzustellen.

Die Ungarn sehen das mit leichter Ironie, doch sie nehmen es mit Geduld. Kaum jemand zweifelt daran, daß in einigen Jahren neun von zehn Parteien spurlos verschwunden sein werden, doch die große Zahl von Parteien empört niemanden – die Demokratie verlangt nun einmal das Ihre.

Fünf bis sechs Parteien haben bei den Wahlen Chancen. Angeführt wird diese kurze Liste vom Ungarischen Demokratischen Forum (UDF), seiner Mitgliederzahl (24 000) nach die dritte politische Kraft Ungarns. Die Zahl seiner Mitglieder nimmt weiter zu, obwohl die Parteführer erklären, das Forum wolle der geistige Führer der Nation bleiben, nicht aber Massenpartei werden. Meinungsumfragen zufolge kann das UDF mit 30% der Wählerstimmen rechnen und damit, daß es mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Der Forumsvorsitzende Jozsef Antall wird als Ministerpräsident gehandelt.

Der Verband der freien Demokraten, der auf das Forum folgt, vereint 12 000 Radikale. Seine Führer verleihen laut ihrer Hoffnung darauf Ausdruck, daß sie bis zu den Wahlen die Partei Nr. 1 werden

(diese Selbstsicherheit ist Taktik sowie untrennbarer Bestandteil des Image der freien Demokraten). Obwohl solche Erklärungen wohl nicht ganz unbegründet sind... Der Ausgang der Wahlen wird in vielem durch die erfolgreich gewählte Taktik (und hier sind die freien Demokraten Meister), die rechtzeitige Reaktion auf die Veränderung der Stimmungslage in der Gesellschaft sowie durch Fußangeln, die sich die Parteien bis zum 25. März gegenseitig legen, und durch öffentliche Angeiferungen bestimmt. Nicht einmal ein Monat ist seit Beginn des Wahlkampfes vergangen, die Öffentlichkeit aber erlebte schon drei Parteiskandale.

Skandal Nr. 1:

„Dunagate“

Das sowjetische Fernsehen übermittelte folgenden Korrespondentenbericht aus Budapest: Unter dem Druck der Opposition mußte der Innenminister der Ungarischen Republik zurücktreten. Der verschwommene Ausdruck „unter dem Druck der Opposition“, der was auch immer bedeuten kann, steht für eine durchaus interessante Geschichte. Einen Tag vor Beginn des Wahlkampfes veranstaltete der Verband der freien Demokraten eine Pressekonferenz, auf der er unüberlegbare Beweise dafür präsentierte, daß die Organe der Staatssicherheit lange Zeit Telefonie abgehört, Briefe geöffnet und die oppositionellen Parteien bespitzelt hatten. Mit diesem sensationellen Auftakt eröffneten die freien Demokraten ihren Wahlkampf. Und mit einem solchen Fiasco begann der Wahlkampf für die Ungarische Sozialistische Partei, deren Führungsmittel Ministerpräsident Miklos Nemeth war (er hat kürzlich die Führung verlassen und tritt bei den Wahlen als unabhängiger Kandidat an). Einige Wochen lang war „Dunagate“ Thema Nr. 1 in den Medien. Proteste, Meetings und Demonstrationen jagten einander. Der Innenminister mußte zurücktreten. Der Verband der freien Demokraten, der so seinen Mut demonstrierte, errang auf einen Schlag diverse Punkte, das Ansehen der USP aber, der nachgewiesen wurde, verfassungswidrige Handlungen begünstigt zu haben, litt spürbar. Die Sicherheitsorgane sind jetzt vorsorglich vor den Wahlen für lange Zeit aus dem Spiel gezogen.

Skandal Nr. 2:

„Antisemitismus“

Es steht wohl außer Zweifel, daß dieser Skandal keineswegs zwischennationaler, sondern absolut politisch-spekulativer Art ist. Als Anlaß diente der Rundfunkauftritt eines führenden Politikers des UDF, des Schriftstellers Istvan Csurka, in einem

sonntäglichen Nachrichtenprogramm. Die fünf Minuten lange Ansprache des Schriftstellers war voller abstrakter Gestalten, die jeder nach Wunsch interpretieren konnte. Manche meinten, es sei für sie von Vorteil, sagte man mir beim UDF, ihn für antisemitisch zu erklären. Ein Detail: Der Verband der freien Demokraten vereint in seinen Reihen den Großteil der jüdischen Intelligenz Ungarns. Gerade die freien Demokraten erhoben als erste ihre Stimme zum Protest, der vor allem im Westen gehört wurde (und vielleicht vor allem für ihn bestimmt war). Das Gefühl der „freien Welt“ fanden die freien Demokraten, doch ... die Wahlen werden ja in Ungarn entschieden, nicht aber im Westen. Im Lande selbst aber ist alles keineswegs so einfach...

Ich las Csurkas Rede und möchte sagen: Das UDF (oder Csurka allein) hat, wenn man das einmal so sagen darf, „Foul gespielt“. In seiner Ansprache findet sich kein einziger Ausdruck oder Begriff, den man dem Schriftsteller als Schürung zwischennationaler Haders inkriminieren könnte. Die Rede war von einer „Minderheit, die sich nicht von der Macht trennen“ wolle. Doch die Ansammlung von Wörtern wie „Volk“, „Nation“, „Ungarn“ und „nationales Selbstbewußtsein“, die Erwähnung einiger allen bekannter Namen in der drei Seiten langen Rede suchten ganz bestimmte Stimmungen aufzubauen, und bei dem Wort „Minderheit“ dachte man unwillkürlich „nationale Minderheit“.

Das UDF setzt zweifellos auf Nationalismus, auf die Wiedergeburt des nationalen Selbstbewußtseins – das ist im Grunde die Idee, die ihm eine führende Rolle im Wahlkampf sichert. Das Problem des Antisemitismus wurde Jahrzehntelang totgeschwiegen, heute aber wird dieses „Gespenst, das durch das Land geht“, von kaum jemandem ernst genommen, weil man sich bewußt ist, daß es nur als Instrument für den Parteienkampf und der Jagd auf Wählerstimmen dient. Und man muß begreifen, daß die Rückseite des Nationalismus des UDF Antikommunismus und teilweise Antisowjetismus ist. Und der Einsatz ist groß – Wahlen stehen bevor.

Spürbaren Schaden hat dieser Skandal dem UDF nicht gebracht.

Skandal Nr. 3:

„Detektive“

Eines Nachts drangen zwei Unbekannte in ein Büro der Ungarischen Sozialistischen Partei in Szolnok ein und raubten dort Dokumente und Listen mit Namen von Parteimitgliedern. Die Polizei entdeckte die Unbekannten recht schnell – es waren Mitglieder des Verbandes der freien Demokraten, die beim Kleben von Wahlplakaten beschlossen, ihren politischen Konkurrenten einen Besuch abzu-



Außenminister Gyula Horn erfreut sich beinahe als der einzelne USP-Politiker einer wachsenden Popularität. Neuerdings sagte er, daß er einen Beitritt Ungarns zu politischen NATO-Organisationen nicht ausschließe. Vor kurzem unterzeichnete er in Moskau das Regierungsabkommen über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn.

statten. Der Verband der freien Demokraten prangerte sogleich diese Politgauven an und schloß sie aus ihren Reihen aus – und alles hätte nur wie Rowdytum ausgesehen, wenn da nicht eine kleine Besonderheit gewesen wäre: Ein Großteil der Dokumente wurde nicht wieder aufgefunden...

Über einen weiteren Skandal berichtete kürzlich das sowjetische Fernsehen: In Leninvaros verhinderten Aktivisten des UDF einen Auftritt von Karoly Grosz, der als Vertreter der USAP gekommen war. Die Führung des UDF entschuldigte sich für das Verhalten ihrer Anhänger.

Die beiden Rechtsnachfolgerinnen der früheren USAP, die wir als die wichtigste handelnde Gestalt auf der politischen Bühne Ungarns zu sehen gewohnt sind, gelangen immer mehr in eine passive, defensive Stellung. Möglicherweise lähmt sie ein Schuldkomplex wegen Vergangenheit und Gegenwart. Schließlich bleibt Hauptargument der Opposition die Tatsache, daß sie für die Politik der letzten 40 Jahre nicht verantwortlich ist. Und die Opposition tut alles, damit die Wähler das nicht vergessen.

Streit im linken Lager

Im vergangenen Sommer sagte mir der damalige Sekretär des ZK der USAP Jenö Kovacs: „Wohl kaum wird sich realistisch denkende politische Kraft im Land finden, die sich entschließt, eine Koalition ohne

Teilnahme der USAP zu bilden.“ Zur gleichen Zeit suchten westliche Journalisten auf einer Pressekonferenz des UDF vergeblich von Vertretern des Forums eine Erklärung zu erhalten, das Forum werde unter keinen Umständen eine Koalition mit den Kommunisten eingehen. Die Realisten vom UDF schwiegen sich vorsichtshalber aus. Doch die westlichen Journalisten brauchten nur ein halbes Jahr zu warten, um die gewünschte Erklärung zu hören: Unlängst erklärte das UDF fest entschlossen, sein Verbündeter nach den Wahlen werde keine Rechtsnachfolgerin der ehemaligen USAP sein.

Die freien Demokraten sagen das noch schroffer, ohne dabei ein Blatt vor den Mund

zu nehmen (was übrigens immer für sie kennzeichnend war): „Wir wollen ehrliche Partner haben... Hier erfolgt keine friedliche Machtübergabe, sondern eine friedliche Rettung der Macht.“

Die Opposition hat die Initiative bereits ergriffen (davon sprach mir gegenüber der USP-Vorsitzende Rezsö Nyers), und wenn man versucht, den heutigen Zustand der USP mit einem Wort zu beschreiben, dann würde ich sagen: „Niedergeschlagenheit“. Das spürt man an ihrer Passivität wie an ihrer Schweigsamkeit. Und wenn die Beliebtheit einiger führender Vertreter der USP zunimmt wie die des Außenministers Gyula Horn und des Bildungsministers Ferenc Glatz, dann wird dies als ihr persönlicher Erfolg, nicht aber als Erfolg der Partei aufgefaßt.

In einer anderen Lage ist die USAP. Aus einer „Staatspartei“ wurde sie in nur wenigen Monaten fast zu einer Untergrundpartei, zumindest zu einer verfolgten und benachteiligten Partei. Der USAP-Vorsitzende Gyula Thürmer berichtete mir von Fällen, da Parteimitglieder am Arbeitsplatz diskriminiert und wegen ihrer Parteiangehörigkeit entlassen wurden. Die Parteispaltung ließ die Anhänger der Arbeiterpartei ohne eigenes Presseorgan, ohne Gebäude und anderen Besitz. Die USAP ist jetzt in einer Phase der Neuformierung, der Selbstorganisation, des Kampfes um Existenz und Macht. Die Stimme der USAP ist nicht stark zu hören – sie ist mit ihren Problemen befaßt, doch ihr Puls schlägt nicht langsamer.

Die Beziehungen zwischen den beiden Rechtsnachfolgerinnen der alten USAP lassen teilweise auch wegen taktischer Überlegungen, zu wünschen übrig. Folgende Meinung hörte ich in Ungarn: Die USP hoffte, die Opposition werde sie mit in die Koalition nehmen, wenn sich die Sozialisten nur von der Arbeiterpartei distanzieren und mit ihr keine Kontakte unterhalten.

Vielelleicht werden wir nach den Wahlen Vertreter beider Parteien in den Reihen einer vereinten parlamentarischen Opposition sehen?

Mit dieser halboptimistischen Note wollte ich meinen Bericht über Ungarn vor den Wahlen beenden. Doch unlängst platze in Budapest eine weitere „Bombe“: Ministerpräsident Miklos Nemeth gab eine Erklärung ab, in der er behauptete, ehemalige führende Vertreter der USAP bereiteten einen bewaffneten Putsch in einer Provinz des Landes vor. Nemeth konnte keine überzeugenden Beweise anführen. Einige Spur ist, daß der ehemalige Innenminister Istvan Horvat bestimmte „gesammelte Erkenntnisse“ erwähnte, die, wie er sagte, nicht ausreichten, um eine Untersuchung einzuleiten.

So gelangte Miklos Nemeth unter Kreuzfeuer: Die Opposition warf ihm vor, er habe die Sache nicht bis zu Ende verfolgt, der USAP-Vorsitzende aber verlangte eine Untersuchung, wobei er Nemeths Erklärung als „billigen Wahlkampftrick zur Diskreditierung der neuen USAP“ bezeichnete.

* * *

Die führenden Vertreter der Regierungspartei bemühen sich, „katholischer als der Papst“ zu sein und die Opposition bei radikalen Erklärungen noch zu überbieten. Für alle wurde die Erklärung eines führenden Vertreters der USAP eine Überraschung – Außenminister Gyula Horn sprach von einer möglichen Mitgliedschaft Ungarns in politischen Organisationen der NATO. Miklos Nemeth beschuldigt ehemalige Genossen seiner Partei der Vorbereitung eines Putsches, wobei er Beweise zu präsentieren vergaß... Die Wahlen rücken näher. Die Politiker sind vom Wahlkampfieber gepackt.

Die Geschichte mit dem Putsch bestätigt ein weiteres Mal: Mit einer Zusammenarbeit zwischen USP und USAP ist nicht zu rechnen – zumindest bis zu den Wahlen.

Marina Schakina
NZ-Sonderkorrespondentin
BUDAPEST – MOSKAU

Stalin + Hoxha

Ein Land, wo sich fast nichts ändert

Das Thema Albanien rückt in letzter Zeit immer mehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Massenmedien verschiedener Länder. Ausländische Nachrichtenagenturen verbreiten Meldungen, wonach es in Albanien „unruhig“ sei. In einigen Städten sei es zu „anhaltenden Unruhen“ gekommen, und die Regierung ergreife „außerordentliche Maßnahmen“ und habe die Bewegungsfreiheit im Land eingeschränkt. Albanien weist offiziell derartige Mitteilungen als „reine Spekulation“ zurück.

Religion: Albanismus

In Albanien, dem „ersten atheistischen Staat der Welt“, ist Religion laut Verfassung verboten. Wenn es keine Religion gibt, braucht man auch keine Geistlichen. Also gibt es in Albanien auch keine. „Die Religion des Albaners ist der Albanismus“, meinen die Führer des Landes. Was ist darunter zu verstehen? Vor allem die Konzeption der „Stützung auf eigene Kräfte“.

Am besten funktionierte diese Konzeption in jenem Zeitraum, als Albanien freundschaftliche Beziehungen zunächst zu Jugoslawien, dann zu den RGW-Ländern und später zu China unterhielt. Die objektiven ökonomischen Gesetze sagen jedoch aus, daß eine langwierige erfolgreiche Entwicklung eines einzelnen Staates, der sich von der übrigen Welt isoliert und sich nicht umfassend an der Weltwirtschaft beteiligt (selbst wenn er über einen riesigen Binnenmarkt verfügt, wie z. B. die UdSSR oder die USA), unmöglich ist. Es sieht ganz danach aus, als hätte man das in den letzten Jahren auch in Tirana begriffen.

Seit Mitte der 80er Jahre intensiviert Albanien auf eine gewisse Weise seine Beziehungen zu fast allen europäischen Ländern. Selbst Großbritannien, zu dem Albanien schon 1946 seine diplomatischen Beziehungen abgebrochen hatte*,

gehört heute zu seinen Wirtschaftspartnern.

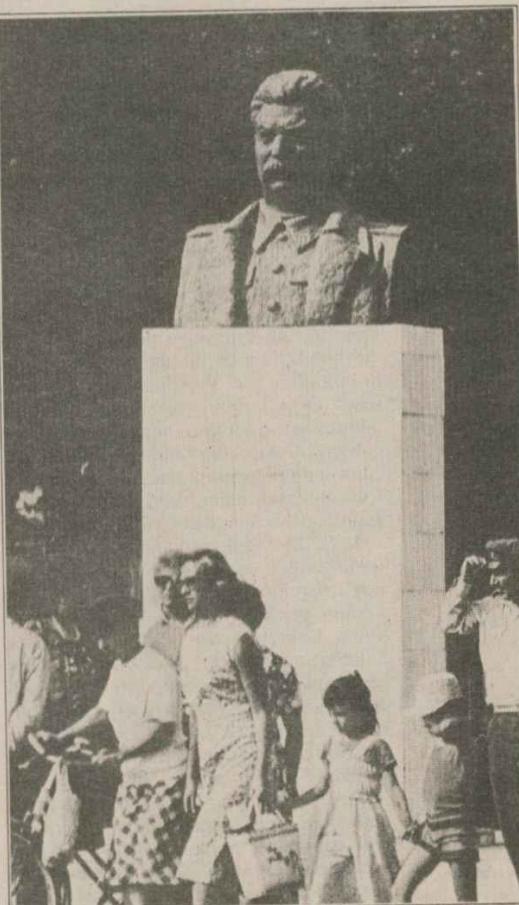
Nur die Position gegenüber der Sowjetunion ändert sich nicht. Die albanische Führung schenkt den enormen Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik der UdSSR keine Beachtung. So erklärte der Außenminister der SVRA Reis Malile bei einem Interview gegenüber französischen Journalisten: „Ob sich die UdSSR verändert? Das hängt von vielen inneren und internationalen Faktoren ab, in erster Linie jedoch von den inneren, da sie die entscheidenden sind. Albanien sieht keine radikalen Veränderungen, die die endgültige Schlüssefolgerung zulassen, die Sowjetunion sei ein friedlicher Staat geworden.“

Seit langem gehören die außenpolitischen Ansichten Chrustschows der Vergangenheit an. Die „Breschnew-Doktrin“ ist ins Archiv gewandert. Heute wäre es völlig naiv anzunehmen, die UdSSR würde gegenüber Albanien irgendwelche „expansionistische“ Absichten hegen. Warum stellt der albanische Minister die Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen in Abhängigkeit von den internen Prozessen in der UdSSR? Da drängt sich einem der Gedanke auf, daß die albanische Führung einfach einen „äußeren Feind“ braucht, dessen Umtriebe sie in der Weltarena mit politischen und im eigenen Land mit verschiedenen Mitteln (wie das einst auch in der Sowjetunion geschah) bekämpfen muß, damit das geschaffene Gesellschaftsmodell besser funktioniert.

Der Führer ist tot, seine Ideen leben

Albanien hat seine Türen zur Welt nicht sehr weit geöffnet. Der grenzüberschreitende Verkehr verläuft recht einseitig. Privatreisen ins Ausland gibt es für die Albaner praktisch nicht. Im vorigen Jahr wurde Albanien von etwa 20 000 ausländischen Touristen besucht. Diese Rekordzahl wird in diesem Jahr sicher nicht erreicht werden. Die Strände von Durres bleiben weiterhin leer, obwohl die potentiellen Möglichkeiten des Landes für die Entwicklung des Auslandstourismus unerschöpflich sind. Die Behörden meinen, daß zwar Devisen für die Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft gebraucht würden, jedoch die Wahrung der ideologischen Keuschheit der Bürger weit wichtiger sei.

Westliche Forscher bezeichnen Albanien manchmal als Land der Widersprüche. Einerseits ist Albanien eine „Republik der allgemeinen Gleichheit“, andererseits läßt der Arbeitsenthusiasmus des Volkes und die



Der „Große Führer aller Völker“ schaut nach wie vor düster von oben auf die Bewohner der albanischen Hauptstadt herab
Foto aus: „L'Express“ (Frankreich)

*Der Bruch erfolgte, als zwei britische Kriegsschiffe schon nach Beendigung des zweiten Weltkriegs versenkt wurden. Darauf beschlagnahmte Großbritannien den in London befindlichen Teil von Albaniens Goldreserven (ca. 3 Mio Pfund Sterling). Albanien verneint seine Teilnahme am Zwischenfall und verlangt die Rückgabe des Goldbestands ohne jegliche Vorbedingungen.

Wirksamkeit der moralischen Stimuli nach. Von den Tribünen von Parteiforen hört man, daß „ökonomische Probleme ökonomischer Lösungen bedürfen“. Gleichzeitig gibt es keinerlei Anzeichen für die Realisierung mutiger und radikaler Wirtschaftsreformen, obwohl das die Situation im Land immer dringender erfordert. Albanien tritt für die Erweiterung des Außenhandels ein, um die Modernisierung der Volkswirtschaft zu beschleunigen, jedoch verbietet die 1976 verabschiedete Verfassung beispielsweise „die Gewährung von Konzessionen, die Gründung von Gesellschaften und anderen Finanz- und Wirtschaftsinstituten gemeinsam mit Monopolen, revisionistischen, bourgeois und kapitalistischen Ländern in der SVRA sowie die Aufnahme von Krediten bei ihnen“. Experten der „Financial Times“ (Großbritannien) meinen jedoch, daß es die Leiter der albanischen Außenhandelsbehörde gelernt haben, das letztgenannte „Hindernis“ zu umgehen.

Der Umfang des Außenhandels ist nach wie vor gering. In den 80er Jahren lag er bei 700 bis 800 Millionen Dollar pro Jahr. Importiert werden hauptsächlich technische Artikel. Westliche Journalisten, die Albanien besuchten, schreiben, daß man auf den albanischen Feldern neben Ochsen und vorsintflutlichen Traktoren manchmal auch modernste Landmaschinen aus der BRD sehen kann. Auch der Fahrzeugpark beginnt sich zu erneuern. Die Turbinen für das neue Wasserkraftwerk „Koman“ am Fluß Drin stammen aus Frankreich. Hin und wieder sind auch schon Computer anzutreffen.

Skeptiker meinen hierzu, es gäbe Beispiele, daß Länder mit geringerem Ausgangsniveau und weniger natürlichen Ressourcen angefangen und in kürzerer Zeit bessere Ergebnisse erzielt hätten. Dem will ich nicht widersprechen, sage nur, daß jedes Land seinen eigenen Entwicklungsweg verfolgt.

Die Partei der Arbeit Albaniens ist fest entschlossen, den „von Enver Hoxha vorgezeichneten Weg des wahren Sozialismus“ zu verfolgen. Fast fünf Jahre sind vergangen, seit Hodsha, der „Lehrer und Führer des albanischen Volkes“, der Letzte aus der Stalinschen Führergeneration, gestorben ist. Die Ideen des „Enverismus“ bilden jedoch weiterhin das Fundament, auf das sich die Außen- und Innenpolitik des Landes gründet.

Härte und Kontinuität kennzeichnen den heutigen Kurs von Albanien. „Kontinuität mit mehr Realismus“, hebt der jetzige erste Sekretär des ZK der PAA R. Alia hervor.

Wladimir Sobolin

Profis, aber keine Söldner

Auf dem Weg zur Militärreform

Die Veränderungen in der internationalen Lage, die radikalen Veränderungen in unserer Gesellschaft selbst verlangen immer eindringlicher eine Revision der früheren Positionen zur Organisation von Verteidigung und Sicherheit, Veränderungen bei den Methoden des militärischen Aufbaus.

Bei einem Rundtischgespräch in der NZ-Redaktion trafen Militärwissenschaftler zusammen, die sich schon lange Zeit mit der Ausarbeitung einer Konzeption der Militärreform befassen: Dr. phil. habil. Oberst Vitali Kowalewski; Dr. jur. Major der Justiz Anatoli Ptchelinzew; Dr. phil. Major Alexander Sawinkin; Dr. phil. (Historiker) Major Dmitri Trenin.

NZ. Offenbar zog es die oberste militärische Führung bislang vor, über die Perestroika in den UdSSR-Streitkräften nur im Rahmen des entstandenen Systems des militärischen Aufbaus zu sprechen. Noch vor kurzem wurden Diskussionen über eine Militärreform nicht gerade begrüßt. Jetzt scheint sich manches verändert zu haben.

V. K. Der Begriff der Militärreform wird aber oft nur auf strukturelle Veränderungen in der Armee verengt. Doch in Wirklichkeit umfaßt er einen weiten Bereich – die Militärpolitik, die Strategie und die Doktrin, die Prinzipien des Aufbaus und die Möglichkeiten für die Auffüllung der Streitkräfte, die Prinzipien der militärischen Organisation, die Formen der Ausbildung sowie der Erziehung der Militärangehörigen. Auch die Haltung zur Einschätzung der Kriegsgefahr, zur Formierung der Rüstungsprogramme und des Verteidigungshaushalts muß geändert werden.

A. S. Die Reform kann unter unseren Bedingungen ungewöhnlichen, ja einmaligen Charakter annehmen. Man wird das System der Gewährleistung der militärischen Sicherheit den sich verändernden äußeren und inneren Bedingungen anpassen müssen. Es ist erforderlich, die Gesellschaft selbst zu entmilitarisieren, ihr Vertrauen zur Armee wiederherzustellen und die Struktur einer neuen Armee in Friedenszeiten zu schaffen. Das System der politischen Führung der Streitkräfte ist zu verändern, sie müssen optimale Formen, eine optimale Zusammensetzung und Personalstärke erhalten. Dabei sind im Zuge der Militärreform auch traditionelle Fragen zu lösen: die Hebung der Kampffähigkeit und eine Verbesserung der Führung. Dazu kommt der Übergang zu neuen Organisa-

tionsformen, Auffüllungsprinzipien usw. Die Militärreform muß permanent erfolgen, auf bestimmten Etappen aber ist sie gesetzlich zu verankern.

D. T. Bei uns verspricht die Militärreform wirklich einmalig zu sein. Noch nirgends hat es eine radikale Reform eines ganzen funktionierenden Systems gegeben. Das Wichtigste ist hier meiner Meinung nach eine in sich geschlossene Konzeption oder zumindest eine anfängliche Vorstellung von den Etappen und der Richtung der Reform. Unterdes wurden bereits Versuche unternommen, ein Verteidigungsgesetz unabhängig von einer Gesamtkonzeption der Militärreform zu erarbeiten. Wird es in dieser Form angenommen, entsteht ein großes Hindernis für die Durchführung der Reform...

A. P. Ein Verteidigungsgesetz sollte man nur dann verabschieden, wenn es die Konzeption der Militärreform juristisch verankert. Sonst wird es die Probleme der Armee nicht lösen. In ein solches Gesetz aber werden in der Armee sehr große Hoffnungen gesetzt. Zu betonen ist, daß das Gesetz allein vom Verteidigungsministerium ausgearbeitet wurde, was wohl kaum annehmbar ist. Bislang ergriffen vor allem junge Volksdeputierte in Militäruniform, keineswegs aber die Generale, die Initiative für eine Militärreform. Das mittlere Glied, die Offiziere, spüren die Probleme der Armee viel akuter. Mit einer Fassadenreparatur ist es schon nicht mehr getan ebenso wie mit Aufrufen, zu „qualitativen Kriterien des militärischen Aufbaus“ überzugehen.

V. K. Ich möchte unterstreichen, daß nicht nur die Armee, sondern die gesamte Gesellschaft eine Militärreform braucht. Der militärbürokratische Apparat ist nicht nur eine Art Doppelgänger, sondern auch ein Bollwerk des gesamten administrativen Kommandosystems. Die Reform wird helfen, diese seine Bastion zu beseitigen, die Kluft zwischen der sich umgestaltenden Gesellschaft und der bei der Perestroika zurückbleibenden Armee zu überwinden. Ein solcher Rückstand kann sie ja objektiv in Opposition zur Gesellschaft bringen. Es darf nicht zugelassen werden, daß die Armee zu einer Bremse der Perestroika wird. Übrigens sind auch die Militärangehörigen mit einer solchen Rolle nicht einverstanden.

D. T. Es gibt auch äußere Faktoren, die die Notwendigkeit einer Militärreform bedingen. Und dabei geht es nicht nur um die Verbesserung der internationalen Lage. Sehr wichtig ist es, eine richtige – genaue



Sowjetische Truppen ziehen aus den osteuropäischen Ländern ab. Eine Aufgabe der Militärreform heißt sozialer Schutz der bleibenden und ausscheidenden Militärangehörigen

Foto aus: „Newsweek“ (USA)

und objektive – Vorstellung von der militärischen Bedrohung zu haben. Die militärpolitische Lage muß ständig studiert werden, man darf sie nicht *a priori* ideologisch vorprogrammieren („der Imperialismus – Quelle der Kriege“). Sonst werden wir die realen Verteidigungserfordernisse nicht klären können.

NZ. Sicher hat auch die Entwicklung in Osteuropa wesentlichen Einfluß auf die Militärreform in unserem Land. Veränderungen im Charakter der Beziehungen zwischen der UdSSR und ihren Verbündeten werden sich vollziehen. Übrigens stehen auch Veränderungen beim Status der Streitkräfte der osteuropäischen Länder bevor. In einigen verbündeten Armeen hat man die Einrichtung von Politorganen bereits aufgehoben. Sie wird durch einen juristischen Dienst und durch soziale Hilfe für die Militärangehörigen ersetzt. Dazu kommt die Funktion einer Erziehung im Geiste der Verfassung. Deshalb sollten wir über eine Veränderung des politischen Status der Armee auch in unserem Land sprechen.

A. P. Oft wird gesagt, die Armee könne nicht außerhalb der Politik stehen. Dabei verweist man auf Lenin. Doch zugleich vergißt man eine wichtige Frage: außerhalb welcher Politik und von wem? Wenn außerhalb der Politik des Staates – das kann sie nicht. Bei uns galt als Subjekt der Politik meist ausschließlich die Partei. Und in diesem System wurden die Beschlüsse in kleinstem Kreis gefaßt. Erinnern wir uns: 1962 Nowotscherkassk, 1968 Tschechoslowakei, 1979 Afghanistan, 1989 Tbilissi. Hat uns denn die Geschichte nicht klüger werden lassen? Die Armee schuldet nur den höchsten Organen der Staatsmacht Gehorsam. Eine „Entparteilichung“ der Armee ist erforderlich: Die Parteien dürfen sich in die Tätigkeit der Streitkräfte nicht einmischen. Doch die Armee bleibt nicht apolitisch. Jeder Militärangehörige muß loyal zur gesetzlichen, verfassungsmäßigen Regierung stehen.

V. K. Die Atmosphäre des politischen Pluralismus kann aber negativen Einfluß auf die Armee haben. Die politischen Leidenschaften können sich negativ auf die

Disziplin auswirken und von der Erfüllung der Dienstpflicht ablenken. Es darf nicht zugelassen werden, daß die Streitkräfte zum Schlachtfeld der verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Gruppen und Parteien werden. Die Armee ist ein Organ des Staates und läßt sich in ihrer Tätigkeit von der Verfassung leiten. Eben in diesem Geiste sind die Militärangehörigen zu erziehen.

D. T. Ich stimme der These, daß die Armee zu entpolitisieren ist, voll und ganz zu. Die Armee muß frei von Ideologie sein, muß politisch neutral werden (das heißt sie darf keinen Einfluß auf die Innenpolitik und das politische Leben des Landes nehmen.) Ein solches Modell sehen wir im Westen. Die staatsbürglerlichen Rechte der Militärangehörigen sind nur in der dienstfreien Zeit voll wirksam. Im Dienst gelten sie mit Einschränkungen. Ein bezeichnendes Beispiel: General Eisenhower legte für die Zeit seiner Präsidentschaft seinen militärischen Rang ab.

A. S. Auch ich unterstütze die Forderung nach einer Entideologisierung der Armee – mit zunehmender Entwicklung des Mehrparteiensystems. Hierbei muß die Armee unter zivile, parlamentarische Kontrolle kommen. Zugleich würde ich unsere Lage nicht idealisieren. Eine längere Übergangsphase zu dem noch zu schaffenden Rechtsstaat steht bevor. Und in dieser Phase kann die Armee objektiv nicht außerhalb der Politik stehen. Doch die Form der Teilnahme am politischen Leben der Gesellschaft muß funktional bestimmt und gesetzlich verankert sein. Bei der Militärreform ist es besonders wichtig, die Armee in eine Organisation der Gesellschaft der Bürger zu verwandeln...

NZ. Der Gesellschaft der Bürger? Sie betrachten also die Armee als Bestandteil der Gesellschaft der Bürger?

A. S. Mir scheint, dem Fortschritt wird es keinen Abbruch tun, wenn die Armee ihre eigene Position, die Möglichkeit haben wird, sie demokratisch, über das Parlament der Öffentlichkeit zur Diskussion vorzulegen. Darin sehe ich eine zusätzliche Garantie für die Unumkehrbarkeit der Perestroika, dafür, daß politische Fehler vermieden werden, in die die Armee verwirkt werden kann. Gerade aus diesen Erwägungen heraus sollte man die Armee einstweilen nicht als Subjekt des politisch-gesellschaftlichen Lebens eliminieren. Und ein weiteres Moment. Gerade wegen der komplizierten politischen Lage würde ich heute nicht, wie das einige vorschlagen, die Einrichtung der Politorgane ganz aufheben. Nach einer grundlegenden Reform und nach einem Personalabbau könnten sie durchaus zu erzieherischen Zwecken, für die wissenschaftliche und Informationssicherstellung der Armee, für die Stärkung der Verbindungen der Armee zur Gesellschaft, im Interesse des sozialen Schutzes der Militärangehörigen genutzt werden...

NZ. Oft hört man die Meinung, alle Entscheidungen zur Verteidigungspolitik, zum militärischen Aufbau und zum Einsatz der Armee sollten an den Obersten Sowjet über-

tragen werden. Doch ich meine, daß die Fragen der Führung der Streitkräfte entsprechend dem Prinzip der Gewaltenteilung den einzelnen Staatsorganen zugewiesen werden müssen.

D. T. Genau. Meiner Meinung ist es nicht ganz richtig, daß der Oberste Sowjet der UdSSR die gesamte Macht übernehmen will. Sie muß tatsächlich verteilt werden, die konkrete Verantwortung jedes Machtorgans ist festzulegen. Ein demokratischer Rechtsstaat wird erstens durch ein System der gegenseitigen Verantwortung und zweitens durch die Teilung dieser Verantwortung charakterisiert. Das gilt voll und ganz auch für den militärpolitischen Bereich. So ist in den USA der Präsident Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Landes sowie der Nationalgarde, wenn sie in den Bundesdienst gestellt wird. Zugleich steht das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, dem US-Kongreß zu. Der Kongreß finanziert die Streitkräfte, kontrolliert die Erfüllung des Militäraushalts. Überhaupt ist die Haushaltsfrage im Parlament eine sehr wirksame Form der Kontrolle. Neben der horizontalen Dezentralisierung gibt es in den USA auch eine vertikale Dezentralisierung im Rahmen der Föderation und der einzelnen Bundesstaaten. Letztere verfügen über die Nationalgarde der Land- und der Luftstreitkräfte. Die Gewaltenteilung und der im Verfassungssystem angelegte Mechanismus von „Bremsventilen und Gegengewichten“ gibt einen gewissen Schutz vor Abenteuern und Mißbrauch.

A. P. Wir besitzen tatsächlich bislang keinen Mechanismus für die Annahme und Durchführung militärpolitischer Entscheidungen. Nehmen wir den Verteidigungsrat der UdSSR. Niemand vermag heute zu sagen, was das für ein Organ ist – ein Organ der Exekutive, der Legislative, ein beratendes, ein Kontrollorgan oder aber ein Organ der strategischen Führung? Ein diesbezügliches Gesetz gibt es bislang nicht – und Klarheit auch nicht. Und so sind wir nicht sicher vor Rückfällen in eine eigenmächtige, nichtkontrollierbare Politik. Meiner Meinung nach sollte das ein beratendes Organ beim Staatsoberhaupt, dem Präsidenten, sein. Der Präsident muß Oberbefehlshaber sein. Der Verteidigungsminister sollte Zivilist sein. Das verlangen sowohl der neue politische Status der Armee als auch die Umwandlung des Warschauer Vertrages aus einem militärischen in ein politisches Bündnis.

NZ. Interessant wäre es, die Meinung von Militärwissenschaftlern über die Organisationsformen und die Auffüllungsprinzipien der UdSSR-Streitkräfte zu hören. Das ist offenbar ein zentraler Punkt der bevorstehenden Militärreform – genauer gesagt, eine Aufgabe ihrer zweiten Phase. Der Übergang zu einer Berufsarmee, zum Vertragssystem ihrer Auffüllung wird bereits von der militärischen und der zivilen Öffentlichkeit diskutiert. Die Argumente für dieses System sind recht überzeugend. Und auch die internationalen Erfahrungen zeigen, daß Berufsarmeen die Zukunft

gehört. Doch was steht einem solchen Übergang entgegen?

V. K. Vieles wirkt sich da störend aus... Das Festhalten an der gewohnten Vorstellung vom Militärdienst als einem von materiellen Erwägungen nicht belasteten „Dienst der Jugend am Vaterland“. Als ob die Dienstbezüge der Offiziere und der Fähnriche moralisch unvertragbar wären. Die Angst vor den „hohen Kosten“ einer Berufsarmee stört. Und natürlich spürt man auch, daß man „Prinzipien nicht preisgeben“ will. Ein schwerwiegendes objektives Hindernis ist die Personalstärke unserer Streitkräfte. Ohne eine bedeutende Verringerung der Personalstärke der Armee ist der Übergang zu einer Berufsarmee nicht zu bewerkstelligen. Das aber ist ein komplizierter und langwiger Prozeß. Solange sich der Prozeß der gegenseitigen Abrüstung weiterentwickelt und das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht noch gültig ist, kann man, wie ich meine, eine teilweise, allmäßliche Einführung des Dienstes auf Zeit vornehmen – zunächst bei den weitgehend technisierten Truppen.

A. P. Auch ich meine, Endziel der Militärreform muß der phasenweise Übergang zu einer Berufsarmee sein. Der Anteil der Wehrpflichtigen in der Armee muß verringert werden, doch das bedeutet nicht, daß es eine solche Kategorie überhaupt nicht geben sollte. Doch im Zusammenhang mit der Verringerung der Personalstärke in nächster Zeit sollte auch die Dauer des aktiven Wehrdienstes verringert werden. Für gläubige Wehrpflichtige, deren religiöse Überzeugungen es ihnen nicht erlauben, eine Waffe in die Hand zu nehmen, ist ein alternativer Zivildienst vorzusehen.

A. S. Von einer regulären Massenarmee mit ihren Unzulänglichkeiten muß man weg. Doch ich bin nicht davon überzeugt, daß dies in Richtung auf eine reine Berufsarmee zu geschehen hat. Meiner Meinung nach ist dies erst in ferner Zukunft möglich. In der jetzigen komplizierten Lage würde ich eine jähre, bedeutende Verringerung des Anteils der Berufsmilitärs nicht empfehlen. Das kann zusätzliche Spannungssherde in der Gesellschaft schaffen und die Armee, besonders ihr Offizierskorps, in gewissem Maße demokratisieren.

NZ. Folglich ist die Verbindung eines Berufsheeres und des Milizprinzips eine natürliche Tendenz des militärischen Aufbaus.

A. S. Erforderlich ist nicht nur eine in militärischer Hinsicht effektive Armee, sondern auch eine demokratische Armee, die der künftigen Union souveräner Staaten und Republiken entspricht. Beste Variante ist meiner Meinung nach der Übergang zu einem gemischten Militärsystem, aus Berufsheer und Milizverbänden. Der reguläre Teil der Armee muß überwiegend aus Berufsmilitärs bestehen, er erfaßt alle stark technisierten Truppen sowie die Sergeantenränge. Die Auffüllung hat mit Freiwilligen zu erfolgen, doch bei strenger Auswahl. Grundsätzlich muß der Dienst exterritorial abgeleistet werden. Das sind die Kampf-

truppen der Streitkräfte. Neben einer kleinen Berufsarmee gibt es auch eine Hilfs- und Reservearmee, deren Name die ihr übertragenen Kampf-, Ausbildungs- und andere Aufgaben widerspiegelt. Diese Komponente der Streitkräfte wird auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Territorialprinzip bei einer verkürzten Dienstzeit komplettiert. Im Rahmen dieses Systems könnte man in Zukunft die Aufstellung von Nationalgarden der Republiken vorsehen (was es erlauben würde, die zentralen und örtlichen Truppen des UdSSR-Innenministeriums nicht zu verstärken) sowie statt des kasinierten Dienstes in Militärbautrupps einen alternativen Zivildienst.

D. T. Es wäre sogar wünschenswert, daß in der Perspektive beide Komponenten auf freiwilliger Grundlage komplettiert würden – natürlich in Friedenszeiten. Übrigens bestand das Wesen der 1973–1974 in den USA durchgeföhrten Militärreform nicht nur im Übergang zu einer Berufsarmee, sondern auch darin, daß das Gesetz über den Wehrdienst außer Kraft gesetzt (doch keineswegs aufgehoben!) wurde. Und, falls erforderlich, tritt das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht wieder in Kraft.

NZ. Bei einem solchen Vorangehen sowie bei der vollen Loyalität der Armee zur verfassungsmäßigen Ordnung bedeutet der Dienst auf Zeit keineswegs Söldnerdienst. Doch Profis sind nun einmal Profis. Das bedeutet Verantwortung. Und ein solcher professioneller Dienst fördert eine bessere Qualität der Ausbildung... Also selbst nach der Entlassung aus der Armee bleiben Profis die besser ausgebildeten Reservisten. Die Verteidigungsfähigkeit insgesamt leidet folglich keineswegs, ganz im Gegenteil...

V. K. Übrigens erklären amerikanische Fachleute, die Rückkehr zum Einberufungssystem würde die jährlichen Kosten für, was die militärische Effektivität angeht, gleichwertige Streitkräfte spürbar steigen lassen.

Zum Abschluß unseres Rundtischgespräches äußerten seine Teilnehmer die Auffassung, daß die Ausarbeitung der Konzeption einer wissenschaftsgestützten Reform nur in umfassender Diskussion und bei voller Veröffentlichung ihrer Ergebnisse möglich ist. Die Militärreform geht die ganze Gesellschaft an und kann nicht Sache allein eines Ministeriums bleiben. Notwendig ist ein spezielles Organ für die Militärreform beim Obersten Sowjet der UdSSR, ein Organ, dem Vertreter seiner verschiedenen Ausschüsse angehören würden. An der Erörterung müssen sowohl die zivile als auch die militärische Öffentlichkeit teilnehmen.

Moderiert von
Rostislaw Solotarjow

Fremde

Die erste Sitzung des Obersten Sowjets in Vilnius verkündete die Unabhängigkeit der Republik. Heißt dies, daß wir jetzt in verschiedenen Staaten leben?

Die Entscheidung des litauischen Parlaments wurde zum ungünstigsten Omen für den außerordentlichen Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR. „Litauen geht“ – das klingt wie eine politische Anschuldigung. Und unwillkürlich fragt man sich, wer daran schuld ist, wen man dafür zur Rechenschaft ziehen kann. Ehrlich gesagt, braucht man nicht lange nach den Schuldigen zu suchen. Schuld sei, heißt es, die Perestroika selbst. In früheren Zeiten hätte ja, hören wir anklagende Stimmen, nichts derartiges passieren können; in früheren Zeiten habe man mehr an die Stärkung unseres Landes, nicht aber an seine Zerstörung gedacht...

Das, was sich vor unseren Augen vollzieht, läßt sich nur schwer wissenschaftlich analysieren: Wie soll man sich in dem so überaus komplizierten Prozeß, der gerade erst begonnen hat, zurechtfinden? Doch der Versuch, einen „Schuldigen“ zu finden, zeigt, daß man davon überzeugt ist, diesen Prozeß könne man leicht in den Griff bekommen. Ein rechtzeitig gefaßter Beschuß – und die Ereignisse hätten sich anders entwickelt. Eine derartige Naivität ruft nur Mitgefühl hervor. Die Erklärung des litauischen Parlaments, der Auftrag, Verhandlungen mit der Unionsexregierung über praktische Schritte zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Litauens aufzunehmen, entstanden nicht aus dem Nichts.

„Selbständigkeit und Souveränität für Litauen“ – gerade diese Losung ließ die Litauische Bewegung für die Perestroika (Sajudis) populär werden. Natürlich hatten es die Führer der Bewegung damals nicht eilig, die Forderung nach einem Austritt aus der UdSSR zu verkünden. Doch sie fürchteten nicht, die Menschen von sich abzustoßen, sondern Repressalien seitens der Behörden zu provozieren... Die Republikbehörden diskutierten noch, wie sie sich gegenüber den „Informellen“ verhalten sollten, da wurde Sajudis, die die Bereitschaft demonstrierte, sich für die Erringung der Unabhängigkeit einzusetzen, zum Träger der nationalen Idee. Gerade diese Idee führte Menschen verschiedener politischer Ansichten zu Sajudis und gab ihr eine starke Wählerbasis. Von den 116 Abgeordneten des neuen Obersten Sowjets standen 90 auf den Listen von Sajudis.

Vor zwei Jahren, als ich im Redaktionsauftrag das ganze Baltikum bereiste, war ich (unter anderem) darüber erschüttert, wie unterschiedlich unsere historischen Erfahrungen sind. Das größte Unglück, das

unser Land heimsuchte – der Überfall Hitlerdeutschlands – stellte sich vielen Esten, Letten und Litauern etwas anders dar. Ein namhafter Vertreter der estnischen Kultur sprach in seinen Kriegserinnerungen voller Zorn von den Bombenangriffen sowjetischer Flugzeuge auf Tallinn und äußerte sich durchaus wohlwollend über die deutschen Offiziere, die bei ihm zu Hause einquartiert waren. Natürlich sind Hitlers Pläne für die Kolonialisierung des Baltikums bekannt, doch zum Glück für Esten, Letten und Litauer konnten sie nicht mehr verwirklicht werden. An die Aktionen des NKWD vor und nach dem Krieg erinnert man sich dort offenbar besser als an die Untaten der Hitlerfaschisten, die „nur“ Kommunisten und Juden ermordeten.

Die Ereignisse der Jahre 1939–1940, die wir aus unserem Geschichtsbewußtsein verdrängt hatten, blieben in der Erinnerung der Balten stets lebendig. Als der Ausschuß des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR über die Geheimprotokolle zum Molotow-Ribbentrop-Pakt berichtete, die von einer imperialen Aufteilung der „Intersessensphären“ zwischen Berlin und Moskau zeugten, war das für viele – innerhalb wie außerhalb des Kongreßpalastes des Kreml – eine wahre Offenbarung. In Litauen aber hatte man bereits vor einigen Jahren alles beim Namen genannt. Und diverse Monate vor dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR hatte der Oberste Sowjet der Republik die Protokolle für juristisch hältlos und vom Augenblick ihrer Unterzeichnung an für ungültig



Die Politik des ersten Sekretärs des ZK der KP Litauens Algirdas Brazauskas brachte ihm persönlich die Anerkennung der Wähler. Doch wohl kaum hatte er einen solchen Ausgang der Abstimmung bei den Wahlen zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Republik erwartet. Bedeutet diese Niederlage das Ende seiner politischen Karriere?

erklärt. Anfang Januar d. J. beschloß der Oberste Sowjet Litauens, den Beschuß des Volkssejms vom 21. Juli 1940 über den Beitritt Litauens zur UdSSR für ungesetzlich und ungültig zu erklären. Eben auf dieser rechtlichen Grundlage wollen das neu gewählte Parlament und die neue Regierung Litauens die praktische Unabhängigkeit der Republik durchsetzen.

„Gestützt auf die berüchtigten Geheimverträge mit Hitlerdeutschland verletzte Stalins Sowjetunion auch mit ihren Taten grob die Normen des Völkerrechts“, sagte der erste Sekretär des ZK der KP Litauens Algirdas Brazauskas vor einem Monat im Opernhaus in Vilnius auf der Festansprache anlässlich des Tages der Wiedergeburt des Litauischen Staates. „Die Sowjetunion hat sich Litauen gewaltsam einverlebt. Diese Verträge und ihre Umsetzung, d. h. Okkupation und Annexion, haben für alle Zeiten tiefe Wunden in den Herzen der Bewohner Litauens hinterlassen.“ Man muß sich bewußt sein, daß Algirdas Brazauskas mit dieser Rede die Meinung eines Großteils der Litauer zum Ausdruck brachte. Am einfachsten wäre es da, auf die „Leichtgläubigkeit“ der Massen, die von ambitionierten Politikern „verführt“ worden seien, zu verweisen, doch eine solche schmerzstillende Illusion würde uns endgültig die Möglichkeit versperren, die tatsächlichen Prozesse im Baltikum zu verstehen.

Die Schwere der Stalinschen Verbrechen, die Schande und die Erniedrigung der nachfolgenden Jahre – bis hin zur Perestroika – werden jetzt deutlich, da in der historischen Erinnerung ganzer Völker diese entsetzliche Last der Vergangenheit alles andere überwiegt. Die Vergangenheit stirbt nicht, sie läßt uns nicht los. Und selbst die vernünftigen Worte „Wir haben ja noch nicht in der neuen Föderation gelebt, läßt es uns doch versuchen“ bleiben in der Luft hängen.

In Vilnius meint man es ernst, dort tagt ein Ausschuß zur Vorbereitung des Plans für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Litauens. Dabei helfen die besten Köpfe der Republik. In Moskau meint man es ebenfalls ernst. Juri Masljukow, Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, legte in der „Iswestija“ detailliert das dar, was Michail Gorbatschow bereits in allgemeiner Form zu Algirdas Brazauskas gesagt hatte: „Der Austritt aus der UdSSR wird nicht einfach und nicht leicht sein. Die Union hat ihre Interessen, die sie nicht aufzugeben gedenkt: wirtschaftliche, politische und militärische Interessen.“

In Moskau hält man vor allem das Modell für die wirtschaftliche Selbständigkeit Litauens, das nicht über eigene Energieträger und Rohstoffe verfügt und auf den Weltmärkten nicht konkurrenzfähig ist, für nicht lebensfähig. Doch Vilnius formuliert recht optimistisch Konzeptionen für eine beschleunigte Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen, wobei es hofft, bereits auf neuer Grundlage vorteilhafte Verbindungen zu den Sowjetrepubliken anzu-



Vaitautas Landsbergis, Professor am Konser-
vatorium, wurde mit den Stimmen seiner Kol-
legen von Sajudis zum Staatsoberhaupt
Litauens gewählt

knüpfen. Die Argumente des Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees wirken in Moskau, die des Ausschusses des Obersten Sowjets von Litauen in Vilnius überzeugend. Die nationale Idee verdrängt alle anderen Argumente. Man kann davon ausgehen, daß keinerlei Schwierigkeiten, die mit dem Austritt aus der UdSSR verbunden sind, die neue litauische Führung werden enthalten lassen.

Doch dieses Beispiel kann auch andere anstecken. Natürlich besitzt jede Republik das verbriegte Recht auf Selbstbestimmung. Und der Austritt einer administrativen Einheit aus einem Land wird in der Weltpraxis nichts Neues sein. So gehörte Singapur der Föderation Malaysia an und verließ sie dann. Doch das war ein reines Addieren und Subtrahieren. Etwas anderes ist die Sowjetunion, ein im Grunde einheitlicher Staat, wo alles miteinander auf das engste verflochten ist. Hier ist eine solche Operation ein sehr schmerzhafter Eingriff. Und die Möglichkeit einer tragischen Entwicklung kann von niemandem ausgeschlossen werden. Versteht man das in Vilnius? Zweifellos. Doch dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die politischen Sympathien der Wähler vom gemäßigten zum extremen Sektor verlagert haben. Das fand seinen Ausdruck in der Zusammensetzung der Deputierten. Jene, die unversöhnliche Positionen einnehmen, kamen durch. Warum? Das Massenbewußtsein wird von einem Faktor, von Ungeduld, bestimmt, und zur großen Enttäuschung der Gemäßigten wurde die Idee einer Konföderation brüsk abgelehnt.

In die Führung der Volksfronten von Estland und Lettland und der Litauischen Bewegung für die Perestroika wurden verschiedene Leute gewählt – darunter auch jene,

die mit der Union keineswegs brechen wollten und eine Formel für das Zusammenwirken suchten. Doch sie fanden keine Unterstützung, wodurch die Positionen der Unversöhnlichen gestärkt wurden.

In Litauen meint man, daß enge Verbindungen zur Union den Prozeß der Umgestaltung in der Republik nur bremsen.

In Moskau wurde gerade erst Art. 6 der Verfassung abgeändert, in Litauen aber gibt es bereits seit geraumer Zeit ein Mehrparteiensystem. Bei den jüngsten Wahlen erhielten die Sozialdemokraten 9, die Grünen 3, die Christdemokraten 2 Mandate und die Demokratische Partei 1 Mandat.

Der Oberste Sowjet der UdSSR wird sich erst in geraumer Zeit mit dem Pressegesetz befassen, in Litauen aber ist es bereits in Kraft. Glawlit, die staatliche Zensurbehörde, wurde aufgelöst, und jeder Bürger der Republik hat das Recht, eine Zeitung herauszugeben. Ein Gesetz der Republik wird den Gegebenheiten des modernen Journalismus gerecht. Es gibt gesetzliche Bestimmungen, die die staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Organisationen verpflichten, der Presse Informationen zur Verfügung zu stellen, und die es ermöglichen, Informationen gerichtlich einzuklagen. Und es gibt eine gesetzliche Bestimmung, die es einer Zeitung erlaubt, über ihre Informationsquellen die Aussage zu verweigern...

Im litauischen Eigentumsgesetz beginnt alles mit dem Recht auf Privateigentum, das vor dem genossenschaftlichen und dem Staatseigentum rangiert. Art. 11 erlaubt die Tätigkeit abhängig Beschäftigter, und Art.



Die amtierende Ministerpräsidentin Kaziema Prunskiene bildete die neue Regierung

6 verankert das Recht an geistigem Eigentum, wozu sich die Abgeordneten in Moskau nicht durchringen konnten...

In der sowjetischen Hauptstadt hat eine zurückhaltende Diskussion über die Entpolitisierung der Organe der Rechtsordnung erst begonnen, in Vilnius aber hat man allen Parteien bereits die Bildung und Tätigkeit eigener Organisationen in den Organen des Inneren, in der Staatssicherheit, beim Zoll, im Justizministerium, in der Staatsanwaltschaft, bei der Schiedsgerichtsbarkeit, der Staatskontrolle sowie in den Gerichten verboten.

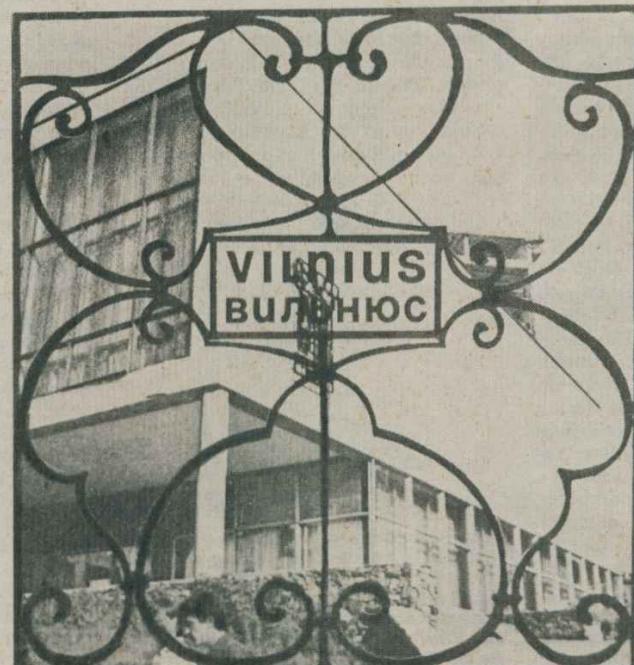
Die Sozialversicherung wird von den Gewerkschaften an den Staat übergeben. Das bedeutet ein Ende der Diskriminierung von Nichtgewerkschaftsmitgliedern, die ein geringeres Krankengeld erhalten.

Ein Gesetz über die Bank Litauens wurde verabschiedet, die unmittelbar dem Obersten Sowjet der Republik unterstellt sein wird, und die Regierung wird die Möglichkeit verlieren, die Bank einfach als Notenpresse zu benutzen.

Offensichtlich gehen die Abgeordneten in Moskau und Vilnius in die gleiche Richtung, doch unterschiedlich schnell. Wenn man einen parallelen Kurs steuern könnte...

Wenn Ehegatten keine gemeinsame Sprache mehr finden, werden sie geschieden und die vermögensrechtlichen Fragen von einem Gericht geklärt. Doch eine Ehescheidung muß nicht unbedingt von Streit und zerschlagenem Geschirr begleitet sein. Man kann auch ruhig auseinandergehen.

Leonid Mletschin



Ist das jetzt Ausland?

Miliz contra Stadtväter

Einer der ersten Schritte des neugewählten Tallinner Stadtsowjets war der Beschuß, führende Mitarbeiter der Miliz, vor allem Vertreter des russischsprachigen Bevölkerungsteils der estnischen Hauptstadt, zu entlassen

Die Zeitung „Tallinn am Abend“ berichtete von dem Vorschlag des Stadtsowjets, den Leiter der Verwaltung für Inneres (UWD) der Stadt, seinen Stellvertreter für operative Arbeit, die Leiter der Kriminalpolizei und der Abteilung für den Kampf gegen Diebstahl und Spekulation (OBChSS) zu entlassen sowie die Politabteilungen aufzulösen.

Warum? Eine Begründung hatte man parat – die Kriminalität nimmt zu, die Sicherheit der Bürger und ihres Besitzes ist gefährdet, die Dunkelziffer ist relativ hoch. Und so beschloß der am 10. Dezember 1989 gewählte neue Stadtsowjet, dem Ministerium für Inneres der Republik vorzuschlagen, führende Mitarbeiter der Tallinner Miliz zu entlassen. Zugleich wurde der Minister aufgefordert, „besagte Ämter durch fähige Spezialisten zu besetzen und die Arbeit der Verwaltung für Inneres neu zu ordnen“.

Zwei Tage nach der Sitzung des Stadtsowjets hielten die Mitarbeiter der Verwaltung eine Versammlung ab. Der Leiter der UWD von Tallinn, L. Zupsman, teilte den Kollegen mit, daß selbst für ihn die Entscheidung des Stadtsowjets völlig überraschend gekommen sei. Auf der Sitzung, zu der der UWD-Leiter nicht eingeladen wurde und zu der er aus eigener Initiative erschien, erfuhr L. Zupsman, daß er und seine Mitarbeiter „freigestellt“ seien. Die Sitzungsteilnehmer ließen dabei u. a. unberücksichtigt, daß der Leiter der Kriminalpolizei nur ein halbes Jahr im Amt ist und daß in den zwei Jahren, seit der jetzige OBChSS-Leiter im Amt ist, die Abteilung bedeutende Erfolge erzielt hat.

Die Probleme und Mängel unserer Miliz sind allgemein bekannt. Doch ist die Miliz allein schuld an Verkehrsunfällen, wenn unsere Straßen in einem derart schlechten Zustand sind und Alkohol am Steuer gang und gäbe ist? Ist die Miliz allein schuld an den wuchernden Spekulationen mit Wodka, Stereolanlagen oder importierter Wäsche? Auf alle Fragen fand der Tallinner Stadtsowjet nur eine einzige Antwort.

Übrigens forderte der Stadtsowjet nicht alle Leiter der Tallinner Miliz auf, ihren Platz zu räumen. Die Stadtväter sind offenbar zufrieden mit der Abteilung für den Kampf gegen Verbrechen an Ausländern und mit dem Dienst zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, obwohl die

Rechtsverstöße auf den Straßen um fast 300 Prozent zugenommen haben.

Doch es ergibt sich, daß nun vor allem russischsprachige Milizangehörige (sie stellen in der Tallinner Miliz mehr als 80 Prozent) entlassen werden sollen. Der Leiter der Verwaltung für Inneres teilte der Versammlung mit (ich zitiere nach einer Tonbandaufzeichnung): „In einer Tagungspause fragte ich den stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtsowjets Viliga (einen der Autoren der Entscheidung des Stadtsowjets), warum die Frage nach unseren politischen Ansichten gestellt wird. Ich würde es vorziehen, Ihnen seine Antwort nicht sagen zu müssen: Er war sehr... nein, nicht böse, sondern schroff. Wenn man sich bildlich ausdrückt, dann wissen sie nicht, wie sich herausstellt, in welche Richtung wir schauen werden.“

(Stimmen aus dem Saal): „Das ist unverständlich, übersetzen Sie das wörtlich.“

L. Zupsman wiederholte den Satz auf estnisch. In der Übersetzung lautet er so: „Wir

wissen nicht, gegen wen sie die Waffen richten werden.“

„Unsere Leute fühlen sich verunsichert“, sagte S. Iloschwili, Leiter der Kriminalpolizei der Abteilung des See-Rayons von Tallinn. „Uns aber ist klar, daß das gleiche morgen jeden von uns treffen kann. Mit einem Federstrich der Stadtmiliz die Führung zu nehmen – das ist entweder Dilettantismus oder... Mir scheint trotz allem, daß wir es hier nicht mit Dilettantismus zu tun haben, sondern mit einer auf ihre Art sehr durchdachten Entscheidung. Der Eindruck entsteht, daß wir mit einem Versuch konfrontiert wurden, für die Behörden Unbequeme zu entfernen. An ihre Stelle aber wird man nach dieser Aktion jene setzen können, die beliebige Befehle ausführen werden. Doch im Ergebnis werden nicht die Stadtväter leiden, sondern die einfachen Menschen. Niemand wird sie schützen können außer uns, und wir kennen unsere Pflicht. Deshalb schützen wir, wenn wir uns heute vor unsere führenden Vertreter stellen, im Grunde alle unsere Bürger vor Willkür.“

Die Tallinner Milizionäre erhielten ein Telegramm von Kollegen aus Riga: „Der politische Charakter dieser Aktion steht außer Zweifel. Im Namen der Angehörigen der Rigaer Miliz bekunden wir euch unsere Solidarität und garantieren jede

Hilfe im Kampf für Gerechtigkeit.“ Das Telegramm wurde von der Führung der Rigaer UWD unterzeichnet.

Die Versammelten verhielten sich angemessen und ließen sich nicht von Emotionen beherrschen. Sie machten sogar auf folgende paradoxe Situation aufmerksam: Der Stadtsowjet faßte seinen Beschuß, ohne sich um einen Mechanismus für seine Verwirklichung zu kümmern. Doch wenn man sich in der UWD weigern wird, ihn zu erfüllen – wie, mit welchen Mitteln, auf was und auf wen gestützt, werden die Stadtväter ihre Entscheidung durchsetzen können?

Die Versammlung in der UWD endete mit der Verabschiedung einer Resolution. In ihr wurde die Entscheidung des Stadtsowjets als „politische Provokation zur Destabilisierung des moralischen Klimas in den Milizkollektiven der Stadt, zur Schürung



Zeichnung: Gussein Magomajew

eines zwischennationalen Konflikts, der zur Schmälerung der Rechte und der Würde der russischsprachigen Mitarbeiter der Tallinner Miliz führen kann...“, bezeichnet. Dem Stadtsowjet wird das Mißtrauen bekundet und den entlassenen Mitarbeitern der UWD volles Vertrauen erklärt. Die Resolution lehnt einen Proteststreik ab (ihm hatten einige Mitarbeiter der Miliz vorgeschlagen) und hält eine andere Form, um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen, für möglich: „Dienst nach Vorschrift“, d. h. nur von und bis, ohne Überstunden und ohne Eifer. Man kann sich unschwer vorstellen, was uns dann erwarten würde...

* * *

Das, was in Tallinn geschah, läßt einen nicht nur über die zwischennationalen Differenzen in der estnischen Hauptstadt nachdenken. Ich meine, diese Situation nimmt Ereignisse der nächsten Zukunft in vielen Regionen unseres Landes vorweg. Ein realer Machtwechsel hat sich vollzogen. Wie wird die neue Macht mit den Organen des Innenministeriums, des KGB und mit den Gerichten verfahren? Nicht ausgeschlossen, daß man sie in der neuen politischen Realität als politische Gegner, als verdeckte Opposition, als Stütze der alten Ordnung ansehen wird. Man kann wohl davon ausgehen, daß dann Entlassungen nicht nur nach der nationalen, sondern auch nach der Parteizugehörigkeit vorgenommen werden. Und zum Unterschied von den alten Zeiten, da die Fragebogenzeile „Mitglied der KPdSU“ eine erfolgreiche Karriere ermöglichte, wird die gleiche Zeile nun zu einer Art Berufsverbot.

Es gibt da die Idee – sie wurde schon wiederholt geäußert –, daß die Organe zum Schutz der öffentlichen Ordnung, der Rechtspflege und der Staatssicherheit zu entpolitisieren sind. Die Parteien haben sich vom Arbeitsplatz zurückzuziehen – dort müssen Profis bleiben, deren Arbeit man nach den Ergebnissen, nicht aber nach Angaben aus Fragebögen bewerten wird. Diese Profis müssen sozial geschützt sein, müssen das Recht haben, sich an ein Gericht, an eine Gewerkschaft zu wenden,

Das, was in der estnischen Hauptstadt geschah, ließ die Tallinner Milizionäre eine eigene Gewerkschaft bilden. Obwohl der juristische Status und die Rechte dieser Organisation noch nicht klar umrisse sind, werden es die Behörden schwer haben, die Meinung der Gewerkschaft, die Mitarbeiter der Organe des Inneren vereint, zu ignorieren.

Und natürlich darf all das nicht im Selbstlauf geschehen. Notwendig ist ein durchdachtes gesellschaftliches Programm für eine Entpolitisierung, das möglicherweise auf längere Zeit angelegt ist. Demokratie darf nicht einen Verzicht auf die sozialen, ökonomischen und Bürgerrechte des einzelnen bedeuten – eben das wollten, wie mir scheint, die Mitarbeiter der Tallinner Miliz sagen.

*Mark Lewin
TALLINN*

Kapitalismus, Sozialismus, Postsozialismus?

Das administrative Kommandosystem hat sich das Volkseigentum angeeignet. Wie kann es das Volk wiedererlangen?

Prof. Dr. jur. habil.

Wladik Nersessjan

Meinungen über den Sozialismus gibt es heute mehr als genug. Die einen sagen, man müsse vom „defor-mierten“ zum „wahren“ Sozialismus übergehen und von da zum Kommunismus. Andere meinen, man müsse die Fundamente für den Sozialismus erst noch schaffen, und das, was gegenwärtig existiert, sei nicht einmal ein „wahrer“, sondern überhaupt kein Sozialismus. Dritte vertreten die Ansicht, die Kasernenhofordnung des „klassischen“ Sozialismus sei ein großes Glück für die Menschheit. Und eine vierte Kategorie sieht im Sozialismus eine Sackgasse der Entwicklung der Zivilisation und empfiehlt, zum gesunden kapitalistischen Weg zurückzukehren.

Dabei geht es weniger um das, was wir erreichen wollen und auf welche „glückliche Zukunft“ wir Anspruch erheben. Wesentlicher ist die Antwort auf die Frage: Was hat das reale Wesen des Sozialismus dem Menschen zu bieten? Welche Zukunft hat er? Wie sieht die Logik seiner historischen Entwicklung aus? Mir scheint, daß sich diese Fragen beantworten lassen, wenn man die Konzeption des **Postsozialismus** akzeptiert. Mit diesem Begriff bezeichnen wir kurz und präzis jene Gesellschaftsordnung, die den Sozialismus ablösen wird. Hierbei werden wir davon ausgehen, daß es sich bei der Gesellschaftsordnung, die sich in der Sowjetunion (und in unterschiedlichem Grad auch in einigen anderen Ländern beim Aufbau des Sozialismus) herausgebildet hat, um den echten Sozialismus handelt. Gemeint ist damit eine Gesellschaftsordnung, bei der das Privateigentum besiegt und die Herrschaft des sozialistischen Eigentums errichtet wurde. In ökonomischer Hinsicht bedeutet Sozialismus nichts anderes.

Die Geschichte entwickelt sich von der Ungleichheit zur Gleichheit einer immer größeren Anzahl von Menschen. Aus dieser Sicht betrachtet, steht der Sozialismus auf einer höheren Stufe als der Kapitalismus. Das bourgeoise Privateigentum stellt

nämlich einen Ausdruck der ökonomischen Ungleichheit bei rechtlicher Gleichheit der Individuen dar. Das Prinzip des Sozialismus und des sozialistischen Eigentums besteht im Fehlen ökonomischer Ungleichheit. Was die Gleichmacherei betrifft, so widerspricht sie diesem Prinzip nicht, ja sie wird sogar von ihm diktiert. Die Gleichmacherei trägt nämlich Konsumtscharakter. So groß die Vorzüge der Gleichmacherei auch sein mögen, auf die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel wird sie nicht ausgedehnt. Niemand (keine Person, keine Gruppe usw.) verfügt im Sozialismus über Produktionsprivilegien, d. h. über ein separates Privateigentum an Produktionsmitteln. In diesem Sinne gibt es im Sozialismus auch keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Das sozialistische Eigentum ist Eigentum, das der ganzen Gesellschaft, dem Volk insgesamt gehört, aber keinem einzelnen. Dadurch ist seine Entfremdung bedingt, denn es gehört eigentlich „niemandem“. Hieraus röhrt auch seine Politisierung, seine „Verstaatlichung“, da das sozialistische Eigentum logisch und real nur in allgemein-abstrakter staatlicher Form ausgedrückt werden kann, da der Staat insgesamt die einzige offizielle allgemein-abstrakte Form des Ausdrucks und der Vertretung der Gesellschaft und des Volkes insgesamt, also „aller zusammen“, darstellt. Die staatliche Form des Ausdrucks des sozialistischen Eigentums bedeutet jedoch keineswegs, daß der sozialistische Staat ähnlich dem bürgerlichen über ein eigenes Eigentum verfügt, das nur ihm allein gehört und vom Volkseigentum getrennt ist. Wäre das so, hätten wir keinen Sozialismus, sondern Staatskapitalismus. Und obwohl sich das administrative Kommandosystem das Eigentum des ganzen Volkes usurpiert und angeeignet hat, hat der Staat im Ergebnis dieser Usurpation keine Eigentumsrechte erlangt, und das einzige Subjekt des sozialistischen Eigentums bleibt das Sowjetvolk.

Die Krise des sozialistischen Eigentums hat endgültig den Beweis dafür erbracht, daß es radikal verändert werden muß. Und

es ist auch klar, daß es in ein Eigentum von Subjekten umzuwandeln ist. Eine solche Individualisierung des sozialistischen Eigentums ist nur in zwei diametral entgegengesetzten Richtungen möglich: zurück zur ökonomischen Ungleichheit in Form des Privateigentums von Individuen oder Gruppen, oder vorwärts zur Durchsetzung eines neuen Typs ökonomischer und rechtlicher Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft.

Schlagen wir diesen Weg zurück ein, würden wir damit zugeben, daß der Sozialismus ein historischer Fehler war. Diese Rückkehr erfordert ein Verfahren der Umwandlung des sozialistischen Eigentums „aller“ in Privateigentum von Personen, Gruppen, Kollektiven, Regionen usw. Bei einer solchen Aufteilung des sozialistischen Eigentums werden die einen mehr, andere weniger und viele gar nichts abbekommen. Die Besitzenden würden dadurch in die maximal vorteilhafte Lage von Monopolisten versetzt werden. Die Lage der Besitzlosen dagegen wäre viel schlechter als bei der Gleichmacherei. Und kein sozialer Rettungsdienst könnte die Folgen einer derartigen Polarisierung kompensieren. Die Unausweichlichkeit und gleichzeitig damit die Unrechtheit dieser Folgen der Privatisierung des sozialistischen Eigentums sind offensichtlich. Das wäre jedoch ein fruchtbare Feld für Streiterei, Zwist und Eigentumskriege, in die alle hineingezogen werden.

Unserer Ansicht nach kann man auf diesem Weg maximal bis zur multistruktuellen NÖP zurückkehren, um sich wieder davon zu überzeugen, daß vom Sozialismus kein Weg zurück zum Kapitalismus führt, und wiederum die Richtung zum monostrukturellen Sozialismus einschlagen.

Die Logik der Entwicklung des Sozialismus erfordert einen Übergang vom Prinzip fehlender ökonomischer Ungleichheit in der Gesellschaft zum Prinzip der Anerkennung der ökonomischen Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft. Das bedeutet, daß jeder Sowjetbürger unentgeltlich als Eigentümer eines für alle gleichen Teils des zu „entstaatlichen“ sozialistischen Eigentums anerkannt werden muß.

Gleiches Bürgereigentum – das ist der einzige im Sozialismus zulässige und gleichzeitig absolut gerechte (d. h. dem Prinzip der rechtlichen Gleichheit entsprechende) Weg für alle zur Anerkennung des individuellen Eigentums an Produktionsmitteln. Gerade deshalb, weil hierbei jeder, nicht nur einige, zu Eigentümer wird, ist dieses gleiche Bürgereigentum schon kein Privateigentum mehr. Das ist auch keine Gleichmacherei, sondern das Prinzip der neuen rechtlichen Gleichheit.

Das Bürgereigentum läßt sich mit einem gleichen Beitrag jedes Bürgers zum gemeinsamen Eigentum aller Mit-

glieder der Gesellschaft an den Produktionsmitteln im Land vergleichen. Hierbei ist jeder ein gleichberechtigter Eigentümer und Aktionär, der als solcher das Recht auf einen gleichen Anteil an allen Geldeinkünften aus allen Formen der entgeltlichen Nutzung von Objekten des vergesellschafteten Eigentums hat.

Die Umwandlung des gesellschaftlichen Eigentums „aller zusammen“ in eine juristische Konstruktion des gemeinsamen Eigentums der Bürger bedeutet folgendes:

– Jeder Bürger hat Anspruch auf einen gleichen Anteil am Eigentum hinsichtlich aller Objekte des gesellschaftlichen Eigentums.

– Jeder Bürger hat Anspruch auf einen gleichen Anteil an den Zahlungen aus der Gesamtsumme, die den Eigentümern für alle Arten der Nutzung aller Objekte des gesellschaftlichen Eigentums zustehen.

Nach der Einführung des Bürgereigentums muß für jede Art der Nutzung von Objekten des gemeinsamen Eigentums der Bürger bezahlt werden. Diese Zahlungen werden allen Bürger zu gleichen Teilen zugute kommen. Die periodische Verteilung dieser Geldeinkünfte unter die Bürger könnte beispielsweise über einen zentralen Fonds des Bürgereigentums oder auf eine andere Weise erfolgen. Wesentlich hierbei ist, daß diese Einkünfte den Eigentümern, also den Bürgern, direkt zugeleitet werden, nicht aber dem Staat, dessen Haushalt sich unter diesen Bedingungen ausschließlich auf Steuern stützt, die auf alle Formen von Einkommen erhoben werden.

Auf dem Boden des Bürgereigentums werden Eigentumsunterschiede entstehen und sich entwickeln, ohne die es keine Ware-Geld-Beziehung, keine Marktwirtschaft und kein Wachstum des Wohlstands der Individuen und der Gesellschaft insgesamt geben kann.

Pacht, Kollektivbetriebe, Arbeitsgemeinschaften, Bauerngenossenschaften, individuelle Produktion usw. stellen effektive Formen der Wirtschaftstätigkeit dar. Der Weg vom sozialistischen Eigentum zu ihnen führt jedoch über das gleiche Bürgereigentum.

Der Sozialismus ist eine Übergangsordnung. Es wurde angenommen, daß die Beseitigung der ökonomischen Ungleichheit des Kapitalismus und die Schaffung des sozialistischen Eigentums einen Schritt in Richtung Kommunismus darstellen. Von der realen Geschichte wurde das jedoch nicht bestätigt. Jedenfalls liegt der Höhepunkt der maximal möglichen Sozialisierung und Kommunisierung des Eigentums und des Lebens historisch gesehen hinter uns.

Bei der historischen Bewegung von der Ungleichheit zur Gleichheit nimmt der Sozialismus jedoch tatsächlich eine Zwischenstellung, eine Übergangsstellung ein. Das liegt daran, daß das Fehlen der

ökonomischen Ungleichheit als Prinzip des Sozialismus nur eine Negierung der vorangegangenen Ungleichheit darstellt, nicht aber die Durchsetzung einer neuen Gleichheit. Nach diesem anfänglichen Halbschritt muß die Vollendung, das positive Element, folgen, die Erreichung und Durchsetzung der neuen Gleichheit.

Gerade durch den negativen Charakter des Prinzips der fehlenden ökonomischen Ungleichheit sind die beispiellosen Schwierigkeiten im Prozeß der Herausbildung und Durchsetzung des Sozialismus verbunden. In diesem Prinzip sind alle Verbote der Epoche, die Quellen der Gewalt, Rechtlosigkeit und Unfreiheit konzentriert. Hierin stecken auch die Wurzeln des hausbackenen Totalitarismus.

Die Existenz des Sozialismus als Übergangsordnung ohne Übergang hat zu Stagnation und Krise geführt. Der Sozialismus demonstriert die quälende Dialektik des historischen Fortschritts: Eine Gesellschaft, die unter großen Opfern die frühere ökonomische Ungleichheit überwunden hat, ist zum Gefangen der eigenen Errungenschaften geworden und im negativen Stadium seines sozialhistorischen Übergangs stecken geblieben, denn es gibt schon keinen Weg mehr zurück, aber der vorhergesagte Weg nach vorn ist nicht zu sehen.

Die Bewegung zur Gleichheit führt zum Recht, da das Prinzip der Gleichheit das Grundprinzip jedes Rechts ist. Rechtliche Gleichheit und Gleichmacherei schließen einander aus. Recht kann es überhaupt nur dort geben, wo es freie, unabhängige Individuen gibt. Und die rechtliche Gleichheit ist das gleiche Maß für die individuelle Freiheit nach einem für alle gleichen Maßstab. Damit tritt das Recht als Mathematik der Freiheit in Erscheinung.

Die Errungenschaften des Sozialismus lassen sich jedoch nur mit einem solchen Recht in Übereinstimmung bringen, das neben der formellen Gleichheit aller Individuen gleichzeitig auch deren ökonomische Gleichheit hinsichtlich der Objekte des vergesellschafteten Eigentums anerkennt. Das ist schon kein bourgeois Recht (sondern postsozialistisches), ebenso wie das gleiche individuelle Bürgereigentum nicht mit dem bourgeois Privateigentum gleichzusetzen ist.

Dieser schwere Weg zum Recht ist zugleich auch der Weg zum gleichen individuellen Eigentum. Eine Gesellschaftsordnung mit so einem Eigentum und einer solchen Rechtsgrundlage kann nur auf der Basis der Errungenschaften des Sozialismus entstehen. Das aber ist dann kein Sozialismus, sondern Postsozialismus.

Die Profi-Werbung ...

Auf den Seiten unserer Wochenzeitschrift finden Sie Informationen und Meinungen über sowjetische und internationale Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Wir reservieren Ihnen jetzt auch Platz für Ihre Werbung.

„N E U E Z E I T“

Jede Woche 48 Seiten. In 10 Sprachen in mehr als 100 Ländern. Gezielte Werbung in aller Welt. Eine Werbe-Chance für Profis. Unsere Zeitschrift auch für Sie!

... in die „Neue Zeit“

„Nova doba“: Unsere Ausgabe in der CSSR

Allen, deren Muttersprache Tschechisch ist, und allen, die diese Sprache lernen beziehungsweise ihre Tschechisch-Kenntnisse auffrischen wollen, empfehlen wir, regelmäßig „Nova doba“ zu lesen.

Wenn Sie in der Bundesrepublik Deutschland leben,
schicken Sie Ihren Abonnementwunsch bitte an die Firma

**Kubon und Sagner GmbH,
Postfach 340 108,
8000 München 34**

■ Das Jahresabonnement kostet 129.00 DM.

„Neue Zeit“ in Griechisch

Seit Januar 1988 bringt die Firma Nei Keri (Athen, Griechenland) die NZ in Griechisch heraus. Erscheinungsweise: Einmal monatlich, 12 Hefte pro Jahr. Die griechische Ausgabe der NZ kann man problemlos abonnieren. Schicken Sie bitte an die Firma

Nei Keri Elladas

(Nikis-Straße 24, 105 57, Athen, Griechenland) einen Scheck oder überweisen Sie auf ihr Konto Nr. 104/470838-57 bei der Nationalbank von Griechenland S.A., Syntagma-Platz, Filiale 10, Servias-Straße 6, das Geld für das Jahresabonnement – 25 US-Dollar – und geben sie dabei Name, Anschrift und Telefon an.
■ Wie gesagt: Ein Jahresabonnement kostet 25 US-Dollar.

Der Einzelpreis eines Heftes beträgt 2,10 US-Dollar (incl. Postgebühren).

Denunzianten und ewige Werte

Die Zeitung „Sowjetische Jugend“ (Lettland) veröffentlichte ein einzigartiges Material: eine Beichte des abgedankten Mitarbeiters des operativen Dienstes der Miliz B. Krasnow, die zugleich Bericht über die Untersuchung des eigenen Falls ist. B. Krasnow setzte sich bei Erreichung des gebührenden Dienstalters im Innenministerium zur wohlverdienten Ruhe, wollte jedoch nicht den Kampf gegen die Verbrecherwelt aufgeben. Völlig freiwillig und sogar uneigennützig wurde er, wie er selbst schreibt, zu einem „Residenten“ im Lager von Goldaukäufern. In Wirklichkeit war er natürlich kein Resident, sondern ein nicht festangestellter Mitarbeiter der Organe des Innenministeriums. Die Freiwilligen dieser Art werden gemeinhin Denunzianten genannt. Auf den Beichtenden paßt das Wort vielleicht nicht ganz, aber solche Under-Cover-Agenten, Informanten und wie sie alle heißen, gehören sämtlich in die gleiche Kategorie. „Verschiedene Wege führen die Menschen zu dieser Arbeit“, meint der Autor. Die einen täten das aus Überzeugung, für andere sei das eine zusätzliche Verdienstmöglichkeit (es gibt einen Spezialfonds), wieder andere seien bei der Miliz schlecht angeschrieben. Diese letzteren rufen bei unserem Agenten aus Überzeugung „einen gewissen Ekel“ hervor. Die Geschmäcker sind eben verschieden. Mir persönlich sind sie beinahe sympathisch: Sie hatten nämlich keine Wahl.

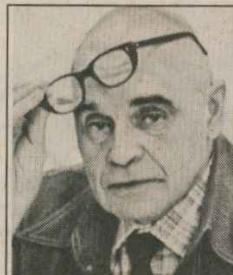
Heißt das, daß ich gegen diejenigen bin, die Verbrecher entlarven helfen? Gegen die selbstvergessenen Tscheka-Leute oder Agenten der Kriminalpolizei, die auf unserem Bildschirmen unter Einsatz ihres Lebens in Banden eingeschleust werden? Nicht ganz. Aber lassen wir unseren „Residenten“ selbst sprechen:

„Wenn ein solcher Apparat guten Zielen dient, dem Schutz der Interessen von Staat und Volk, der Aufdeckung von Verbrechen, ist er notwendig. Wenn er aber in den Dienst bestimmter Personen gestellt und zu persönlichen Zwecken mißbraucht wird, stellt er eine **furchtbare Kraft** dar.“ (Hervorgehob. v. mir – J. F.)

Da haben wir's. Wo ist die Garantie, daß „ein solcher Apparat“ an der ersten Variante festhält und nicht zur zweiten hinabgleitet? Er ist ja geheim, dieser Apparat von Zuträgern und Agenten, ein unkontrollierter, vogelfreier Apparat. Gewiß, die Miliz kontrolliert ihn im Prinzip. Aber eben nur im Prinzip. Gerade das macht seine „furchtbare Kraft“ aus. Denken wir doch an die ruhmreiche Tscheka-Geschichte zurück. Welcher Kontrolle wurde sie nicht alles unterstellt! Der staatlichen. Der parteilichen. Und? Es geschah das, was unvermeidlich ist, wenn keine Kontrolle durch das Gesetz besteht. Wie kann aber Geheimes und Ungezeitliches kontrolliert werden?

Alles schön und gut, wie sind jedoch Verbrecher zu überführen und zu fangen? In weißen Handschuhen? Offenbar bleiben sie nicht lange blütenweiß. Also braucht man auch nicht unumgängliche Agententätigkeit romantisch auszuschmücken, wenigstens solange es sich nicht um den Bildschirm, sondern um den harten Alltag der Kriminalpolizei handelt. In diesem Alltag ist wohl so manches notwendig, wenn auch nicht alles erlaubt. Es gibt, es muß bestimmte Grenzen geben, die man nicht übertreten darf, und sei es um des großen Ziels willen, etwa Goldaukäufer zu entlarven.

Ich fühle aufrichtig mit dem Beichtenden mit, der, obwohl im Besitz seiner wohlverdienten Rente, sich dazu entschlossen hatte, Resident zu werden, seine Mission ehrlich ausübte, aber in einen Konflikt mit der Leitung geriet und das hart büßen mußte. Man wollte ihm unbedingt einen Fall an den Leib hängen. Die ganze Beichte handelt von der „Abrechnung mit einem Residenten“ (so der Titel des Zeitungsartikels). Man habe ihm Waffen zugescho-



**Systeme,
die außerhalb
des Rahmens
des Gesetzes,
geheim und von
der Gesellschaft
unkontrolliert
wirken, sind zum
Lügen verurteilt**

ben, ihn verhaftet, ihm auf das barbarischste Geständnisse abgerungen. Da waren aufreibende Verhöre, die Bearbeitung in einer Zelle mit Kriminellen und Folterungen. Man muß jedoch B. Krasnows Mut und die Selbstaufopferung seiner Ehefrau würdigen. Er gab nicht nach, sie ließ ihn nicht im Stich.

Wie gesagt, fühle ich mit dem einfachen Bürger B. Krasnow mit. Freilich war dieser Ausgang vorhersehbar, sowohl durch das System der geheimen Zusammenarbeit als auch durch Krasnow selbst. Er schreibt: „Als ich in der Miliz tätig war, wurden solche Operationen mit Waffenzuschieben ebenfalls durchgeführt. Ich weiß noch, wie ich in der wissenschaftlich-technischen Abteilung eine Pistole entlieh, wenn das notwendig war, und sie über einen unserer Männer übermittelte, worauf der ‚Schuldige‘ festgenommen wurde. Damals führte ich einen Befehl aus... Ich überlegte nicht erst lange... Irgendwie mußten schließlich gewisse Leute überführt werden.“ (Hervorgehob. v. mir – J. F.)

Irgendwie mußten schließlich zu Beginn unserer Geschichte Siege in den Klassenkämpfen errungen werden. Es galt, die Konterrevolution um jeden Preis niederzuhalten, Saboteure, Schieber und Rowdys zu überführen; das Recht kam dabei leider nicht immer zu seinen Rechten. Im Kampf – zuerst gegen Feinde ganz kurz, dann gegen die Volksfeinde – waren alle

Methoden gut. Bucharin muß, nach heutigen Darstellungen zu urteilen, sanft wie die Taube gewesen sein. Seine Genossen aus den Reihen der „Leninschen Garde“ waren aufrichtige Menschen, der Partei unbedingt ergeben. Ihre Schicksale sollten sich schrecklich vollenden. Leider aber gruben sie sich ihr Grab selbst, auch das wissen wir inzwischen aus zahlreichen historischen Dokumenten, ihren eigenen Reden bei Parteitagen, Konferenzen und Sitzungen sowie ihren Befehlen und Resolutionen: Feinden gegenüber „kann man und darf man“ so ziemlich alles.

Wie sich erweist, genügen auch die aufrüttigsten, heiligsten persönlichen Überzeugungen nicht. Es gibt objektive Werte, die man nie, unter keinen Umständen preisgeben darf. Wie jemand sagte: „Ich muß für die Heimat sterben, niemand wird mich aber zwingen, für die Heimat zu lügen.“ Die Leninsche Garde log, sie belog die Klasse, die Welt, sich selbst. Systeme, die außerhalb des Rahmens des Gesetzes, geheim, von der Gesellschaft unkontrolliert wirken, sind von Anfang an zum Lügen verurteilt. Auf diese Weise handelten von Anfang an die vielen Partei- und Tscheka-Apparate; leider auf diesen Prinzipien beruhen militante Orden, diverse Logen, Cliquen und Mafias. Wenig angenehme Kollegen und Zeitgenossen, aber was soll's, Prinzip bleibt Prinzip, früher oder später zeitigt es eindeutige Resultate.

Pater Brown bei Chesterton sagte einmal: „Man kann sich auf gleicher Ebene des Guten halten, niemandem gelang es jedoch, sich auf gleicher Ebene des Bösen zu halten.“ Ein großartiger Ausspruch, weil er die ewigen Wahrheiten und Werte bestätigt, mit denen die Menschheit gereift ist. Wäre die Menschheit nur von den Erfordernissen des Kampfes von Sippen, Stämmen und Klassen ausgegangen, ohne Ewiges und Gutes hinter sich zu haben, so wären wir, lieber Leser, kaum Leser geworden.

Der Fall Krasnow ist natürlich einzigartig. Um so mehr bestätigt er die Gesetzmäßigkeit, die in der Zeit der allgemeinen Reue in aller Munde ist: Krumme Wege führen zum Unheil. Unvermeidlich. Die Gesellschaft als Ganzes und jeden, der diesen Pfad betritt.

Juri Feofanow

Orientierung auf Morgen

Ist der Weltfriedensrat den Herausforderungen der Zeit gewachsen?

Wladimir Orjol

Enspriicht diese globale Form der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität der friedliebenden Kräfte, die vor 40 Jahren entstanden ist, den Gegebenheiten von heute?

Diese Fragen sind nicht plötzlich aus dem Nebel aufgetaucht, sondern werden schon seit langem von den Mitgliedern des Weltfriedensrats (WFR) diskutiert. Ihre Aktualität verschärft sich durch die stürmische revolutionäre Entwicklung in den osteuropäischen Ländern. Die Friedenskomitees der Länder der „sozialistischen Gemeinschaft“, die anfangs eine recht große Rolle bei der Bestimmung der allgemeinen politischen Orientierung des WFR, aber auch bei der organisatorischen und materiellen Unterstützung seiner Tätigkeit gespielt haben, machen gegenwärtig eine Periode tiefgreifender und schmerzhafter Veränderungen durch. Es ist deshalb klar, daß die Bestimmung des Platzes und der Rolle des WFR in der Welt von heute für diese Organisation eine Frage des Überlebens geworden ist.

Aber nicht nur der WFR befindet sich heute in einer kritischen Situation. Mehr oder weniger betrifft das praktisch alle internationalen Organisationen, die der Gewerkschaften, der Frauen, der Jugend, der Studenten, der Journalisten u. a., besonders jene, deren Hauptquartiere sich in Berlin, Budapest und Prag befinden.

Alarmierende Zeichen

Die Frage nach der notwendigen Erneuerung des WFR wurde schon vor vier Jahren bei einer Sitzung des Rates in Sofia offen gestellt. Die sowjetischen Vertreter waren die Initiatoren.

Es geschah freilich fast dasselbe wie mit der Evolution des Inhalts der sowjetischen Perestroika. Zunächst betrachtete man das Problem viel einfacher, später traten immer mehr Komplikationen auf. Die Kritik am WFR konzentrierte sich zunächst hauptsächlich auf die Formen und Methoden der Arbeit sowie auf den Führungsstil. Die Konzeption an sich wurde vom Standpunkt der Programm- und Organisationsstruktur keiner ernsthaften Analyse unterzogen.

Die ruhmreiche Vergangenheit des WFR, die mit so bekannten Namen seiner Gründer wie Frederic Joliot-Curie, John Bernal, Ilja Ehrenburg, Isabelle Blume und anderen hervorragenden Vertretern humanistischer Ideale der Nachkriegszeit, mit



der historischen Unterschriftensammlung unter dem Stockholmer Appell zur Achtung der Atomwaffen, mit der aktiven antikolonialen Position, mit der Solidaritätsbewegung für die Beendigung des Vietnamkrieges und anderen großen Aktionen in Verbindung gebracht wird, schuf die Überzeugung von einer großen Stabilitätsreserve. Aber die in der WFR-Führung verwurzelte Überzeugung von der Rechtmäßigkeit ihrer Sache und dem alleinigen Anspruch, im Namen der gesamten Friedensbewegung der Welt zu sprechen, hinderte den WFR, die neue Wirklichkeit in der sich verändernden Welt nüchtern zu betrachten.

Ein alarmierendes Zeichen war Anfang der 80er Jahre zu beobachten, als sich im Westen eine neue, nichttraditionelle Friedensbewegung auf der Welle des Protestes gegen die „Euroraketen“ herausbildete. Sie stand nicht nur außerhalb der eingefahrenen WFR-Strukturen, sondern legte ihm gegenüber Zurückhaltung und sogar eine gewisse ablehnende Haltung an den Tag. Anstelle einer kritischen Selbstanalyse und dem Streben nach Zusammenarbeit um des gemeinsamen Ziels willten entfachte die WFR-Führung und viele Mitgliederorganisationen einen „kalten Krieg“ gegen die „fremde“ Bewegung, in der sie Spalter sahen. Die Einheit wurde dabei als politisch-ideologischer und organisatorisch monolithischer Uniformismus auf der WFR-Plattform nach dem Prinzip betrachtet: Wer eine Meinung vertritt, die sich von unserer unterscheidet, und nicht unserer Organisationsstruktur angehört, der ist gegen uns, und wir werden uns dementsprechend verhalten.

Gleichzeitig verengte sich die sozialpolitische Basis vieler nationaler Friedenskomitees, die sich dem WFR angeschlossen hatten. Das hing u. a. mit der sich vertiefenden Krise in der internationalen kommunistischen Bewegung und dem Festhalten an sektiererischen und dogmatischen Positionen durch viele kommunistische Parteien, unter deren Einfluß oder direkter Kontrolle einige Friedensorganisationen bis heute noch stehen. Wenn man dem noch einen

solchen Faktor, wie die gewachsenen persönlichen Ambitionen einer Reihe von Mitgliedern der WFR-Führung, hinzufügt, dann wird klar, daß die Lösung dieses komplizierten Problemkomplexes mit halbherzigen Maßnahmen nicht möglich ist.

Und wieder drängt sich der Vergleich zur sowjetischen Perestroika auf, wo sich alle dafür aussprechen, die einen grundlegende Veränderungen anstreben, andere im Gegenteil nach dem Prinzip handeln: Erneuerung ohne Veränderung.

Allerdings leidet jeder nackte Vergleich an Schematismus und birgt die Gefahr, die übrige Welt durch seine eigene nationale Brille zu betrachten. Für uns ist die Idee, daß die Welt von heute den Zustand ihrer bipolaren Spaltung und Konfrontation überwindet und zur multilateralen Interdependenz und Zusammenarbeit tendiert, daß die internationalen Aktivitäten von der Priorität allgemeinmenschlicher Werte ausgehen müssen, heute schon zu einer Banalität geworden, obwohl sie erst kürzlich als Entdeckung gefeiert wurde. Allerdings wird sie längst noch nicht von allen als absolute Wahrheit akzeptiert.

Die Politik der Einnahme in innere Angelegenheiten und selbst Aggressionen (als jüngstes Beispiel wäre die US-amerikanische Invasion in Panama zu nennen) ist für viele keine abstrakte Theorie, sondern Realität. Viele von denen, die wir zu Recht als Friedenkämpfer bezeichneten, haben ihr Wohlergehen und sogar ihre persönliche Sicherheit auf Spiel gesetzt, ohne dabei an die „große Politik“ zu denken. Sie kämpften gegen das konkrete Böse, von dem es noch genug in der Welt gibt.

Wir wollen nicht die Augen verschließen vor dem vorhandenen Unverständnis und der Verwirrtheit, die die scharfe Wende in der sowjetischen Außenpolitik bei vielen Vertretern des linken Spektrums, besonders in der dritten Welt, ausgelöst hat. Sie kommen sich im Zuge der sowjetisch-amerikanischen Entspannung verlassen vor. Diese Realität ist auch für den WFR typisch, der sich immer schon durch die Universalität (zumindest in geographischer Hinsicht) der ihm angehörenden Kräfte auszeichnete. Das schafft zusätzliche objektive Schwierigkeiten für die Realisierung der Veränderungen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß viele Leute die Kritik am WFR und die Vorderung nach grundlegenden Veränderungen beinahe als feindliche Kampagne auffaßten, wie sie dauernd von der NATO-Propaganda betrieben wurde. Öl ins Feuer gossen zudem noch einzelne Stimmen, die erklärten, man solle den WFR einfach auflösen.

„Happy End“ in Athen

In dieser angespannten Atmosphäre fand im Februar eine WFR-Tagung in Athen statt, an der ca. 500 Vertreter von Friedensbewegungen aus etwa 100 Ländern teilnahmen. Würde man die Arbeit des Forums eingehend beschreiben wollen, käme ein spannender Roman dabei heraus: entfesselte Leidenschaften in den Couloirs, demonstratives Verlassen des Sitzungssaals durch eine Gruppe westlicher Delegierter, deren radikale Positionen nicht auf das erwartete Verständnis trafen, reale Gefahr der Spaltung und schließlich ein „Happy End“.

Freilich waren nicht alle mit diesem glücklichen Ausgang zufrieden, denn ein Kompromiß bleibt eben ein Kompromiß. Die „goldene Ära“ einstimmiger Beschlüsse unter stürmischem Beifall gehört aber schon der Vergangenheit an. Wenn es jemand mit seinen Vorderungen nach tiefgreifender Demokratisierung des WFR ehrlich meint, muß er den Meinungpluralismus als Realität und Kompromißlösungen als einzigen Weg für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit akzeptieren.

Und dennoch hat die Tagung von Athen einen ernsthaften Schritt in Richtung radikaler Veränderungen getan. Die wichtigste Arbeit steht noch bevor, denn die Veränderungen müssen in konkreten Taten zum Ausdruck kommen. Jetzt wurden die konzeptuellen und strukturellen Möglichkeiten geschaffen, die im Statut des WFR, das als Charta bezeichnet wird, verankert sind.

Festgestellt werden kann ein Abgehen vom alten – wenn nicht offiziellen, so doch tatsächlichen – Verständnis des WFR als Superstruktur, die sich nach dem Vorbild einer Partei auf eine Hierarchie von Leistungsorganen und Leitern und interne Strukturen stützt, die von „oben nach unten“ beinahe auf der Basis des demokratischen Zentralismus durchorganisiert sind.

Das Wort „Organisation“, bezogen auf den WFR, mußte Begriffe wie „Bewegung“, „Forum“ und „Koalition“ weichen. Solche offenen und flexiblen Strukturen lassen sich nicht aus einem Zentrum leiten. Man kann lediglich von der Koordinierung der Tätigkeit auf verschiedenen Ebenen sprechen.

Deshalb ist der Beschuß, die praktische Arbeit des WFR nach dem Regionalprinzip zu dezentralisieren, um sie vor allem auf der Ebene der Regionen und Subregionen unter Berücksichtigung der konkreten Besonderheiten, Bedürfnisse und realen Möglichkeiten zu planen und zu koordinieren, von Bedeutung. Die Basis für die Bildung von Aktionsprogrammen des WFR dürfen keine „oben“ verab-

schiedeten globalen Direktiven sein, sondern konkrete Initiativen von „unten“, die weniger grandios, dafür aber um so konkreter sind und von den Friedensbewegungen der verschiedenen Länder selbst hervorgebracht werden.

Die verstärkte Orientierung auf die Mitgliederorganisationen ist auch in den neuen Formierungsprinzipien der internationalen Koordinierungsorgane des WFR enthalten. Nun werden nicht mehr konkrete Personen gewählt, sondern Organisationen, die selbst bestimmen, wen sie als Vertreter delegieren.

Von jetzt ab wird es keinen hauptamtlichen Dauerpräsidenten geben. Den neuen Grundsätzen zufolge wird ein Gremium gewählt, das in der Regel ein Jahr lang präsidiert. Für die bevorstehende Amtsperiode wurde das Griechische Komitee für internationale Entspannung und Frieden für würdig befunden, das von Evangelos Macheras, einem in Griechenland bekannten parteilosen Rechtsanwalt, geleitet wird.

Der WFR ist natürlich auch am Beitrag einzelner Personen interessiert. Mitglied des Rates können nicht nur Bewegungen, Organisationen oder Gruppen werden, die auf internationaler, nationaler oder anderweitiger Ebene wirken, sondern auch Einzelpersonen, die den Sonderstatus von Ehrenmitgliedern erhalten.

Die neue, bedeutend vereinfachte und demokratische Struktur ist kein Selbstzweck, sondern ein wissenschaftlicher, adäquater Ausdruck des erneuerten Wesens des WFR. In der Charta bezeichnet sich der

WFR selbst als „offenes, demokratisches Forum für Dialog, Zusammenarbeit, Zusammenwirken und gegenseitige Unterstützung souveräner und unabhängiger Bewegungen und Organisationen, die sich für Frieden, Abrüstung, Solidarität einsetzen, verschiedener humanitärer, ökologischer, wissenschaftlicher, kultureller, religiöser, Arbeiter- und anderer Bewegungen und Organisationen sowie einzelner Personen ohne jegliche Diskriminierung aus ideologischen, politischen oder andern Motiven.“

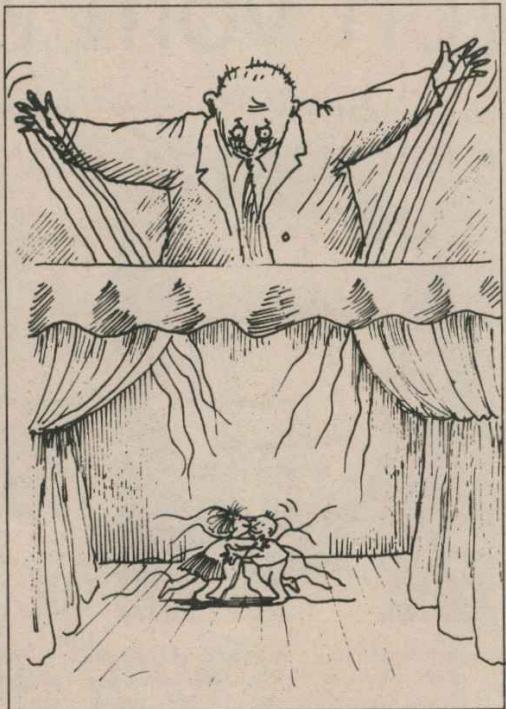
Offenheit und Unvoreingenommenheit, Toleranz und Achtung gegenüber Meinungsverschiedenheiten und eine zeitgemäße Auslegung des Begriffes „Frieden“, der sich nicht nur auf das Fehlen von Kriegshandlungen beschränkt, bilden das Credo des erneuerten WFR.

Es gibt noch eine wichtige Neuerung, die auf die Gewährleistung einer realen Unabhängigkeit des WFR ausgerichtet ist und eine lebenswichtige Bedeutung für die Existenz des Rates unter den neuen Bedingungen hat. Die bisher übliche Praxis der Finanzierung der Tätigkeit des WFR, die fast ausschließlich aus den Beiträgen der Friedenskomitees sozialistischer Länder, vor allem der UdSSR, bestritten wurde, ist nicht nur aus politischer und moralischer Sicht falsch, sondern inzwischen unmöglich geworden. Die gesamte Tätigkeit des WFR muß nach und nach auf das Prinzip der Eigenfinanzierung umgestellt werden. Gefragt ist ein neues geschäftsmäßiges Herangehen an die Sammlung und Erarbeitung von Mitteln.

Das ist eine komplizierte Aufgabe. Die Tagung in Athen war jedoch in finanzieller Beziehung eine prinzipiell neue Erscheinung in der WFR-Praxis. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, trugen alle Teilnehmer ihre Unterkunftskosten selbst. Die meisten, besonders die Vertreter aus Industrieländern, kamen auch selbst für ihre Transportkosten auf. Jeder Teilnehmer leistete einen Registrierbeitrag in Höhe von 40 US-Dollar zur Bezahlung der Pachtgebühren für die Räume, die Vervielfältigungstechnik und die Dolmetscherleistungen. Natürlich kann man nicht alle über einen Kamm scheren. Deshalb wurde ein Solidaritätsfond eingerichtet, an dem sich auch das Sowjetische Friedenskomitee beteiligte, um Bedürftigen zu helfen.

Der WFR orientiert sich auf die Zukunft. Die von den Delegierten gebilligten Veränderungen, insbesondere die der Organisationsstruktur, tragen experimentellen Charakter und müssen in der bevorstehenden Übergangsperiode erprobt werden. Das Vorwort ist geschrieben, aber wie soll es weitergehen?

In schweren Zeiten mangelt es nicht an Zweifeln und Pessimismus. Man darf aber nicht nur sehen, wo man gegenwärtig steht, sondern auch, wohin man sich bewegt.



Zeichnung: Viktor Bogorad

HELSINKI

Präsentiert von
Dr. jur. habil.
Valeri SORJKIN

Die im nachstehenden publizierten Auszüge aus Vaclav Havels Publizistik zeigen uns eine weitere Facette im vielseitigen Schaffen dieses Menschen, den bis vor kurzem nur einige von uns als einen tschechoslowakischen Schriftsteller, Dissidenten und Menschenrechtler kannten. Seine Dramen waren in den Ländern, die sich sozialistische Gemeinschaft nannten, tabu. Seine Publizistik und seine sozialphilosophischen Essays blieben einem breiten Leserpublikum unbekannt.

Indessen fielen schon Havels erste analytische Arbeiten, „Über die dialektische Metaphysik“ und „Anatomie des Gags“, die vor mehr als einem Vierteljahrhundert erschienen, dadurch auf, daß der Autor an die Analyse sozialer, politischer, ethischer und ästhetischer Probleme auf seine eigene Art heranging, die sich von den damals übli-

chen Kanons stark unterschied. Charakteristisch für diese Werke, die späteren philosophischen Artikel, die in die Sammelbände „Für die Identität des Menschen“ (London 1984) und „Nach fremden Ländern“ (Scheinfeld 1989) aufgenommen wurden, wie auch für seine Dramen war der offenkundige Unglaube des Autors an abstrakte Begriffe und Zukunftsvorstellungen, die wie eine Fata Morgana lokken und ebenso wie eine Fata Morgana verschwinden, ohne den Menschen zum Ziel zu führen. Keine abstrakten Begriffe, vielmehr der konkrete Mensch, sein Heute, sein Alltag mit all seinen Sorgen und Hoffnungen, seinem Leid und Freud müßten jeder Politik zugrunde liegen. Die Krise der menschlichen Identität, der Schwund der Vorstellung von sich selbst, seinen Kräften und Möglichkeiten seien, so Havel, eine schwere Krankheit, Ergebnis des langen Lebens in Gesellschaften, die er selbst „posttotalitär“ nennt und die sich zwar von den klassischen

Diktaturen unterscheiden, aber dennoch ebenfalls auf Lüge fußen.

Ist aber eine solche Lebensweise nicht schon an und für sich unnatürlich? In seinem Essay „Die Kraft der Kraftlosen“ (1978) stellt Havel diese Frage und antwortet auf sie: Der Mensch müsse mit Lügen leben, könne jedoch nur deshalb dazu gezwungen werden, weil er fähig sei, so zu leben. Dies wiederum deshalb, weil er seinen Wahrheitsdrang eingebüßt habe, hinter den unzähligen kleinen Sorgen und Beschäftigungen des Alltags die weiten anzustrebenden Horizonte nicht mehr sehe und nicht wisse, wozu er imstande sei. Man müsse dem Menschen helfen, zu sich zurückzufinden.

Vaclav Havel entschied diese Frage für sich schon längst, als Bürger wie auch als Schriftsteller. Seine Dramen und publizistischen Werke machten ihn weltbekannt, seine Teilnahme an den Bewegungen der Menschenrechtler in der CSSR brachte ihm ins-

Politische Gedanken
des 20.
Jahrhunderts

gesamt fünf Jahre Gefängnis ein, ein weiteres Buch, „Briefe an Olga“, das auch den Briefwechsel des eingekerkerten Schriftstellers mit seiner Frau enthält, und die Achtung seiner Mitbürger, die ihn am 29. Dezember 1989 zum Präsidenten der Tschechoslowakei wählten.

Der Essay „Das Wort vom Wort“ wurde am 25. Juni 1989 geschrieben und bei Havels Auszeichnung mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels verlesen. Er selbst konnte an der Verleihung nicht teilnehmen. Havels Äußerungen über schöpferisches Schaffen stammen aus seinem Interview-Buch „Ein Verhör aus der Entfernung“.

Das Wort vom Wort

Vaclav Havel

Im Anfang war das Wort, lehrt uns die erste Seite eines der wichtigsten Bücher, die wir kennen. Diesem Buch zufolge liegt die Quelle alles Seienden im Wort Gottes. Gilt das nicht auch für alles menschliche Tun? Ist das Wort nicht auch in unserem Fall die Urquelle all dessen, was wir darstellen, mehr noch, die Ur-Grundlage jener kosmischen Seinsform, deren Name Mensch ist? Der Geist, die menschliche Seele, unser Selbstbewußtsein, die Fähigkeit zur Verallgemeinerung und zum begrifflichen Denken und dazu, die Welt als Welt (und nicht nur als Umwelt) aufzunehmen, schließlich unsere Fähigkeit, in dem Bewußtsein, daß wir sterben werden, weiterzuleben – kann es nicht sein, daß all das durch das Wort vermittelt, ja von ihm womöglich direkt erschaffen wurde?

Wenn wir das Wort Gottes als Quelle jeder göttlichen Schöpfung ansehen, ist auch jener Teil dieser Schöpfung, der Menschengeschlecht heißt, nur dank einem anderen Wunder Gottes, dem Wunder des menschlichen Wortes, das, was es ist. Wenn in diesem Wunder noch dazu der Schlüssel zur Geschichte der Gesellschaft liegt,



könnte sogar sein, daß es das erste nur deshalb ist, weil es zugleich das zweitere ist; denn wenn das Wort kein Instrument der Kommunikation zwischen zwei oder mehr menschlichen Ichs wäre, hätte es dieses Ich wahrscheinlich überhaupt nicht gegeben.

All das haben wir eigentlich gewissermaßen immer gewußt oder wenigstens geahnt; die Empfindung einer besonderen Bestimmung und Gewichtigkeit des Wortes lebt offenbar seit unvordenklichen Zeiten im Unterbewußtsein des Menschen... Auch Wörter haben ihre Geschichte.

So gab es Zeiten, da das Wort Sozialismus für ganze Generationen von Erniedrigten und Unterdrückten ein magnetisches Synonym für eine gerechtere Welt wurde und die Menschen für das Ideal, das dieses Wort ausdrückte, bereit waren, Jahre ihres Lebens und sogar das Leben selbst zu opfern. Ich weiß nicht, wie es in Ihrem Land (BRD – **Anm. der Red.**) bestellt ist, aber in meiner Heimat ist dieses Wort, d. h. das Wort Sozialismus, schon längst ein ganz gewöhnlicher Knüppel, mit dem Neureiche und an nichts glaubende Bürokraten den Rücken ihrer freidenkerischen Mitbürger von Morgen bis Abend bearbeiten und sie

„Feinde des Sozialismus“ und „antisozialistische Elemente“ schimpfen. In Wirklichkeit ist dieses Wort in meinem Land seit langem eine unheilige Zauberformel, die man lieber nicht gebraucht, wenn man sich nicht verdächtig machen will. Vor kurzem war ich in einer völlig spontanen, von keinerlei Dissidenten organisierten Kundgebung. Ihre Teilnehmer protestierten dagegen, daß die schönsten Ecken in Prag an irgendwelche australischen Millionäre verschachert werden. Als ein Redner, der sich stürmisch gegen dieses Vorhaben wandte, seine Mahnung an die Regierung verstärken wollte und betonte, er kämpfe um seine Vaterstadt im Namen des Sozialismus, wurde in der Menge gelacht. Nicht etwa, weil die Menge gegen eine sozial gerechte Gesellschaftsordnung war. Sondern deshalb, weil sie ein Wort hörte, das von einem Regime, das nur dazu imstande ist, die Menschen zu manipulieren und zu demütigen, seit vielen Jahren in allen möglichen und unmöglichen Zusammenhängen als Beschwörung benutzt wird.

Wörter können erstaunliche Schicksale haben. Ein und dieselbe Kategorie freiheitliebender, mutiger Menschen kann mal deshalb ins Gefängnis wandern, weil ein bestimmtes Wort für sie etwas bedeutet, mal deshalb, weil dasselbe Wort schon nichts bedeutet, weil es, einst Symbol einer besseren Welt, inzwischen Redeübung eines nicht gerade gescheiten Diktators ist.

Nicht ein einziges Wort, wenigstens nicht in jenem etwas metaphorischen Sinne, in dem ich hier das Wort „Wort“ gebrauche, enthält nur das, was ein etymologisches Wörterbuch ihm zuordnet. Ein jedes enthält auch den Menschen, der es ausspricht, die Umstände, unter denen es ausgesprochen, und den Grund, warum es ausgesprochen wird. Ein und dasselbe Wort kann große Hoffnung atmen oder die Todesstrahlen ausstrahlen. Ein und dasselbe Wort kann einmal glaubwürdig und einmal Lüge sein, einmal ermuntern und ein anderes Mal betrügen, einmal herrliche Perspektiven eröffnen und ein anderes Mal das Gleis zu ganzen Archipelen von Konzentrationslagern legen. Ein und dasselbe Wort kann einmal ein Baustein der Welt sein, ein anderes Mal aber das Echo von MG-Garben... Ich komme endlich zu dem schönen Wort „Frieden“.

Seit 40 Jahren lese ich es in unserem Land auf jedem Dach, in jedem Schaufenster. Seit 40 Jahren wird in mir wie auch in allen meinen Mitbürgern eine Allergie gegen dieses schöne Wort gezüchtet, weil ich weiß, was diese 40 Jahre gebracht haben:

machtvolle und immer machtvolle Armeen, die angeblich den Frieden schützen.

Entgegen diesem langwierigen Prozeß der systematischen Ausöhlung des Wortes „Frieden“, ja seiner völligen Umdeutung, bis es einen ganz anderen Inhalt bekommt als den ihm laut Wörterbuch zustehenden, entgegen all dem gelang es einigen Don Quijotes aus der „Charta 77“ und einigen ihrer jüngeren Kollegen aus der Unabhängigen Friedensbewegung, dieses Wort zu rehabilitieren und ihm seine ursprüngliche Bedeutung zurückzugeben.

Allerdings mußten sie für diese semantische „Perestroika“, dafür, daß sie das Wort „Frieden“ vom Kopf auf die Beine stellten, zahlen. Fast alle jungen Führer der Unabhängigen Friedensbewegung mußten ein paar Monate einsitzen. Das hatte jedoch Sinn: Ein wichtiges Wort wurde vor totaler Entwertung gerettet. Das ist, wie ich zu erklären versuche, bei weitem nicht nur die Rettung eines Wortes. Das ist die Rettung von etwas, das für viele Menschen viel wichtiger ist.

Alle wichtigen Ereignisse der realen Welt, schöne wie ungeheuerliche, beginnen immer mit einer Ouvertüre aus Worten...

Der Mensch hat es sich angewöhnt, stolz zu denken, daß er als Gipfel und Krönung der Schöpfung die Natur völlig verstehe und mit ihr alles tun könne, was er will.

Er denkt stolz, als vernunftbegabtes Wesen könne er seine eigene Geschichte völlig durchschauen und deshalb ein glückliches Leben für alle planen; daß ihm all das berechtigt, jeden, dem dieser Plan nicht gefällt, vom Weg zu fegen: angeblich um einer besseren Zukunft für alle willen, einer Zukunft, zu der er den einzigen richtigen, den einzigen echten Schlüssel gefunden habe.

Er denkt stolz von sich, daß er, da er heutzutage das Atom zu spalten vermag, eine Vollkommenheit erreicht habe, daß ihm die Gefahr der atomaren Rivalität und erst recht atomarer Kriege nicht drohe.

In all diesen Fällen hat sich der Mensch tragisch geirrt. Das ist schlecht. Aber in all diesen Fällen beginnt er, seinen Irrtum einzusehen. Und das ist gut.

Von all dem gewitzigt, sollten wir alle gemeinsam stolze Wörter angehen und in Wörtern, die demütig wirken, nach dem Kukkucksei des Stolzes suchen.

Es ist klar, daß das bei weitem nicht nur eine linguistische Aufgabe ist. Als Aufforderung zur Verantwortung für das Wort und gegenüber dem Wort ist das eine zutiefst moralische Aufgabe...

(Gedruckt nach: „Vlasta“ Heft 4/1990)

Über mein Schaffen

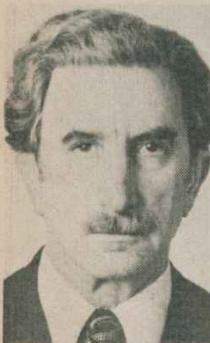
In meinen Theaterstücken findet man kaum ein feines Gewebe von Ambiente, Stimmung und Nebel, eine reiche Skala von fein abgestuften Situationen oder das Eindringen in die geheimnisvoll komplizierten Regungen der menschlichen Seele... Schon rein äußerlich, auf den ersten Blick kann man feststellen, daß meine Dramen bewußt, absichtlich und offen konstruiert, daß sie gleichsam mechanisch sind. Das führt nicht daher, daß ich etwa einst, als angehender Schriftsteller, kaltblütig beschlossen hätte, nur so, nur auf diese originelle Weise zu schreiben; vielmehr kam das von allein, ging aus meinen Neigungen und Vorlieben, meiner Natur hervor... Ob ich es nun will oder nicht will, plane

oder nicht plane, kehrt in meine Dramen ständig – fast wie der Herr des Hauses und folglich keineswegs zufällig, sondern aus dem Wesen jener Aspekte der Welt her aus, die mich als ihr Sprachrohr gewählt haben – das Hauptthema wieder: das Thema der menschlichen Identität. Dieses Thema ist traditionell mit dem Theater verbunden, im Grunde spricht jedes Theater eigentlich nur davon, wer als was maskiert geht und wer was in Wirklichkeit ist; in jedem Theater, von der Antike bis zum heutigen Tag, finden wir das Offenbare, Entschleiern, Erkennen des wahren Gesichts eines Menschen.

Die Aufgabe des Theaters, wie ich sie verstehe und zu lösen versuche, besteht nicht darin, jemandem das Leben leicht

zu machen durch positive Helden, denen man kühn all seine Hoffnungen anvertraut und das Theater beruhigt in dem Gefühl verläßt, diese Helden würden es schon schaffen. Das wäre, glaube ich, ein Bärendienst... Ich versuche etwas anderes: den Menschen auf das rücksichtsloseste in die Tiefe seiner Probleme zu stürzen, denen er nicht ausweichen kann und die ihn so oder anders ereilen, ihn auf seine eigene Armut, auf meine Armut, unser aller Armut mit der Nase zu stoßen. Und ihn so daran zu erinnern, daß es an der Zeit sei, etwas zu unternehmen. Der einzige Ausweg, die einzige Lösung, die einzige Hoffnung von Wert ist, was wir selbst, in uns selbst und für uns selbst finden.

Aus dem Buch
„Verhör aus der Entfernung“



Der Historiker Dr. phil. habil. **Jakow Drabkin**, einer der dienstältesten sowjetischen Germanisten, leitet nun das kürzlich gegründete Zentrum für deutsche Geschichtsstudien.

Professor Drabkin inspirierte und gründete dieses Zentrum dafür, um „weiße Flecken“ in der Geschichte zu tilgen, die Entwicklung der Germanistik in der Sowjetunion zu fördern sowie akute Probleme der deutsch-russischen und deutsch-sowjetischen Beziehungen zu erörtern. Die neue Organisation, die sich zwar Zentrum nennt, beabsichtigt jedoch keine Monopolisierung oder Zentralisierung der Forschung. Sie wird in erster Linie ein Koordinierungsgremium sein, an das sich Wissenschaftler der UdSSR, der DDR und der BRD mit ihren Ideen, Initiativen und Vorschlägen wenden können.

Das Zentrum ist auch dazu aufgerufen, eine gesellschaftlich-politische Organisation mit deutlich ausgeprägter Position zu werden. Es hat schon eine Erklärung abgegeben, in der es die gerechtfertigten Forderungen der Sowjetdeutschen unterstützt. Es wurde auch eine Deklaration verabschiedet, die die Tätigkeit chauvinistischer und pseudopatriotischer Kräfte verurteilt.

Nachdem er 1941 die Geschichtsfakultät der Moskauer Lomonossow-Universität absolviert hatte, ging Jakow Drabkin an die Front. Nach vier Jahren Krieg diente er weitere fünf

als Offizier in der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Später unterrichtete er an der Militärakademie und arbeitete als Redakteur. Schließlich widmete er sich 20 Jahre lang der Forschungsarbeit an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Der 68-jährige Ex-König von Rumänien **Mihai** hofft, bald in seine Heimat zurückkehren zu können, und zwar nicht als Tourist, sondern als konstitutioneller Monarch.

Dieser Mann kann auf eine stürmische politische Vergangenheit zurückblicken. Er regierte Rumänien bereits zweimal. Das war in



den 20er Jahren als Kind und 1940, als er die Macht wieder übernahm, die man ihm zuvor geraubt hatte. Mihai traf auch mit Hitler zusammen, war während des zweiten Weltkrieges sein Bündnispartner und schickte rumänische Truppen

in den Kampf gegen die Anti-Hitler-Koalition. 1944 trat er auf die Seite der Alliierten über, wofür er den Orden des Sieges in der Sowjetunion erhielt und nach der Niederlage Nazideutschlands seinen Thron behalten konnte. Am 30. Dezember 1947 zwang man ihn dennoch, eine Thronverzichtserklärung zu unterzeichnen.

Seither lebt Mihai in der Schweiz. Der erfahrene Pilot zog allerdings das Schicksal und die Einkünfte eines Elektronikfabrikanten vor, um seinen fünf Töchtern ein standesgemäßes Auskommen zu sichern. Mihai neigt dazu, den Ergebnissen einer Meinungsumfrage wenig

Bedeutung beizumessen, wonach sich die meisten Rumänen gegen eine Rückkehr des Monarchen in die Heimat ausgesprochen haben. Der König hofft, daß ihn die Bevölkerung mit Jubel empfängt...



Die Bücher der Dichterin und Bürgerrechtskämpferin **Irina Ratuschinskaja** „Grenzenlos“, „Bleistift-Briefe“, „Nein, ich fürchte mich nicht“ und „Grau ist die Farbe der Hoffnung“ sind nur im Westen bekannt. Kritiker sehen in ihr eine Erbin der literarischen Traditionen Pasternaks, Mandelstams und der Achmatowa. Im April d. J. erscheinen beim Knopf Verlag ihre Memoiren unter dem Titel „Am Anfang“, die in 15 Sprachen übersetzt werden sollen.

Irina Ratuschinskaja wurde 1983 wegen „antisowjetischer Propaganda“, die man in ihren Gedichten gefunden zu haben glaubte, verhaftet und verurteilt: 7 Jahre Lager und 5 Jahre Verbannung. Im Oktober 1986 erlangte sie ihre Freiheit wieder. Im Zusammenhang mit einem KSZE-Treffen stand sie im Zentrum der Aufmerksamkeit einer internationalen Menschenrechtskampagne.

Jetzt lebt die 35jährige Dichterin in London. Sie hat weder ihre literarische noch politische Tätigkeit aufgegeben. Im April 1989 formierte sie zusammen mit anderen politischen Emigranten die Gruppe „Demokratie und Unabhängigkeit“.

Journalist und Mitglied der DVPA

Zum Jahrestag des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan wurde im sowjetischen Fernsehen der Film gezeigt „Afghanistan: ein Jahr ohne die Sowjets“. Der Autor dieses Films ist der stellvertretende Vorsitzende des Journalisterverbandes, Chefredakteur der Zeitung „Sabawoon“ und Herausgeber der Wochenzeitschrift „Akhbar-i-Haftha“ Dr. **Zahir Tanin**.

Der ausgebildete Arzt, 34, arbeitet seit 11 Jahren als Journalist. Er reiste viel durchs Land, war in Herat, Kandahar, Jalalabad, Host, Badakhshan und nahm auch an Kampfhandlungen teil.

Im vorigen Jahr, als die sowjetischen Truppen abgezogen wurden, verließen auch viele Vertreter der afghanischen Intelligenz das Land. Wer blieb, wurde von der Frage gequält: Was wird passieren, wenn die Opposition aus Peshawar an die Macht gelangt? In einer besonders schwierigen Lage fanden sich jene wieder, die für die Revolution gekämpft hatten. Zahir blieb in der Heimat und gründete die unabhängige Zeitschrift „Akhbar-i-Haftha“.

„Ich hatte schon damals begriffen“, erzählte Dr. Tanin, „daß der einzige mögliche Weg der Dialog ist. Wir, die Mitglieder der DVPA, können nicht das Wahrheitsmonopol beanspruchen. Deshalb schlagen wir in unserer Wochenzeitung allen vor, gemeinsam nachzudenken.“

Zahir Tanin wollte ein Buch schreiben und darin erklären, daß weder die Mujaheddin noch die DVPA das Land aus der gegenwärtigen Situation herausführen können, wenn sie keine gemeinsame Sprache finden. Und dann wurde ein Film daraus.

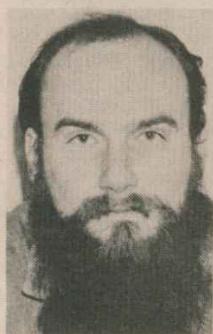
„Im Film habe ich nicht versucht, für einen Staat Afghanistan unter Führung der DVPA zu agitieren. Afghanistan ist nicht nur ein Land der DVPA. Seine Bürger leben auch in Peshawar und im Westen. Das ist das Haus aller Afghane.“

Mein Film handelt nicht davon, welches Regime das Land erwartet, sondern davon, ob bald Frieden sein wird. Nicht das Schicksal der DVPA und auch nicht das Schicksal der Mujaheddin bewegt mich, sondern das Schicksal des ganzen Landes. Jetzt haben Sie selbst zugegeben, daß der Einmarsch Ihrer Truppen in unser Land ein Fehler war. Es war aber auch ein Fehler unserer Führung, Sie darum zu ersuchen. Geirrt haben jene, die um militärische Unterstützung bat, und jene, die sie leisteten, aber nicht unser Volk und Ihre Soldaten, denen befohlen wurde zu kämpfen.“

I. Lagunina
Kabul – Moskau



„Ich würde es vorziehen, einfache Hausfrau zu sein und Gedichte zu schreiben“, sagte sie. „Politik ist wie Geschirrspülen. Ob man will oder nicht, auch das muß gemacht werden. Ich habe geschworen, solange nicht zu schwitzen, bis der letzte politische Häftling frei ist...“



Der Nachfahre von Kubankosaken, in deren Sippe es viele Atamane gab, der 29jährige **Georgi Kokunko**, wurde zum Truppenschreiber der Kosaken-Landsmannschaft in Moskau gewählt. Das wurde bei der konstituierenden Versammlung des Wojskowoj krug beschlossen.

Nach einem Studium an der Moskauer Hochschule für geologische Erkundungen arbeitete Georgi drei Jahre lang in Expeditionen. Dann aber kehrte er zu seinem langgehegten Traum zurück, die in Moskau lebenden Kosaken zu vereinen.

„Bei unserer Vereinigung haben wir uns keinerlei politische Ziele gesetzt“, sagte Georgi. „Unsere Aufgabe sehen wir darin, die reiche Geschichte und Kultur der Kosaken wiederzubeleben, die 1916 noch gut vier Millionen zählten und in den Jahren nach der Revolution fast völlig ausgerottet wurden. Bis heute ist praktisch nichts über das Schicksal der Kosaken bekannt, die 1945 – 1946 auf Verlangen Stalins von der Tschechoslowakei und Jugoslawien an die Sowjetunion ausgeliefert wurden.“

Um den Mut der Kosaken ranken sich Legenden. Franzosen, Spanier und Italiener schickten ihre Leute zu den Saporoshern, damit sie bei den Kosaken in die Lehre gingen. In Japan, England und Deutschland wurden Versuche unternommen, Kosakeneinheiten aufzustellen.

Zu den Plänen der Landsmannschaft gehören die Wiedergeburt des Moskauer Kosakenhofes und die Einrichtung einer Reitsportbasis. Die Truppältesten und Atamane wurden schon gewählt.“

Der Brite **Leonard Ceshire**



befabt sich schon seit mehr als 40 Jahren mit der Einrichtung von Heimen für jugendliche Behinderte. Kürzlich schloß er eine Vereinbarung über den Bau eines Heims in der Nähe von Moskau ab, das für ihn schon das 271. ist. Die Fer-

tigmodule werden aus Großbritannien geliefert. Die Eröffnung des Behindertheims, das aus privaten Spenden betrieben wird, ist für den 1. September 1990 vorgesehen.

Leonard Ceshire ist Teilnehmer des zweiten Weltkrieges und Träger der höchsten militärischen Auszeichnung Großbritanniens, des Victoria-Kreuzes. In Moskau konnte er noch ein weiteres Vorhaben realisieren. Die sowjetische Regierung schenkte ihm einige Tonnen Metall, die bei der Demontage von Mittelstreckenraketen anfielen. Diese Gabe reicht aus, erklärt Ceshire, um 100 Millionen Kugelschreiber zu fertigen. Zwei Drittel des

durch ihren Verkauf erzielten Erlöses sollen einem Fonds für Katastrophenopfer zugute kommen. Jeder Kugelschreiber wird eine Nummer bekommen, jeder zur Erinnerung an einen Kriegstoten... Ceshire beabsichtigt außerdem, eine teure Serie herstellen zu lassen, extra für die Unterzeichnung von Friedensverträgen.

Ceshire träumt davon, die Kugelschreiber je zur Hälfte aus dem Metall abgewrackter sowjetischer und amerikanischer Raketen herzustellen. Ein entsprechender Brief an das Verteidigungsministerium der USA blieb bislang unbeantwortet.



Die ehemalige Staatsbürgerin Polens **Barbara Piasecka-Johnson** will 100 Millionen Dollar in die Gdansker Werft investieren, die früher den Namen Lenins trug.

Den Namenssatz und ein gewaltiges Vermögen dazu bekam sie, als sie die Frau des Milliardärs S. Johnson wurde. Volle Verfügungsgewalt über die Millionen erhielt sie allerdings erst nach dem Ableben ihres Mannes. Die Ansprüche der sechs Kinder Johnsons aus erster Ehe wurden vor Gericht abgelehnt. Den Prozeß zu gewinnen, hatten ihr Aktionsgruppen geholfen, die vorwiegend Landsleute gebildet hatten. Polnische Melodien klangen schon immer in ihrer Seele. In der Familienkapelle hängen beispielsweise zwei Glocken: „Für meinen Mann, den größten Freund Polens“ und „Solidarnosc '80“.

Ein Freund Rajewskis



Seit 38 Jahren hat es keine Puschkin-Gesellschaft in der UdSSR gegeben. Die 1952 in Leningrad aufgelöste Organisation war im Februar d. J. unter Leitung von Dmitri Lichatschow in Moskau wiedergegründet worden. Der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft **Oleg Karpuchin** war seinerzeit gerade deshalb zum Kulturfonds gekommen, um beim Wiederaufbau der Organisation zu helfen. Damit wollte er den Traum seines Freundes und Lehrers in der Puschkinforschung Nikolai Rajewski realisieren, eines bedeutenden Wissenschaftlers, der viele Jahre in der Verbannung zubringen mußte und immer noch nicht rehabilitiert wurde.

Mit Rajewski schloß Oleg in Alma-Ata Bekanntschaft, wo er als stellvertretender Abteilungsleiter für Kultur im ZK der KP Kasachstans arbeitete. Unter Ausnutzung seiner Funktion half er dem ehemaligen weißgardistischen Offizier, dem letzten der verschiedenen Generationen von Puschkin-Forschern. Er half, wo er nur konnte: bei der Herausgabe von Büchern, bei der Suche nach dem 1945 in Prag vor der Verhaftung zurückgelassenen Archiv usw. Der Dokumentarfilm „Briefe eines lebendigen Mannes“, der Rajewski gewidmet ist, wurde im vorigen Jahr im sowjetischen Fernsehen gesendet.

„In den vergangenen 70 Jahren hat sich die Einstellung zu Puschkin geändert“, sagte Karpuchin. „In den 30er Jahren wurde er mit chrestomatischer Firma überzogen, sein Schaffen wurde von den Ideologen gegen genehmre Vorstellungen wie ‚Kämpfer gegen die Zarenherrschaft‘ und ‚Freund der Dekabristen‘ ausgetauscht. In den 60er Jahren nahm man das Pivatleben des Dichters unter die Lupe, wobei man wieder ins Extrem verfiel und sämtliche Gerüchte und Anekdoten sammelte...“

Oleg Karpuchin möchte in der Unions-Puschkin-Gesellschaft Enthusiisten und Forscher von der Art Rajewskis vereinen. Insgesamt gibt es im ganzen Land 35 informelle Puschkin-Gesellschaften, die Puschkin-Museen und Puschkin-Clubs nicht mitgerechnet.

Jede Generation hat sich das bei Puschkin genommen, was ihr am nächsten lag. Der 43jährige Oleg Karpuchin meint, unserer Generation liege Puschkins Gefühl vom „Rand des Abgrundes“ am nächsten, wenn Egoismus und Egozentrismus verblassen, wenn die ewigen menschlichen Werte immer deutlicher hervortreten. Und der Patriotismus Puschkins, dem Lobpreisung und Erhebung des russischen gegenüber anderen Völkern fremd war.

J. Gorbunowa

Ein Gericht für arm und reich

Die scharfe und den Magen so gar nicht schonende mexikanische Küche hat ein Gericht, das bei allen äußerst beliebt ist: die Tacos. Tacos gehören zu Mexiko wie etwa die russischen Bliny zu uns

Es gibt viele Versionen darüber, wie die Tacos in Mexiko aufkamen und wann. So wird behauptet, man habe sie schon zur Zeit der spanischen Eroberung gekannt; sie seien möglicherweise das Lieblingsgericht der Maya gewesen. Tacos mundeten den spanischen Eroberern, bald wollte man sie selbst bei königlichen Empfängen nicht missen.

Nach erfolgreicher Eroberung Lateinamerikas zogen die Tacos zusammen mit den Landarbeitern, den Chicanos, gen Norden, in die USA. Heute sind sie in vielen US-Staaten wohl nicht weniger populär als der vielzitierte Hamburger. Die Mexikaner, die auf die allgegenwärtige Amerikanisierung ihres Lebens empfindlich reagieren, erklären dennoch mit aller Bestimmtheit: Die Tacos sind unbesiegbar! In der Tat. In Mexiko gibt es nicht wenig so bekannte amerikanische Restaurants wie McDonald's oder Kentucky-Fried-Chicken, doch sind jene, in denen Tacos serviert werden, am populärsten.

Jede mexikanische Hausfrau muß Tacos zubereiten können. Rezepte werden von Generation zu Generation vererbt und sind eine Art Visitenkarte der Familie. In Mexiko werden Tacos

wirklich an jeder Ecke zubereitet: in Luxusrestaurants, Cafes, Imbißstuben oder einfach in einer alttümlichen selbstgebastelten Pfanne. Wie Feinschmecker behaupten, gibt es hier keine Tacos, die im Geschmack gleich sind.

Ein Taco sind zwei Tortillas (Maisfladen) mit Fleischfüllung dazwischen. Wie alte Mexikaner erzählen, wurden die Tortillas ursprünglich dazu benutzt, das Fleisch aus der Pfanne zu nehmen. Daraus wurden Tacos. Es gibt sie in Hunderten von Variationen.

Mexikanische Kenner unterscheiden jedoch mehrere Tacos-„Familien“, die im Lande am beliebtesten sind. An erster Stelle kommen die Carnitas. Man nehme Rindfleisch, lasse es in Schweinefett schmoren und schmecke das Ganze mit Zucker und Zitronat ab. Zur Carnitas-Füllung gehören unbedingt scharfe Zutaten wie Tomatenmark, Chilli pfeffer, Zwiebeln und Koriander. Aber scharfe (für unseren russischen Geschmack viel zu scharfe) Gewürze sind Bestandteil jeder Art von Tacos. Wie es heißt, entstanden die Carnitas ursprünglich in den Bundesstaaten Michoacan und Jalisco.

Zu den originellsten Tacos-„Fami-

lien“ gehören die Barbacoas und die Flautas. Die ersten werden aus Lamm- oder jungem Ziegenfleisch in Agavenblättern zubereitet. Für die charakteristische „betrunkene Soße“ wird der Pulque, Schnaps aus Agavensaft, genommen. Glühende Steine oder Kohlen werden in die Erde gegraben, ihre Glut dringt durch einen engen Spalt nach oben. Die Flautas kommen aus den Küstenstaaten, sind z. B. in Veracruz sehr beliebt. Die Füllung ist meist Hühner- oder gehacktes Rindfleisch, dazu nimmt man Zwiebeln, Avocados, Salat und saure Sahne. Die Tortillas für solche Tacos werden so lange frittiert, bis sie fast durchsichtig und knusprig sind. Daß Knuspriges beim Essen nicht nur zu sehen, sondern auch zu hören ist, weiß man. Daher auch der Name Flauta, was auf Spanisch soviel wie „Flöte“ heißt.

Meist sind die Tacos scharf und fett, und doch kenne ich mexikanische Tacos, die ich der Diätküche zuordnen würde. Sie werden aus abgekochtem Rindfleisch zubereitet und haben durchaus moderate Zutaten.

Honoré de Balzac soll gesagt haben: „Sage mir, was du ißt, und ich sage dir, was du bist.“ Die Tacos sind heiß wie der mexikanische Charakter. Das Schicksal hat diesem freiheitliebenden Volk die Rolle als Nachbar einer Großmacht zugewiesen. Es erbittert die Mexikaner mit ihrem unabhängigen Charakter, daß ihre jahrhundertealten nationalen Traditionen manchmal von einer anderen Lebensweise verdrängt werden. Selbst das Maismehl für die Tacos komme heute, sagten mir einige hiesige Journalisten, hauptsächlich aus den USA. Dennoch bleiben die Tacos selbst nördlich des Rio Grande waschechte Mexikaner.

All das bringt mich auf traurige Gedanken. Was ist aus unseren russischen Tacos, den Pirogen und Blinis, geworden? Noch vor 10 oder 15 Jahren, als ich Student war, waren die kleinen Pirogenkioske oder -stände an Metrostationen und in Anlagen bei unserer ewigen Zeitnot ein wahrer Rettungsring. Werden unsere russischen Gerichte Exotik für fremde Touristen? Ich bin gespannt, was der französische Klassiker über uns gesagt hätte.

Juri Kudimow

NZ-Korrespondent

MEXICO-CITY – MANAGUA



Die Tacos sind in Mexiko direkt auf der Straße zu goutieren

Foto des Autors

Politik im Bund mit Nostalgie

Alexander Gleser, Herausgeber der Zeitschrift „Strelez“ in New York, antwortet auf Fragen der NZ

Neue Zeit: Haben Sie sich in der westlichen Kultur gut eingelebt?

Alexander Gleser: Der Westen ist mir fremd geblieben. Alles, was ich mache, sowohl im Verlags- als auch im Ausstellungsbereich, mache ich in erster Linie für die, die hier geblieben sind. Kämen die Bücher und Kataloge nicht nach Rußland, würde ich so nicht arbeiten.

Ich vertrete die russische Kultur.

NZ: Alexander Sokolow sagte über das Schicksal russischer Schriftsteller in Amerika, daß die Emigranten dort keine Karriere machen könnten.

A. G.: Da bin ich ganz seiner Meinung. In der Tat hat von den russischen Emigranten einzige und allein Wladimir Nabokow Karriere gemacht, weil er in Englisch publizierte. Vor kurzem gab ich einem ausgezeichneten sowjetischen Wissenschaftler den dringenden Rat, nicht auszureisen. Denn hier beschäftigt er sich mit aktuellen Problemen, hat ein gutes Buch geschrieben und wird gedruckt. Dort hingegen wird sich niemand für ihn interessieren.

NZ: Hierzulande wird gerade heftig über die Position Alexander Solzenizyns diskutiert. Sokolow sagte über ihn: „Die Amerikaner kennen Solzenizyn nicht. Er hat Amerika doch kritisiert, und das darf man nicht...“

A. G.: Da bin ich anderer Meinung. Wenn Solzenizyn reden möchte, so wird ihm jeder Fernsehkanal soviel Zeit geben, wie er haben will. Solzenizyn ist der einzige russische Schriftsteller, den fast jeder Amerikaner kennt. Die französische Presse hat lange eine negative Stimmung gegen Solzenizyn geschürt. Doch dann trat er in einer beliebten Fernsehsendung auf, die ganz Frankreich gesehen hat.

NZ: Andrej Wosnessenski schrieb in der Zeitschrift „Junost“: „Sollten wir unter Friedensparolen auf einen Bürgerkrieg zusteuern?“

A. G.: Tatjana Tolstaja berichtete in einem Interview für den „Strelez“ von Rechtsextremisten und anderen Kräften, die die Perestroika bedrohen würden. Daraufhin sagte ich zu ihr, man müsse einen Internationalen Verband der Intelligenz zur Unterstützung von Perestroika und Glasnost gründen.

Dieser Verband wurde gegründet, und ganze Organisationen und Redaktionen traten ihm bei. Vor kurzem haben wir eine Verkaufsausstellung veranstaltet, deren Erlös dem Anti-AIDS-Fonds zugute kam. Nun werde ich dem Fonds noch 25 000 Franc

zuführen. Den Erlös aus dem Verkauf des „Strelez“ und der „Dritten Welle“ während meiner Autorenabende bekommt ebenfalls dieser Fonds. Schon vorher habe ich „Memorial“ 1000 Dollar übergeben.

Politik hat sich mit Nostalgie verbunden, und so kam ich nach Moskau. Hierher kamen schon Wladimir Woinowitsch, Wassili Axjonow und andere. Wir sind verpflichtet, die Reformer in allen Bereichen zu unterstützen: die Schriftsteller sowie die Publizisten und Politiker.

Als ich die Gespräche über einen möglichen Bürgerkrieg hörte, mußte ich an Solschenizyns Worte denken: Der Demokratisierungsprozeß muß von einer starken Hand geleitet werden.

NZ: Als zu hören war, daß die Perestroika unsere letzte Chance sei, fügten Sie hinzu, daß es auch unsere erste sei. Ich habe irgendwann einmal in einem Artikel die Worte meiner Philosophie-Professorin Ludmilla Bujeawa angeführt: „Die Intelligenz vergöttert

Gorbatschow.“ Doch alle sind sich darin einig, daß wir heute nicht mehr beten, sondern etwas tun müssen.

A. G.: Alles Positive, was heute geschieht, ist nur Gorbatschow und seinen Unterstützern zu verdanken. Die Intelligenz scheint nicht zu begreifen, daß es keinen anderen Ausweg, keine Alternative gibt. Parolen wie „Schande dem Oktober“ oder „Nieder mit der Partei“, mit denen sie demonstrieren, müssen ins Verderben führen, weil sie nur zur Stärkung der Gegner Gorbatschows beitragen. Diesen zerstörerischen Kräften muß entgegengesetzt werden.

Wird denn ernsthaft angenommen, wir könnten morgen das Mehrpartiensystem einführen und sofort, gänzlich unvorbereitet, ohne jegliche Erfahrung und Tradition demokratische Diskussionen führen?... Früher bin ich Maximalist gewesen. Doch unter den heutigen Bedingungen braucht Rußland Zentristen.

NZ: Für kulturelle Kontakte mit dem Ausland wird bei uns viel Kraft aufgewendet. Wir sollten uns aber unbedingt die Konzerte eines orthodoxen Kirchenchores, echte russische und ukrainische Volksmusik anhören. All das hat sich in Frankreich, in Kanada und in anderen Ländern erhalten.

A. G.: Es gibt russische Chöre in Paris und in Amerika. Das könnte auch hier auf großes Interesse stoßen. Wir brauchen sowohl das eine als auch das andere.

Das Gespräch führte Prof. Leonid Goldin

NO PROBLEMS!	NO PROBLEMS!	NO PROBLEMS!	HABEN SIE PROBLEME? Sie schnell und auf die beste Weise zu lösen hilft Ihnen	WERBUNG in der „Neuen Zeit“ Das Werbe- und Informationszentrum ASS (Metropol-Werbe-Agentur) garantiert erstklassige Werbetexte und originelle künstlerische Gestaltung. Werbeaufträge richten Sie an die Adresse: 101484 Moskau, GSP 4, ul. Nowoslobodskaja 73. Redaktion der Zeitung „Sowjetskaja Kultura“. Informationsabteilung – für das ASS. Telefon: 285 77 09, 209 01 20 Überlassen Sie die Probleme Ihrer Firma dem ASS, und Sie haben KEINE PROBLEME!
NO PROBLEMS!	NO PROBLEMS!	NO PROBLEMS!		
NO PROBLEMS!	NO PROBLEMS!	NO PROBLEMS!		

INTERCITY COMMUNICATIONS AGENCY

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „Neue Zeit“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die „Neue Zeit“ erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belge – URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Xantener Str. 7
Postfach 10 15 55
4040 Neuss 13
- Lange & Springer GmbH & Co. KG
Postfach 10 16 10
5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH
Postfach 34 01 08
8000 München 34

DÄNEMARK (158 dkr.)

- „Sputnik“ International
Vester Voldgade 11
1552 Copenhagen K
- „Akademisk Boghandel“
Universitetsparken, DK-8000 Aarhus C

DDR – alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Boekhandel
Leidsestraat 25
1017 NT Amsterdam
- Swets Subscription Service
347b. Heerweg P. O. Box 830 2160 SZ
Lisse-Holland

JUGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska kniga“,
11 000 Beograd, Trg. Republike,
POB 36
- Prosveta Export-Import Agency,
11 001 Beograd, Terazije 16/1.
- „Mladost“,
Export-Import
41 000 Zagreb, Ilica, 30

— „Drzavna Zalozba Slovenije“,

Export-Import, 61 001 Ljubljana,

Titova 25. P. O. B. 50-1.

— „Veselin Maslesa“ OOOUR Jzvoz-Uvoz

Ulica Jna 42

71 000 Sarajevo, SFRY

— Knigoizdatelstvo

Makedonska Kniga

Otdelenije za Stranska literatura

Ulica Tiranska b.b.

91 000 Skopje, SFRY

POLEN – Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs

SCHWEIZ (58 SF)

- Cobram, CP 117
CH 1211 Geneve 1MB.
- Pinkus Genossenschaft
Froschaustrasse 7
8025 Zürich 1

TSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6.
Bratislava

UNGARN – alle Postämter

USA (25.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852

BERLIN (WEST) (58 DM)

- „das europäische buch“
Thielallee 34,
1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer,
Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obengenannten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Fr. / Fa. / Buchhdgl.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre

Bitte Entsprechendes ankreuzen

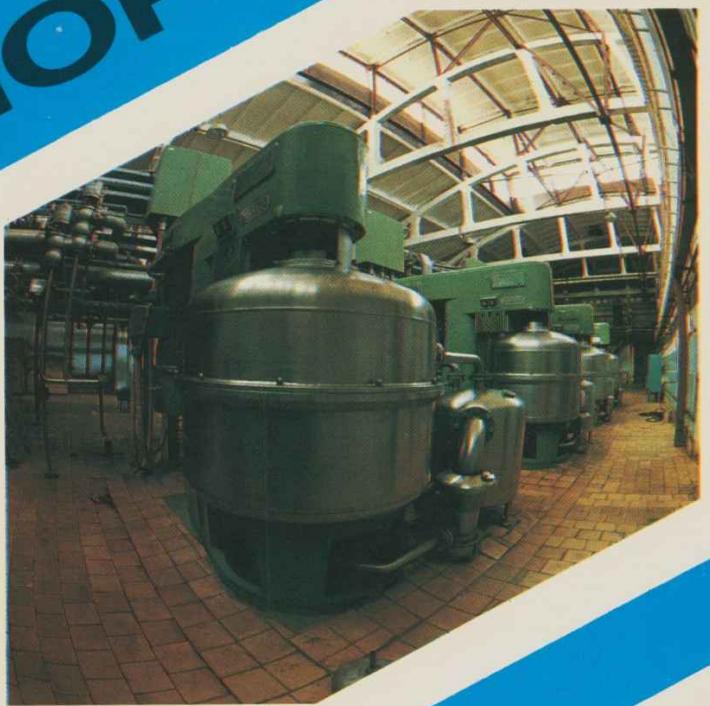
Datum

Unterschrift



Unschädlich.
Gewinnbringend.
Wirtschaftlich und technologisch
rentabel.

BIOPROTEINE



Saubere Umwelt um
Ihren Betrieb durch eine
neue moderne Technologie.

109004, Moskau, Bolschaja Kommunistcheskaja Ul. 21.
Telefon: 272 70 09
Telex: 111866 Belok

14159 12 100 000 002
UTPATEL, C
1055 3016 4964 MTZR 11

Besuchen Sie die UdSSR!

DIE SOWJETUNION –
EIN LAND
FÜR ERHOLUNG
UND TOURISMUS

Unsere Gäste lernen die malerische russische Natur, Monamente des Altertums und Kunstdenkmäler, Leben und Kultur des Sowjetvolkes heute kennen.
Ausführliche Informationen über Flüge in die UdSSR bei den Aeroflot-Vertretungen in Ihrem Land bzw. in der Internationalen Zentralagentur von Aeroflot:

125212 Moskau
Leningrader Chaussee 29.
Telefon: 245 00 02
Telex: 411922

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines